

Forschungsschwerpunkt  
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa  
an der Universität Mannheim

*Manfred Sapper (Hg.)*



**Litauen, Lettland und die  
Europäisierung Europas**  
Eine Reise zur Osterweiterung  
des europäischen Denkens

Januar 2000

Sonderveröffentlichung des FKKS

Konflikt  
Kooperation

Die »Untersuchungen des FKKS« werden herausgegeben vom  
Forschungsschwerpunkt  
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa  
an der Universität Mannheim

ISSN 0947-1359

Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa (FKKS)  
Universität Mannheim  
Seminargebäude A 5  
68131 Mannheim

Telefon: 0621 181-2088  
Fax: 0621 181-2087  
E-Mail: [lsjahn@sowi.uni-mannheim.de](mailto:lsjahn@sowi.uni-mannheim.de)

**[www.uni-mannheim.de/fkks](http://www.uni-mannheim.de/fkks)**

## Inhalt

Manfred Sapper	
Das Baltikum und die Europäisierung Europas	
Eine Reise zur Osterweiterung des europäischen Denkens .....	1
<b>Litauen.....</b>	<b>7</b>
Ina Kruwinnus	
Die barocke Alma mater Vilnensis	
Studieren an der Universität Vilnius.....	9
Michael Damboer	
Politische Kultur in Litauen - irrational und antidemokratisch? .....	11
Yvonne Haßlinger/Monika Merling	
„Wir haben mehr jüdische Organisationen als Juden“	
Simonas Alperavièius über die Jüdische Gemeinde in Vilnius .....	13
Dennis Snella	
Zur Geschichte der Diaspora und des Ostjudentums	
Ein Besuch im Zentrum für Judaikastudien.....	16
Alfred Garloff	
Kêstutis Masiulis Aufstieg von der Uni ins Zentrum der Macht	
Der Berater des Premierministers über Litauens Innen- und Außenpolitik .....	20
Christina Kruft	
Eu(ro)phorie am Ende?	
Dalia Bankauskaité über Litauens schwierigen Weg in die Europäische Union.....	25
Sabina Wölkner	
Litauen - eine konsolidierte Demokratie?	
Der Stellvertretende Parlamentsvorsitzende Ozolas zum Parteiensystem.....	29
David Jakubik	
Dollar oder Euro?	
Litauens Zentralbank in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.....	34
Meri Bodroziæ/Bülent Ceylan	
Europa nostra – terra incognita?	
Anmerkungen zu einem Blockseminar litauischer und deutscher Studenten.....	37
Yvonne Haßlinger	
Neringas gute Tat	
Ein Ausflug auf die Kurische Nehrung .....	42

<b>Lettland</b> .....	45
Christina Gehrlein/Manuel Sichling Homogene Heterogenität? Auf post-sowjetischen Spuren in Daugavpils.....	47
Alfred Garloff Menschen verändern sich langsam Unternehmensberatung in einem strukturschwachen Umfeld.....	50
Kathrin Kehrer „Wir sind einer der wenigen Verrückten hier“ Zu Besuch bei Ziegler Maschinenbau in Daugavpils .....	55
Jens Wagner Interessenvertretung in einer unbeschränkt freien Marktwirtschaft Die Arbeit der Lettischen Industrie- und Handelskammer .....	59
Jens Hildebrandt Quo vadis, Lettland? Juris Dreimanis über Gefahren und Chancen des lettischen Außenhandels.....	62
Volker Weichsel Aporien der Wirtschaftshilfe Das Wirtschaftsförderungsprojekt der GTZ in Lettland.....	66
Elke Siehl Investitionsstandort Lettland Die Freihandelszone Liepāja .....	70
Katrin Hofmann Staatsbürgerschaft in Lettland - eine Frage der Menschenrechte? .....	73
Steven Arons Die Pubertät der lettischen Politik Saeima-Abgeordnete im Gespräch.....	77
Holger Greif „Staatsangehörigkeit ist Menschenrecht ...“ Das Lettische Menschenrechtskomitee in Riga.....	83
<b>Anhang</b> .....	85
Programm der Baltikum-Exkursion vom 20. September bis 1. Oktober 1999.....	86
Verzeichnis der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner .....	88
Verzeichnis der Tabellen und Diagramme .....	89
Abkürzungsverzeichnis.....	90

**Manfred Sapper**  
**Das Baltikum und die Europäisierung Europas**  
**Eine Reise zur Osterweiterung des europäischen Denkens**

Litauen? Lettland? Estland? Wen interessiert schon das Baltikum? Der öffentlichen Wahrnehmung nach zu urteilen, spielen diese drei Staaten in der internationalen Politik keine wesentlich andere Rolle als Mikronesien, Vanuatu oder Tuvalu. Selbst in der europäischen Politik liegen sie scheinbar am Rande des Geschehens. Wenn Osteuropa einmal in die Schlagzeilen gerät, ist es gewiß der chronisch kranke Riese im Osten der baltischen Staaten, der alle Aufmerksamkeit auf sich zieht. Machtkämpfe im Kreml, das Gespenst der russischen Mafia oder wieder mal ein Krieg im Nordkaukasus gegen die eigene tschetschenische Bevölkerung garantieren internationalen Nervenkitzel und hohe Einschaltquoten. Litauen oder Lettland haben nichts derartiges zu bieten. Keine Atomwaffen, keine Toten und selbst die potentiell spannende Minderheitenfrage, wie etwa mit dem großen russischsprachigen Bevölkerungsanteil in Lettland umzugehen sei, will sich partout nicht zu einer Krise oder gar einem veritablen Krieg nach dem Muster des Balkans auswachsen. „Selbst schuld!“, ist der Zyniker geneigt auszurufen, daß unter derartigen Umständen CNN und die Karawane der massenmedialen Voyeure nicht bereit sind, ihre Kameras auf die drei Ostseeanrainer zu richten. Scheinbar ist dieses Dahindümpeln im Schatten der Großen ein weiterer Zug der „Misere der osteuropäischen Kleinstaaterei“, von der István Bibó in anderem Zusammenhang gesprochen hat.<sup>1</sup>

Tatsächlich handelt es sich bei den baltischen Ländern um kleine Staaten. Estland ist vergleichbar mit der Schweiz, die beiden anderen sind etwa so groß wie der Freistaat Bayern. Zusammen umfaßt ihr Territorium etwas mehr als ein Drittel der Fläche Deutschlands. Mit 7,629 Mio. zählen die drei baltischen Staaten weniger Menschen, als heute in Niedersachsen leben. Allein Berlin hat mit etwa 3,4 Mio. fast so viele Einwohner wie Litauen, das das bevölkerungsreichste Land des Baltikums ist.<sup>2</sup> Doch diese Zahlen führen auf eine schiefe Bahn. Größe ist kein Argument. Sie war schon immer ein schlechter Ratgeber, um die Bedeutung politischer Vorgänge zu verstehen, gesellschaftliche Dynamik und sozialen Wandel zu erfassen. Über Relevanz, politische Stabilität oder gar Lebensfähigkeit sagt Größe nichts aus. Es ist müßig, an die Geschichte von David und Goliath zu erinnern. Größe macht borniert und arrogant. Aus der Größe speist sich die Überheblichkeit des vermeintlich Überlegenen. Der Tribut, den der Große für seine Überheblichkeit zu zahlen hat, ist in der Regel hoch. Auch in der Staatengeschichte ist diese Einsicht nicht unbekannt. Sie durchzieht die Historie vom jeweiligen Ende der Großreiche seit dem Zusammenbruch des Perserreiches der Achämeniden über die Auflösung des Römischen Reiches bis zur Desintegration der Sowjetunion. Immer spielten die Immobilität der Angehörigen der herrschenden Klasse oder

---

<sup>1</sup> István Bibó, Die Misere der osteuropäischen Kleinstaaterei, Frankfurt 1992. In diesem Buch, das in der ungarischen Originalfassung bereits 1946 erschien, widmet sich der Historiker István Bibó (1911-1979) den Nationsbildungsprozessen der drei ostmitteleuropäischen Staaten Polen, Ungarn und Tschechoslowakei und untersucht die Ursachen für die nationalistischen Feindseligkeiten unter den drei Staaten nach den Pariser Vorortverträgen.

<sup>2</sup> Litauen hat 3,706 Mio., Lettland 2,465 Mio. und Estland 1,458 Mio. Einwohner. Die Bevölkerung Niedersachsens zählt 7,865 Mio. Alle Angaben nach Fischer Weltalmanach 2000, Frankfurt 1999.

Nation, ihre Unfähigkeit, den Wandel der Machtpotentiale rechtzeitig zu erkennen, sowie ihre Unfähigkeit, sich ihm anzupassen und daraus die erforderlichen Lehren zu ziehen, die entscheidende Rolle beim Niedergang.<sup>3</sup>

Kaum mehr als ein Jahrzehnt ist es her, daß die kleinen Litauer, die gerade mal 1,09 Prozent der damaligen sowjetischen Bevölkerung ausmachten, sich an die Spitze der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen in der UdSSR stellten. Mit ihrem kreativen, gewaltfreien Kampf lösten sie eine politische Dynamik aus, die das Zentrum in Moskau weder politisch noch gewaltsam auffangen oder gar zurückdrängen konnte.<sup>4</sup> Letztlich konnte auch der Westen, der bis zum Schluß im August 1991 dem Erhalt der Sowjetunion Vorrang vor der Unterstützung des baltischen Strebens nach Unabhängigkeit eingeräumt hatte, den neu entstehenden Staaten seine völkerrechtliche Anerkennung nicht mehr verweigern. Die Auflösung der Sowjetunion, das Ende des Ost-West-Konflikts und die Demokratisierung zahlreicher politischer Systeme waren die unmittelbaren Folgen. Seitdem ist Europa nicht mehr zur Ruhe gekommen. Rastlos verändert es seine Gestalt. Die DDR als Ex-Frontstaat des Warschauer Paktes ist in Deutschland aufgegangen, drei andere seiner ehemaligen Mitglieder, Polen, Tschechien, Ungarn, gehören mittlerweile der Nato an und klopfen an die Tür der Europäischen Union. Mit sechs Staaten, darunter Estland, werden bereits Beitrittsverhandlungen geführt. Damit nicht genug. Im Wartezimmer der EU sitzen ein Dutzend Beitrittskandidaten aus Ostmitteleuropa und Südosteuropa. Unter ihnen sind auch die Litauer und Letten. In Helsinki hat der Europäische Rat im Dezember 1999 beschlossen, im Februar 2000 mit sechs weiteren Staaten Verhandlungen über den Beitritt zur EU aufzunehmen. Sie werden in den laufenden Verhandlungsprozeß einbezogen.<sup>5</sup> Selbst wenn sich daraus kein Beitritts-Automatismus ableiten läßt und eine vollständige Integration aller beitrittswilligen Staaten in die EU eher in Jahrzehnten als in Jahren bemessen sein wird, so ist eines unverkennbar: Zum ersten Mal seit der Spaltung des Kontinents infolge des Zweiten Weltkrieges, als die europäische Integration immer nur eine westeuropäische Integration sein konnte, steht nun die Europäisierung Europas auf der Tagesordnung – sollte es nicht zu neuerlichen Trennlinien in Europa kommen.

Dieser Weg von der vermeintlichen Peripherie, in die sie der Ost-West-Konflikt gepreßt hatte, zurück nach Europa verlangt den ostmitteleuropäischen Gesellschaften noch einmal mindestens das Maß an Bereitschaft zur Veränderung ab, das sie im Laufe des letzten Jahrzehnts beim Umbau ihrer Wirtschaften, ihrer politischen Ordnungen und ihrer Gesellschaften bereits unter Beweis gestellt haben. Doch die Europäisierung Europas ist keine Einbahnstraße. Das westliche EU-Kerneuropa rückt durch eine Erweiterung nach Osten aus seiner bisherigen geographischen Randlage ebenfalls in das Zentrum Europas. Denn Europas geographisches Zentrum liegt natürlich nicht in Brüssel, Paris oder Berlin. Es ist auch nicht in Köln, Metz und Trient zu suchen, den Geburtsorten der drei „Karolinger des 20. Jahrhunderts“, Adenauer, Schumann und De Gasperi, die die europäische Entwicklung der Nach-

---

<sup>3</sup> Siehe dazu Alexander Demandt (Hg.), *Das Ende der Weltreiche. Von den Persern bis zur Sowjetunion*, München 1997.

<sup>4</sup> Fundierte Rekonstruktionen der litauischen Unabhängigkeitsbewegung und des Staatsbildungsprozesses in Litauen bieten Alfred Erich Senn, *Lithuania Awakening*, Berkeley 1990 sowie Barbara Christophe, *Staat versus Identität. Zur Konstruktion von ‚Nation‘ und ‚nationalem Interesse‘ in den litauischen Transformationsdiskursen von 1987 bis 1995*, Köln 1997. Konzentrierte Überblicke zu Litauen und Lettland liefern die Beiträge von Alfred Erich Senn, *Lithuania: Rights and Responsibilities of Independence*; sowie: Nils Muiznieks, *Latvia: Restoring a State, Rebuilding a Nation*, beide in: Ian Bremmer/Ray Taras (Eds.), *New States, New Politics. Building the Post-Soviet Nations*, Cambridge-New York 1997, 353-375 und 376-403.

<sup>5</sup> Siehe: *Die Türkei auf dem Weg nach Europa. Innere Reform der EU zur Erhöhung der Aufnahmekapazität*, in: NZZ, 13.12.1999

kriegszeit maßgeblich bestimmt haben. Europas geographisches Zentrum liegt im Baltikum.<sup>6</sup> Politisch und gesellschaftlich heißt die Europäisierung Europas auch für die Westeuropäer, von den Gewohnheiten und Sicherheiten der Vergangenheit Abschied zu nehmen. Die notwendigen institutionellen Veränderungen der EU, ohne die eine Erweiterung kaum funktionieren wird, geben einen Vorgeschmack auf das Ausmaß der erforderlichen Reformen. Die Demokratisierung der Union steht auf der Agenda obenan. Der innergesellschaftliche Reformbedarf in den westeuropäischen Mitgliedsstaaten der EU ist nicht geringer. Alte Zöpfe wie die Form der vergemeinschafteten Agrarpolitik oder die Strukturförderung, die bereits heute zusammen über 75 Prozent der Mittel des EU-Haushalts binden, werden in einem Europa der 18, der 24 oder gar der 28 Mitgliedsstaaten schwerlich Bestand haben können.<sup>7</sup> Ansonsten holt das Problem der Größe auch die Europäische Union ein. Schärfere Verteilungskonflikte sind vorprogrammiert. Wie es um die Reformfähigkeit der westeuropäischen Staaten bestellt ist, wird sich noch herausstellen. Das jahrelange, hartnäckige Ringen in Deutschland etwa um einen politisch so gewichtigen Streitpunkt wie die Veränderung des Ladenschlußgesetzes und das erzielte Ergebnis geben zu großem Optimismus keinen Anlaß. Vielleicht können die westlichen Staaten im Hinblick auf ihre Reformfähigkeit sogar etwas von den Transformationsstaaten in Ostmitteleuropa lernen. Hierfür sind die baltischen Staaten gute Anschauungsobjekte.

Wer das Baltikum zuletzt zu Beginn der neunziger Jahre bereist hat, wird von dem heutigen Stand der Dinge nicht weniger beeindruckt sein, als derjenige, der sich erstmals auf eine Neuentdeckung von Deutschlands östlichen Nachbarn einläßt. Dies haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Studienexkursion nach Litauen und Lettland getan. Ziel der Mannheimer Studierenden war es, vor Ort - und damit ohne den üblichen Tunnelblick der Massenmedien - einen möglichst breiten und authentischen Eindruck vom Stand der Transformation zu gewinnen. Dazu hatten sie sich im Vorfeld in Seminaren, Kolloquien und Wochenendseminaren gründlich vorbereitet und sich mit der Geschichte des Baltikums vom Mittelalter bis zur Gegenwart, mit Theorien politischer und ökonomischer Transformation, Vergleichender Regierungslehre, Nationalismustheorie und Nationalitätenkonflikten in Ostmitteleuropa sowie der Stellung der baltischen Staaten im internationalen System beschäftigt.

Die Ergebnisse eines Jahrzehnts des Wandels in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind bemerkenswert. Die Dynamik im Baltikum ist ungebrochen. In den Hauptstädten Vilnius und Riga sind die Veränderungen augenfällig. Die historischen Stadtkerne erstrahlen in neuem Glanz. Nach den Kriterien der Demokratietheorie können die neuen demokratischen politischen Systeme bereits als konsolidiert angesehen werden. Mehrfach veränderten sich die parlamentarischen Mehrheiten und fanden Regierungswechsel statt. Demokratie gilt über das gesamte politische Spektrum hinweg als „the only game in town“ (Juan Linz). In einigen Politikfeldern waren die Ausgangsbedingungen 1991 schlechter als in den Nachbarstaaten Polen oder Ungarn. In Litauen, Lettland und Estland mußten zunächst die auf die Bedürfnisse eines neuen Nationalstaates zugeschnittenen Verwaltungsstrukturen aufgebaut werden. Auch wirtschaftlich bedeutete die Unabhängigkeit eine Zäsur. Die Einführung der Marktwirtschaft war (und ist) mit gravierenden sozialen Härten verbunden. Trotz großer Struktur-

---

<sup>6</sup> Der Autor ist sich des im streng geographischen Sinne problematischen Charakters dieser Aussage bewußt. Denn der Versuch, die „geometrische Mitte“ zu fixieren, kommt in der Regel nicht ohne willkürliche Setzungen aus. Wo sich die Mitte befindet, ist zum Beispiel abhängig von der gewählten Projektion, der Definition der maximalen geographischen äußeren Punkte, der Gewichtung von Landmasse zu Meer oder der Einbeziehung oder Nichteinbeziehung von dem Kontinent vorgelagerten Inseln wie den Kanaren. Jeweils ergibt sich ein anderes „Zentrum des Kontinents.“

<sup>7</sup> Im Haushalt 1999, der ein Gesamtvolumen von 96.663 Mrd. ECU hatte, beträgt der Agaretat mit 45.188 Mrd. ECU 47,37 Prozent und der Strukturfonds 31,06 Prozent (= 30,025 Mrd.ECU). Siehe dazu: <http://www.europa.eu.int.comm/dg19/fr/cadrefinancier/perfinc.htm>

probleme ist die Herauslösung aus der sowjetischen Arbeitsteilung gelungen, der Außenhandel hat sich binnen weniger Jahre auf neue Märkte umorientiert. Die Privatisierung ist weitgehend abgeschlossen. Die makroökonomischen Daten der letzten Jahre wie der Rückgang der Inflation und das wachsende Bruttoinlandsprodukt sprechen dafür, daß die Talsohle längst durchschritten ist. Der Elitenwechsel in Politik, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung ist weit vorangekommen. Dies zumindest ist ein Eindruck aus den zwei Dutzend Begegnungen der Exkursion mit 28 Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern. Häufig standen Angehörige einer neuen, jungen, sehr gut ausgebildeten Generation in verantwortungsvollen Positionen Rede und Antwort. Daß es von den Kleinstaaten an der Ostsee etwas zu lernen gibt, macht die Ausbildung der Studenten der Fakultät für Internationale Beziehungen an der Universität Vilnius exemplarisch deutlich. Nach zwei Jahren, in Deutschland wäre dies in etwa nach dem Grundstudium, beenden sie ihr Studium zunächst mit dem Abschluß eines B.A. Analog zum deutschen Hauptstudium können sie ein Magisterstudium anschließen. Doch das universitäre Studium steht hier nicht mehr im Vordergrund des Tagesablaufs. Diejenigen, die sich beispielsweise auf das Studiengebiet „Öffentliche Verwaltung“ spezialisiert haben, arbeiten tagsüber in öffentlichen Verwaltungen, Parteien, Parlamentsfraktionen, Banken oder ähnlichen Institutionen. Nicht wenige finden bereits hier aufgrund ihrer Fremdsprachenkenntnisse und der spezifischen Ausrichtung ihres Studiengangs Beschäftigungsmöglichkeiten in Institutionen mit einem internationalen Aktionsfeld. Neben dem Magister erwerben die litauischen Studenten so en passant einen vergleichsweise weiten Horizont mit Kenntnissen und Erfahrungen der operativen Politik und der Verwaltungspraxis.

Wie in allen Transformationsstaaten wäre es gefährlich, sich ausschließlich in den Hauptstädten aufzuhalten. Sie vermitteln eine schiefes Bild. Sie verführen dazu, den Schein mit dem Sein zu verwechseln und die Repräsentation mit Repräsentativität gleichzusetzen. Hinter den schmucken Barockfassaden von Vilnius oder den Kulissen des pulsierenden Lebens in Riga verbergen sich Probleme, die in gleicher oder ähnlicher Form auch den Alltag der anderen Transformationsländer bestimmen. Die soziale Absicherung eines Großteils der Bevölkerung ist mangelhaft. In den strukturschwachen Gebieten wie etwa der lettischen Region Latgale, selbst in deren Hauptstadt Daugavpils, ist der Besucher mit der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen konfrontiert. Hier herrscht ein anderer Lebensrhythmus, eine andere Zeitrechnung, von Modernisierung oder gar Aufbruchstimmung kaum eine Spur. In der Landwirtschaft gibt es enorme Strukturprobleme - auf einen Nenner gebracht: viele Beschäftigte bei niedriger Effizienz. Welche sozialen Härten hier auf die Menschen durch die Einbindung in die EU zukommen, läßt sich erahnen. Bereits jetzt macht sich in der Bevölkerung Ernüchterung über das Projekt Europa breit, während die Eliten in Litauen und Lettland nachdrücklich an den EU-Ambitionen festhalten.

Über all diese Aspekte, den Stand der Reformen, über die Fortschritte ebenso wie über die Schwierigkeiten geben die verschiedenen Beiträge in der vorliegenden Publikation Auskunft. Litauen und Lettland waren unter anderem Ziel der Exkursion, weil die Einbindung des Baltikums in die europäischen Integrationsprozesse besondere Herausforderungen an Politik und Wissenschaft stellt. In diesem Grenzraum zu Rußland entscheidet sich, ob es neue Trennlinien in Europa geben wird. Ein Beispiel möge zur Illustration genügen. Eine EU-Mitgliedschaft Litauens wirft zwangsläufig die Frage auf, was aus der rußländischen Exklave Kaliningrad wird, die außer ihrer Küstenlinie zur Ostsee nur an Polen und Litauen grenzt. Daß sie in einiger Zeit inmitten eines EU-Umfeldes liegen wird, ist bereits heute absehbar. Ein unlösbares Problem bedeutet dies nicht, nur wächst der Handlungsbedarf in der Handels- und Verkehrspolitik. Hier bieten sich Chancen und Notwendigkeiten zur Kooperation, über die in Moskau entschieden werden wird. Mittelfristig ist nicht auszuschließen, daß das Gebiet Kaliningrad sogar von allen Seiten von Staaten umgeben sein wird, die der Nato angehören. Denn die Balten drängen in die Nordatlantische Allianz. Welche sicherheitspoli-



tischen Implikationen dies hat, mag den rußländischen Generalstab oder die Nato-Planer in Brüssel mehr beschäftigen, als uns heute. Das Nachdenken darüber hat gerade erst begonnen. Der Fall Kaliningrad macht deutlich, welche Implikationen eine Europäisierung Europas hat und daß es eine gesamteuropäische Politik ohne Rußland kaum geben kann. Hier gilt es eine Lösung zu finden, die den ostmitteleuropäischen Interessen ebenso gerecht wird wie denen Rußlands und mit den westeuropäischen kompatibel ist.

Ziel der Exkursion war es, unter den Studentinnen und Studenten der Internationalen Beziehungen das Bewußtsein für die Komplexität derartiger internationaler Politikfelder zu schärfen, Einblick in wirtschaftliche und politische Prozesse zu verschaffen und damit einen Beitrag zur Osterweiterung des europäischen Denkens zu liefern. Zum Gelingen eines aufwendigen Projekts wie einer wissenschaftlichen Exkursion, die nicht zum normalen Studienprogramm der Politikwissenschaft an der Universität Mannheim gehört, haben eine Reihe von Personen und Institutionen beigetragen. Herzlich Dank zu sagen ist der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart und ABB, Mannheim sowie einer weiteren Firma aus dem Rhein-Neckar-Raum, die ungenannt bleiben will. Sie alle haben die Exkursion mit ihrem umfangreichen Begegnungsprogramm durch großzügige Spenden gefördert. Das Bibliographische Institut, Mannheim, hat auf seine Art die Studienreise unterstützt und dem kulturellen Austausch mit dem Baltikum eine besondere Note verliehen. Seit der Exkursion zieht sich eine Duden-Spur durch Nationalbibliotheken, Universitätsinstitute und wissenschaftliche Einrichtungen. Schließlich hat auch die Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim die Exkursion mit ihren Mitteln unterstützt. Herzlichen Dank!

In die Exkursion war ein zweitägiges Blockseminar mit litauischen und deutschen Teilnehmern eingebettet, das dem Thema „Europa auf dem Weg zur Integration von Ost und West?“ gewidmet war. Es handelte sich um die Fortsetzung eines Seminars, das anlässlich des Aufenthaltes einer litauischen Studentengruppe im Januar 1999 in Mannheim durchgeführt worden war. Der Gedankenaustausch, das (englischsprachige) Ringen um Begriffe sowie die gemeinsame Reflexion halfen allen Beteiligten, ihren Horizont europäischen und internationalen Denkens zu erweitern. Daß es zu beiden Begegnungen kommen konnte, ist das Verdienst der „Ostakademie Königstein“ mit ihrem Leiter Dr. Philipp Wiesehöfer, die auf besondere Weise die Exkursion gefördert haben. Dafür ist ihm der Dank aller deutschen und litauischen Beteiligten sicher. In Vilnius hat die dortige Vertretung der „Friedrich Naumann-Stiftung“ die Durchführung des Blockseminars gefördert.

Dank auch an die zahlreichen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner in den beiden baltischen Staaten. Ausnahmslos alle haben sich sofort zu den Gesprächen und Begegnungen bereit erklärt. Die Mannheimer Studiengruppe durfte eine Hilfsbereitschaft in Anspruch nehmen und konnte im Dialog eine Seriosität und Offenheit erfahren, die vorbildlich ist. Eine Exkursion mit einem umfangreichen Programm erfordert einen beträchtlichen technischen und organisatorischen Vorlauf. Dieser hätte nicht ohne das großartige Engagement von vier Menschen vor Ort bewältigt werden können: Ieva Baèinskaite, Aušra Rakstelyte und Sigitas Babilius in Vilnius sowie Elke Siehl in Riga und Daugavpils haben mit Kreativität, Souveränität und Verbindlichkeit ermöglicht, daß sich den Mannheimer Studierenden Türen öffneten, die gewöhnlichen Touristen verschlossen bleiben. Mögen Delegationen aus dem Ausland bei Besuchen in Deutschland in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auf dieselbe Offenheit und Bereitschaft zum Dialog treffen, die die Mannheimer in Vilnius, Daugavpils und Riga kennenlernen konnten.

# Litauen



Quelle

[http://sunsite.informatik.rwth-aachen.de/maps/europe/Lihuania\\_pol98.jpg](http://sunsite.informatik.rwth-aachen.de/maps/europe/Lihuania_pol98.jpg)

## **Ina Kruwinnus**

### **Die barocke Alma mater Vilnensis**

### **Studieren an der Universität Vilnius**

Die Universität ist ein Schmuckstück der Stadt. Das prächtige Barockgebäude im Herzen der Altstadt liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zum Sitz des Präsidenten. Besser ließe sich das Spannungsverhältnis von Geist und Macht kaum symbolisieren. Der König von Litauen, Stephan Bathory, gründete die Universität Vilnius 1579. Im 420. Jahr ihres Bestehens hat sie zwölf Fakultäten, 100 Fachbereiche, 25 Kliniken, das Universitätskrankenhaus, vier Institute und 16 Forschungszentren. Zudem zählen die Bibliothek, eine der reichsten und ältesten in ganz Europa, der Botanische Garten und die Johanniskirche zu den besonderen Schätzen der Universität. Die Bibliothek wurde bereits 1570 aufgebaut. Sie ist älter als die Universität und damit die älteste Bibliothek der drei baltischen Staaten. Den Grundstock der Bibliothek bilden die Sammlungen des Bischofs von Vilnius, Valerijonas Protasevicius und von Zygmantas Augustas, des Großherzogs von Litauen und des Königs von Polen. Mit der Gründung der Universität wurde die Bibliothek in die Universität eingegliedert. Am 1. Januar 1999 befanden sich 5.228.018 Bücher, Drucke und Manuskripte im Besitz der Universitätsbibliothek. Darunter findet sich auch eine reiche Sammlung alter und seltener Publikationen – allein 180.000 Drucke aus der Zeit vor dem 19. Jahrhundert und 221.000 Manuskripte ab dem 14. Jahrhundert. Die Bücher sind unter anderem aus den Bereichen Medizin, Mathematik, Physik, Geographie, Astronomie und Chemie in verschiedenen Sprachen wie Latein, Polnisch, Deutsch und Französisch verfaßt. 1993 wurde in der Bibliothek ein elektronischer Katalog eingeführt, der an die Bibliotheken von sechs weiterbildenden Einrichtungen angeschlossen ist. Informationen über die wichtigsten Veröffentlichungen können über 256 Datenspeicher abgerufen werden, die auf CD-Rom erhältlich sind.

In den letzten Jahren ist die Zahl der Studenten an der Universität in Vilnius stetig angestiegen. 1991 studierten insgesamt 8.200 Studenten in Vilnius. 1993 waren es bereits 10.625 Studenten, 1998 waren es 13.020 und in diesem Jahr sind es 14.925. Eugenijus Stumbrys, Leiter des Büros für akademische Angelegenheiten, sieht die Ursache der ansteigenden Zahl von Studierenden in den veränderten Anforderungen auf dem litauischen Arbeitsmarkt. In den Jahren 1992 bis 1994 hätten noch viele junge Menschen geglaubt, sie könnten auch ohne ein Studium einen guten Arbeitsplatz finden. Doch bereits 1995 habe sich gezeigt, daß viele der offenen Stellen einen höheren Bildungsabschluß voraussetzten. Diese Entwicklung hat nach Stumbrys Meinung ein Umdenken in der jüngeren Generation bewirkt.

Den Staat stellte die stetig wachsende Zahl der Studierenden vor ein großes Problem. Die Regierung war nicht mehr imstande, allen Studierenden das Studium zu finanzieren. Deshalb wurde ein System eingeführt, das leistungsorientiert jedes Semester die besten Studenten auswählt, die voll finanziert werden. Die anderen müssen einen Teil der Studienkosten selbst finanzieren. Die Höhe des Betrages, den sie zahlen müssen, richtet sich nach dem Studienfach. Doch nicht nur für die Studierenden, sondern auch für die Lehrenden hat sich die finanzielle Situation nach der Unabhängigkeit Litauens geändert. Das Gehalt der Lehrenden ist sehr gering. Daher ist es keine Seltenheit, daß Professoren und Dozenten der Universität zwei Arbeitsplätze haben. Stumbrys betonte jedoch, daß die Situation sich gerade ändere und die Gehälter in naher Zukunft angehoben werden sollen.

Das Studium an der Universität Vilnius ist in Form eines Drei-Ebenen-Systems organisiert und gliedert sich in Grundstudium, Hauptstudium und weiterführendes Studium. Es ähnelt sehr stark dem amerikanischen Universitätssystem. Das Grundstudium dauert vier Jahre. In dieser Zeit müssen die Studenten mindestens 160 Kreditpunkte erwerben, die sich aus den

Leistungen ihrer Klausuren errechnen, die sie am Ende jedes Semesters schreiben. Anders als in Deutschland erwerben die Studierenden mit dem Abschluß des Grundstudiums einen berufsqualifizierenden Abschluß, den Bachelor. Nach dem Erwerb dieses Abschlusses können die Studenten mit dem Hauptstudium beginnen. Dies kann ein Master-Studiengang oder ein spezielles Aufbaustudium für Lehrer, Ingenieure, Übersetzer und Dolmetscher sein. Der Master-Studiengang dauert zwei Jahre, in denen 80 Kreditpunkte erreicht werden müssen. Die Aufbaustudiengänge sind auf ein Jahr angelegt. Hier werden 40 Kreditpunkte erwartet. „Residentships“ für zukünftige Mediziner dauern etwa drei bis sieben Jahre. Für Dissertationen sind vier Jahre vorgesehen.

Über 1.500 Wissenschaftler und 400 Doktoranden sind an der Universität Vilnius in der Forschung tätig. Jedes Jahr werden mehr als 1500 wissenschaftliche Publikationen veröffentlicht. Die Universität legte in den letzten Jahren großen Wert darauf, gut ausgestattete wissenschaftliche Einrichtungen zu schaffen und ein Team hochqualifizierter Forscher aufzubauen, um in den Natur- und Sozialwissenschaften sowie Medizin und Kunst eine führende Rolle zu spielen. Mit Erfolg: In den Jahren 1993 bis 1998 wurden zwanzig Forschungsprojekte von 34 Universitätsgelehrten mit dem Wissenschaftspreis Litauens ausgezeichnet. Schwierigkeiten hat die Universität Vilnius allerdings in den Rechtswissenschaften. Hier mangelt es noch an qualifizierten Dozenten, die westliche Rechtssysteme lehren können.

Das mächtigste Organ der Universität ist der Universitätsrat, unter dessen Dach fünf verschiedene Komitees arbeiten. Es sind die Komitees für Finanzen, Ethik, Forschung und für Internationale Beziehungen sowie das für akademische Fragen. Mitglieder des Universitätsrates sind Vertreter aller Fakultäten, die in geheimer Wahl bestimmt werden. Die Entscheidungen des Universitätsrates sind für alle Universitätsangehörigen, also auch die Studenten, verbindlich. Der Senat ist das Exekutivorgan der Universität. Nach Ansicht Stumbrys verfügt die Universität über ein ausreichendes Maß an Unabhängigkeit gegenüber dem Staat. Doch auf politischer Ebene gibt es Bestrebungen, die Unabhängigkeit der Universitäten zu beschneiden. So sieht ein zur Zeit diskutierter Gesetzentwurf vor, die universitäre Selbstbestimmung zu beschneiden und dem Ministerium für höhere Bildung und Forschung größeren Einfluß auf Angelegenheiten der Universität einzuräumen.

Die Universität von Vilnius ist sehr daran interessiert, einen engen und regen Kontakt mit Universitäten und Institutionen aus der ganzen Welt zu pflegen. So hat die Universität bereits über 50 bilaterale Kooperationsabkommen unterzeichnet. Eine besonders enge Kooperation besteht zwischen der Universität und europäischen Institutionen sowie mit Universitäten und Forschungszentren in Österreich, Belgien, Tschechien, Ungarn, Italien, Norwegen, Polen, Spanien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Holland, Schweden, Schweiz und Großbritannien. Die Universität Vilnius hat die Initiative ergriffen, ein neues Netzwerk zur Kooperation zwischen Universitäten Zentral- und Osteuropas aufzubauen. Im Jahr 1998 wurde im Institut für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen ein UNESCO-Schwerpunkt eingerichtet. Seit 1992 ist die Universität Vilnius an einer Vielzahl von Ausbildungs- und Forschungsprogrammen der EU beteiligt.<sup>8</sup> Zudem ist die Universität Vilnius eine Partneruniversität des ERASMUS-Programms und sehr daran interessiert, die Zahl der ausländischen Studierenden zu erhöhen. Doch vor einem Studium in den beeindruckenden, geschichtsträchtigen Räumen der Universität müssen interessierte Studenten noch eine Hürde überwinden. Da nur wenige Veranstaltungen in Englisch oder anderen internationalen Fremdsprachen stattfinden, müssen sie zuvor Litauisch lernen. Und diese Hürde scheint nicht die niedrigste zu sein.

---

<sup>8</sup> Im einzelnen handelt es sich um die Programme TEMPUS, COPERNICUS, PECO, INCOPERNICUS, COST, SOCRATES, LEONARDO und FRAMEWORK.

**Michael Damboer**

## **Politische Kultur in Litauen - irrational und antidemokratisch?**

„Die litauische politische Kultur ist durch monolithische, zentralistische und damit potentiell antidemokratische Tendenzen geprägt. Ausdruck findet dies darin, daß in Politik und Öffentlichkeit abweichende politische Meinungen generell als Angriff auf das System verstanden werden und nicht als integraler Bestandteil einer demokratischen „Streitkultur“. Die litauische nationale Identität immunisiert die Gesellschaft gegen jede Art von Kritik. Überdies verfügt Litauen nur über eine sehr schwache demokratische Tradition. Die Stabilität des politischen Systems in Litauen, welche im Ausland im Vergleich mit Estland und Lettland, als eine sehr hohe eingeschätzt werde, ist eine Scheinstabilität. Generell ist Litauens politische Kultur geprägt von einem starken Irrationalismus und einer nationalen Mythenbildung, welche eine wirkliche Demokratisierung des Landes bislang verhindern.“

Diese Thesen vertritt Arvydas Juozaitis, der damit zur einer der umstrittensten Personen der litauischen Gesellschaft avancierte und als ein bekannter Kritiker der politischen Kultur Litauens gilt. Der Publizist und Philosoph Juozaitis ist Chefredakteur und Herausgeber der Kulturzeitschrift „Naujoji Romuva“, Kolumnist bei verschiedenen Zeitungen sowie Dozent für Philosophie an der Universität Vilnius. Als Litauen noch zur UdSSR gehörte, war er im Juni 1988 einer der Gründer der litauischen Unabhängigkeitsbewegung „Sajudis“, von der sich aber nach der Erlangung der Unabhängigkeit zunehmend distanzierte.<sup>9</sup>

Einen fruchtbaren Nährboden für diese Elemente der politischen Kultur Litauens stellt nach Juozaitis Meinung der Katholizismus dar. Kirche und Glaube spielten in der litauischen Geschichte und Gegenwart eine wichtige Rolle. Auch dem Katholizismus sei ein zentralistisch-monolithisches Weltbild eigen, das an der Erwartung einer Wiederkunft Christi zum Endgericht ausgerichtet sei und das sich auch in der straff zentralistischen Organisation der Amtskirche niederschlage. Genau diesem Modell, bloß in säkularisierter Form, entspreche der Wunsch nach einem charismatischen Heilsbringer, der bis heute in Litauen existiere und zuletzt am 26. Februar 1998 bei der Wahl des bis dahin nahezu völlig unbekanntes Valdas Adamkus zum Präsidenten hervorgetreten sei.

Der heute überaus populäre Präsident kam als Exil-Litauer aus den Vereinigten Staaten. Er trat für die „Vaterlandsunion/Konservative Litauens“ (TS/LK) zur Wahl an. Die Bevölkerung habe in ihm einen mythischen „Weißen Ritter“ gesehen, der aus Übersee komme, um Litauen zu retten. Darin sah Juozaitis das Erfolgsrezept, mit dem Valdas Adamkus gegen seinen Amtsvorgänger Algirdas Brazauskas gewonnen habe.<sup>10</sup> Dieser Erfolg sei allerdings erst, so Juozaitis, „durch Manipulationen am Rande des Wahlbetrugs“ möglich gewesen. Selbst der mitunter als „Held des Unabhängigkeitskampfes“ apostrophierte Vorsitzende der Vaterlandsunion und Ex-Präsident Vytautas Landsbergis, der während seiner Amtszeit stark an Rückhalt in der Bevölkerung verloren hatte, hätten gegen Adamkus in dessen Funktion als „Heilsbringer“ keine Chance mehr gehabt.

Im Mai 1999 trat der Premierminister Gediminas Vagnorius nach nur zweieinhalb Jahren im Amt von seinem Posten zurück. Er tat dies aufgrund des Drucks des Präsidenten Adamkus. Zum neuen Premier wählte daraufhin das Parlament (Seimas), ebenfalls auf Vorschlag des Präsidenten, den ehemaligen Bürgermeister von Vilnius, Rolandas Paksas. Vagnorius und Paksas gehören derselben Konservativen Partei an. Dieser Vorgang, ohne Regierungswech-

---

<sup>9</sup> Vgl. dazu Arvydas Juozaitis, *The Lithuanian Independence Movement and National Minorities*, Untersuchungen aus der FKKS, Frankfurt 1992, 3.

<sup>10</sup> Algirdas Brazauskas war in der Sowjetunion Vorsitzender der reformorientierten Kommunistischen Partei Litauens, aus der die Litauische Demokratische Arbeiterpartei (LDDP) hervorging.

sel die Premiers auszutauschen, sei ein weiteres Beispiel für den politischen Irrationalismus und Mangel an demokratischer Kultur. Nicht politische Versäumnisse oder inhaltliche Differenzen hätten den Ausschlag für die Entlassung gegeben, sondern nur der Unwille des Präsidenten, mit dem Premierminister zusammenzuarbeiten. Möglich sei dies nur aufgrund der Popularität des Präsidenten gewesen, der sich auf die Unterstützung der Bevölkerung habe verlassen könne.

Selbst in solchen Fällen der Tagespolitik seien, so Juozaitis, der Einfluß und die Rolle der katholischen Kirche zu kritisieren. Diese mache sich immer wieder mit Wahlempfehlungen und politischen Interventionen von der Kanzel aus für einzelne Positionen und für rechte, nationalistische Parteien stark. Ein demokratisches Gegengewicht dazu existiere nicht. Die ehemalige Unabhängigkeitsbewegung „Sajudis“ könne nicht mehr als Vertreter einer demokratischen politischen Gegenkultur angesehen werden. Denn diese sei mittlerweile eine von integralistischem Nationalismus geprägte Bewegung geworden. Zwar habe sie maßgeblich die Unabhängigkeit Litauens befördert und damit zu einer Demokratisierung des Landes geführt, aber selbst während der Blüte ihrer Existenz Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre sei die Binnenstruktur von „Sajudis“ nie demokratisch gewesen.

Das Selbstbewußtsein der Litauer während des Kampfes um die nationale Unabhängigkeit habe nicht aus einer demokratischen Tradition schöpfen können, sondern sei aus der ökonomischen Stärke der baltischen Staaten in der Sowjetunion erwachsen. Das demokratische Erbe sei in den Unabhängigkeitsbewegungen in Lettland und Estland größer gewesen. In Westeuropa werde zwar die ethnische Heterogenität Lettlands und Estlands als Problem für die Demokratisierung angesehen, aber diese Sichtweise sei falsch. Für Juozaitis durchdringe der Geist einer demokratischen Kultur die Gesellschaften dieser beiden Länder viel stärker als in Litauen. Wer Gefahren für die Demokratie oder gar „ethnische Konflikte“ in diesen Staaten ausmache, sei in Wirklichkeit ein „Opfer der Massenmedien.“

Irrationale Elemente scheint nicht nur die litauische politische Kultur zu enthalten. Auch ein intellektuell so unabhängiger und kritischer Beobachter wie Arvydas Juozaitis scheint nicht frei von ihnen zu sein. Um das politische Weltbild des heutigen Parlamentspräsidenten und ehemaligen Weggefährten aus der „Sajudis“, Vytautas Landsbergis, zu charakterisieren, verstieg sich Juozaitis in dem Gespräch mit den Mannheimer Studierenden zu einem gewagten Vergleich: Was Ideen wie den „Geist der Nation“, die Funktion des Nationalismus als Mobilisierungsressource sowie seine Strategien der Machtkonsolidierung anbelange, so könne man Landsbergis in einem Atemzug mit Serbiens Slobodan Milošević nennen. Den Beweis für diese Gleichung blieb Juozaitis schuldig. Doch mit seinen Analysen schärfte er den Blick für die Realitäten von Politik und Gesellschaft in Litauen.



**Yvonne Haßlinger/Monika Merling**  
**„Wir haben mehr jüdische Organisationen als Juden“**  
**Simonas Alperavičius über die Jüdische Gemeinde in Vilnius**

Eine vereinzelte Gedenktafel, manchmal ein Straßename. Wer in der Altstadt von Vilnius auf Spurensuche nach jüdischer Kultur geht, muß genau hinsehen, denn auf den ersten Blick ist der Ruf der litauischen Hauptstadt als ehemaliges „Jerusalem Osteuropas“ nicht mehr zu erkennen.

Die engen Gassen der Stadt und wenige erhaltene Gebäude zeugen heute noch von der Zeit vor 1941, als Vilnius der europäische Mittelpunkt des Wissens und der spirituellen Werte jüdischen Lebens war. Im 14. Jahrhundert siedelten sich auf Wunsch von Großherzog Vytautas Juden in Litauen an. Das gemäßigte Verhalten der folgenden Herrscher und auch der polnisch-litauischen Könige gegenüber den Einwanderern begünstigte die Entwicklung des Landes zu einem Zentrum des Judentums, dessen litauische Angehörige „Litvaken“ genannt wurden. Über Jahrhunderte waren die Juden im gesamten Baltikum zahlreich vertreten und gut etabliert. Nirgendwo wurde so viel Jiddisch gesprochen wie hier. Allein in Vilnius gab es vor dem Zweiten Weltkrieg über einhundert Synagogen. Die Gemeinde war darüber hinaus weltweit für ihre Kantoren und Talmud-Experten bekannt. Das 1924 gegründete Institut für jüdische Studien konnte Albert Einstein und Sigmund Freud zu den Mitgliedern seines Ehrenpräsidiums zählen.

Diese einzigartige Gemeinschaft fand unter dem nationalsozialistischen Regime ein jähes Ende. Bereits mit der Besetzung Litauens durch die sowjetische Armee nach dem Hitler-Stalin-Pakt im Oktober 1939, vor allem aber nach der Eingliederung des Landes in die UdSSR 1940 begann die Tragödie für die litauischen Juden. Die sowjetischen Behörden schlossen fast alle jüdischen Einrichtungen. Darüber hinaus wurden die Juden weiteren Repressalien unterworfen. Die Ausübung der Religion, das Leben jüdischer Traditionen und der Gebrauch des Jiddischen wurden verboten, jüdische Kultureinrichtungen geschlossen. Von den Massendeportationen unter Stalin blieben sie nicht verschont. Rund sieben Prozent der Juden in Vilnius und ungefähr ein Prozent der gesamten jüdischen Bevölkerung Litauens verschleppten die Helfer des Diktators in die Arbeitslager nach Sibirien. Die Deportationen richteten sich gegen Zionisten, Mitglieder der jüdischen Arbeiterpartei „Bund“ sowie „bourgeoise Elemente“, wie Kaufleute, Händler und andere Angehörige des Bürgertums gebrandmarkt wurden. Doch das war nur der Vorhof zur Hölle – der Vernichtung der europäischen Juden durch den nationalsozialistischen Terror. Nach der Besetzung Litauens durch deutsche Truppen im Juni 1941 wurden in Vilnius 50.000 Juden in zwei Gettos zusammengepfercht. Die 15.000 Bewohner des kleineren Gettos an der Stikli-Straße, das nur von Juni bis Oktober bestand, wurden in Konzentrationslager deportiert. Am 23. September 1943 räumten die Nazis das große Getto. Teilweise unterstützt durch litauische Kollaborateure trieben sie 70.000 Juden, zumeist Frauen, Kinder und alte Menschen, im Wald bei Paneriai zusammen und erschossen sie. Auch in Kaunas, Alytus, Marijampole und Ukmerge ermordeten Hitlers Schergen Zehntausende. Von den damals 250.000 in Litauen lebenden Juden kamen so über 200.000 zu Tode, was einem Anteil von 93 Prozent der jüdischen Bevölkerung entspricht. Als Mahnmale erinnern über 200 Massengräber an den Genozid.

Von dem ehemaligen „Jerusalem Osteuropas“ war nach dem Krieg nichts übriggeblieben. Die Synagogen von Vilnius waren dem Erdboden gleichgemacht worden, einzig das Gebetshaus in der Nähe des Blumenmarktes war erhalten geblieben, weil es außerhalb des Gettos lag. Die Sowjets beseitigten die Ruinen der „Großen Synagoge“, um Platz für einen Kindergarten und einen Sportplatz zu schaffen. Über dem jüdischen Friedhof errichteten sie

einen Konzert- und Sportpalast, die Grabsteine dienten als Treppenstufen zum neuen Gewerkschaftshaus. Die wenigen Überlebenden des Holocausts waren erneut Repressalien ausgesetzt. Die Ausübung ihres Glaubens und ihrer Kultur war ihnen untersagt. Der sowjetische Antisemitismus gipfelte in den Ereignissen um das sogenannte „Ärztekomplott“ Anfang 1953.<sup>11</sup> Nach Stalins Tod verbesserte sich die Situation der Juden zunächst nicht wesentlich. Jüdische Theater, Schulen oder Museen existierten nicht, außerdem war Juden der Zugang zu den meisten Berufsgruppen und zu den Universitäten versperrt.

Mit dem „Tauwetter“ unter Chruščëv nach 1953 gingen die ersten zaghaften Schritte zur Wiederbelebung jüdischer Kultur einher. Künstler gründeten verschiedene Laienspielgruppen, die Stücke und Lieder in jiddischer Sprache aufführten. Letztendlich erwies sich die nationale Unabhängigkeitsbewegung in Litauen Ende der 80er Jahre als Wegbereiterin für die Wiedergeburt jüdischen Lebens. In vielen Städten Litauens entstanden Bewegungen, die jüdische Kultur förderten und im März 1989 wurde die „Jüdische Kulturgesellschaft“ gegründet. Die Erklärung der Unabhängigkeit Litauens am 11. März 1990 brachte für die Juden entscheidende Veränderungen mit sich. Die neue Regierung garantierte gleiche Rechte für nationale Minderheiten, zu denen auch die Juden gezählt werden. Gesetzesvorlagen zur Abschaffung von Diskriminierungen wurden eingebracht, der 23. September, der Tag der Liquidierung des Gettos, zum Gedenktag erklärt. Als zentrales Ereignis gilt die Gründung der „Jüdischen Gemeinde Litauens“ im November 1991. Sie will nicht nur die Bedingungen schaffen, den jüdischen Glauben zu leben, sondern auch jüdische Kultur fördern und sich zu allen Themen äußern, die Juden betreffen. Dazu gehört die Wahrnehmung jüdischer Interessen in kulturellen, religiösen und wirtschaftlichen Fragen, sowie der Schutz der litauischen Juden vor Diskriminierung und antisemitischen Vorfällen. Die „Jüdische Gemeinde Litauens“ versucht das wechselseitige Verständnis zwischen Nicht-Juden und Juden zu verbessern und will die bereits bestehenden guten Beziehungen weiter ausbauen. Es gibt keine vorgeschriebenen Voraussetzungen für die Mitgliedschaft, alle Juden Litauens gehören zur Gemeinde und sind mit gleichen Rechten ausgestattet. Alle drei Jahre wird ein Vorsitzender gewählt. Auf den Philologen und Aktivisten der litauischen Unabhängigkeitsbewegung Sajudis- Emanuelis Zingeris sowie den berühmten litauischen Schriftsteller Grigorij Kanoviè folgte der Soziologe Simonas Alperavièius ins Amt. Der Achtundsiebzigjährige weiß von der Entwicklung der Jüdischen Gemeinde zu erzählen. Er teilt das Schicksal derjenigen Juden, die der nationalsozialistischen Vernichtung dadurch entkamen, daß sie vorher von sowjetischer Hand nach Sibirien deportiert worden waren.

Heute organisieren sich die 5.000 noch in Litauen lebenden Juden in zahlreichen Vereinigungen und Interessengruppen. Mit 300 Mitgliedern stellt die „Organisation der Kämpfer gegen den Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg“ die größte Gruppierung dar. Die kleinere Organisation „B'nei B'rith“ verfügt über intensive internationale Kontakte. Finanziell vom Hauptsitz der Vereinigung in den USA unterstützt, veranstaltet sie unter anderem Fortbildungsseminare für litauische Grundschullehrer. Angesichts der verhältnismäßig hohen Anzahl der Organisationen im Gegensatz zu der kleinen Gemeinde, deren Mitglieder außerdem stetig ins Ausland abwandern, flüchtet sich Simonas Alperavièius in Sarkasmus: „Wir haben in Litauen bald mehr jüdische Organisationen als Juden.“

---

<sup>11</sup> Im Januar 1953 teilte die Pravda mit, eine Verschwörung von Kremlärzten sei aufgedeckt worden. Sie hätten Giftanschläge gegen führende Politiker verübt und weitere geplant. Die Ärzte seien Agenten ausländischer Geheimdienste und unterstützten zionistische Organisationen. Nach Stalins Tod wurden die Ärzte rehabilitiert und Spekulationen laut, daß es sich bei dem „Ärztekomplott“ um den Auftakt zu einer neuen Säuberungswelle mit antisemitischem Hintergrund gehandelt habe. Siehe dazu: Louis Rapoport, Hammer, Sichel, Davidstern: Judenverfolgung in der Sowjetunion, Berlin 1992



Die Motivation innerhalb der Gemeinschaft, ihre Tradition und Lebensart aufrechtzuerhalten, bleibt dennoch bestehen. In Vilnius existiert eine staatliche jüdische Schule, in der 200 Kinder neben den allgemein verbindlichen Fächern Thora-Unterricht erhalten sowie jüdische Traditionen und Geschichte lernen. Seit 1993 können Studenten an der Universität Vilnius im „Zentrum für jüdische Studien“ unter anderem Vorlesungen in jüdischer Philosophie und Bibelkunde besuchen.<sup>12</sup> Darüber hinaus veröffentlicht die Gemeinde die Zeitung „Jerusalem von Litauen“, die trotz der schwierigen Finanzlage alle zwei Monate in Litauisch, Jiddisch, Russisch und Englisch erscheint. Alle drei Wochen wird eine Fernsehsendung mit dem Namen „Menorah“ ausgestrahlt.

Die Juden haben in Litauen heute wieder verschiedene Möglichkeiten, sich öffentlich zu artikulieren. Dennoch ist das Zusammenleben mit der Mehrheit der Bevölkerung nicht völlig unproblematisch. Alperavièius vermißt in den Medien und bei Politikern die Bereitschaft zur Selbstkritik. So seien verschiedene Pläne und Projekte der Jüdischen Gemeinde, an das untergegangene jüdische Vilnius zu erinnern, an der Gleichgültigkeit und am Widerstand der Stadtbehörden gescheitert. Außerdem seien durch die Nachlässigkeit der Mitarbeiter von Baufirmen historisch bedeutsame jüdische Inschriften an Hausfassaden vernichtet worden. Als besonders bedrückend empfindet Alperavièius es jedoch, daß in der litauischen Gesellschaft bisher keine ernsthaften Versuche unternommen worden seien, die eigenen Verbrechen während der nationalsozialistischen Okkupation an den Juden und Verstrickungen in den sowjetischen Antisemitismus offen aufzuarbeiten. Vor allem die Beteiligung litauischer Kollaborateure an der Judenvernichtung sei ein Tabu. Als sich der ehemalige Präsident Algirdas Brazauskas bei einem Staatsbesuch in Israel offiziell für die an den Juden begangenen Verbrechen entschuldigte, fand er dafür bei den meisten Litauern wenig Verständnis. Selbst unter den Intellektuellen kursieren skurrile Thesen, um die Judenvernichtung zu rechtfertigen. So wird teilweise die Meinung vertreten, die Juden seien ohnehin alle Kommunisten gewesen, hätten in sowjetischen Repressionsorganen gearbeitet und sich somit schuldig am Leiden des litauischen Volkes gemacht. Laut Alperavièius ließen sich viele noch von den Massenmedien beeinflussen, die mit den bekannten antijüdischen Stereotypen arbeiteten. Zur Illustration zitiert er aus einem gerade publizierten Artikel der „Christlichen Zeitung“, in dem die Shoah als gerechte Strafe für die Verletzung der Gesetze Gottes bezeichnet wird. Unter den Politikern des Landes könne man nicht mit Unterstützung gegen derartige antisemitische Strömungen rechnen, da diese um ihr Ansehen und den Verlust von Wählerstimmen fürchteten. Auch die katholische Kirche in Litauen habe nicht für eine massenhafte Verbreitung der Enzyklika des Papstes zur Versöhnung zwischen Katholiken und Juden gesorgt. Tendenziell sei das Geschichtsbewußtsein der Litauer zu stark von der eigenen Opferrolle während der Zugehörigkeit zur UdSSR dominiert.

Alperavièius setzt bei der Aussöhnung alle Hoffnungen auf die junge Generation. Deshalb wolle die Jüdische Gemeinde Litauens auch zukünftig alles tun, um diesen Prozeß zu fördern könnten. Die Jüdische Gemeinde in Litauen ist nicht groß, aber voller Leben und Engagement. Obwohl das „Jerusalem Osteuropas“ unwiederbringlich verloren ist, überlebt die jüdische Kultur der Menschen, die sie einst schufen, in den Erinnerungen, den Büchern und den schmalen Gassen von Vilnius.

---

<sup>12</sup> Siehe dazu den Bericht im vorliegenden Heft von Dennis Snella über das Wirken des Berkeley-Professors Dovid Katz an der Universität Vilnius.

**Dennis Snella**  
**Zur Geschichte der Diaspora und des Ostjudentums**  
**Ein Besuch im Zentrum für Judaikastudien**

*Wilna, meine große Ahne, Stadt und Mutter in Israel,  
Jerusalem des Galuth, Trost des Ostvolks im Norden,  
Deine Haube, geflickt wie das Dach der alten Synagoge  
Schien erhabener deinen Enkeln als Goldhelme der Türme.  
Wie oft trocknetest Du Tränen mit zerschlissener Schürze  
Die wie ein heiliger Thoravorhang bestickt ist mit Löwen  
und Kronen.*

Diese Zeilen, die S. Chénour seiner Einleitung zu dem 1931 in Zürich erschienenen Bildband „Ein Ghetto im Osten (Wilna)“ über das dortige Leben in der Judengasse vorstellte, geben einen Eindruck von dem mythischen Klang, den Vilnius in der Geschichte des Ostjudentums hatte. Vilnius war in seiner wechsellvollen Geschichte mal Hauptstadt des Großfürstentums Litauens, gehörte zu Polen-Litauen, war Teil Polens, fiel an Rußland, wurde Hauptstadt des unabhängigen Litauens und geriet dann in die Grauen des Zweiten Weltkrieges. Über all diese Brüche hinweg war Vilnius das Zentrum des osteuropäischen Judentums. Vilnius mit seinen zahlreichen Synagogen und Thoraschulen war das „Jerushalaim de-Lita“, das „litauische Jerusalem“. Seit dem 17. Jahrhundert war es die Hochburg des gelehrten Rabbinismus in Europa, Lebensmittelpunkt und Wirkungsstätte des Gaon Elia (1720-1797). 1897 waren 41,5 Prozent der Bevölkerung von Vilnius Juden. Vilnius war Zentrum der jiddischen Kultur und Literatur in Europa. Hier nahm die jüdische Arbeiterbewegung ihren Ausgang, hatte die jüdische Arbeiterpartei „Bund“ ihren Sitz, hier wurde 1924 das berühmte Wissenschaftliche Institut zur Erforschung der jiddischen Sprache und Kultur gegründet. All das wurde durch die Shoa vernichtet. Erst seit wenigen Jahren gibt es wieder ein „Zentrum für Judaikastudien“ an der Universität Vilnius. An ihm lehrt seit kurzem als „Visiting Scholar“ Professor Dovid Katz (Universität Berkeley) Jiddisch und jüdische Geschichte. All das sind Gründe genug, der Frage nachzugehen, in welchem Zusammenhang die jüdische Diaspora mit den europäischen Ostjuden steht.

Die Geschichte der Juden ist eng verbunden mit der Tatsache, daß ein Volk fast 2000 Jahre in der Diaspora lebt. Bis heute richten sich Ressentiments, die ihren Ursprung im Mittelalter haben, gegen die Menschen jüdischen Glaubens.<sup>13</sup> Vorurteile und Verfolgungen lösten im Hoch- und Spätmittelalter eine Auswanderung vieler Juden in den Osten Europas aus, wo sie Ansiedlungsmöglichkeiten eingeräumt bekamen und sich Schutz vor Verleumdung und Verfolgung versprachen. Ziel dieser Wanderung war für die meisten Juden jene Region, wo heute Polen, Litauen, Belarus und der Westen der Ukraine liegen. Doch warum war dieses Gebiet so attraktiv für Juden? Wie gelangten sie überhaupt in den Osten Europas?

Die Leidensgeschichte beginnt im Jahre 66 n. Chr. mit dem Beginn des ersten Jüdischen Krieges, der seinen tragischen Höhepunkt im Jahre 74 n. Chr. mit dem Massensuizid der Zeloten auf der Bergfestung Massada findet. In den folgenden Jahren kommt es zu vereinzelt Aufständen, die aber an dem Zustand der Fremdherrschaft nichts ändern können.

---

<sup>13</sup> Die bekanntesten Vergehen, die den Juden im Mittelalter angelastet wurden, waren der Ritualmord, die Vergiftung der Brunnen als Auslöser der Pestilenz und die Hostienschändung. Siehe hierzu Ismar Elbogen, Die Geschichte der Juden in Deutschland, Hamburg 1993, 57ff.; Amos Funkenstein, Juden, Christen und Muslime. Religiöse Polemik im Mittelalter, in: Wolfgang Beck (Hg.), Die Juden in der europäischen Geschichte: sieben Vorlesungen, München 1992, 37ff.

Nachdem im Jahre 135 n. Chr. der zweite Jüdische Krieg zugunsten Roms entschieden wird, greift der römische Kaiser Aelius Hadrianus zu drastischen Maßnahmen. Er erteilt den Juden das Verbot, die Stadt Jerusalem zu betreten. Dieser Erlass kann als Auslöser der Diaspora angesehen werden. Er verweigerte den Juden den Zugang zu ihrem geistig-religiösen Zentrum, beraubte sie ihres Landbesitzes und legitimierte die Vernichtung zahlreicher jüdischer Siedlungen. Das bezeichnet auf eindrucksvolle Weise den unumschränkten Machtanspruch Roms auf Palästina. In der Folge entstanden zwei große Wanderbewegungen. Ein Teil der Juden siedelte sich in Spanien und Portugal an. Diese werden als *Sephardim* bezeichnet.<sup>14</sup> Ein anderer Teil wandte sich nach Mitteleuropa, hauptsächlich nach Deutschland, das in der damaligen rabbinischen Literatur Aschkenas hieß. Die Angehörigen dieser Gruppe wurden folglich als *Aschkenasim* bezeichnet. Für die Entwicklung der jüdischen Kultur in Osteuropa ist diese zweite Gruppe von großer Bedeutung. Der regelrechten Völkerwanderung in die Gebiete des heutigen Polen und Litauen, die sich über mehrere Jahrhunderte hinzog, waren in Europa zunächst Übergriffe gegen Juden während der Kreuzzüge vorausgegangen, dann immer wieder Vertreibungen und Pogrome.

Diese Begebenheiten bilden die Grundlage für die Periodisierung der jüdischen Geschichte durch Dovid Katz. Er unterscheidet die Alte Periode, d.h. die 2000jährige Geschichte vor Christi Geburt, von der Neuen Periode. Diese reicht bis zum 10. Jahrhundert. Die Zeit danach bis zur Gegenwart ist für ihn die Europäische Periode. Diese unterteilt er nochmals in einen West- und einen Oststrang. Unser besonderes Augenmerk gilt dem Oststrang. Welche Merkmale sind für diesen charakteristisch? Die Ansiedlung der Aschkenasim vollzog sich über einen Zeitraum von mehreren Jahrhunderten. Polen, das sich durch die Hochzeit des litauischen Großfürsten Jagiello mit der polnischen Prinzessin Jadwiga 1386 in einer Personalunion mit dem Großfürstentum Litauen verband, hatte mehr als ein Jahrhundert zuvor den Juden schon besondere Anreize geboten.<sup>15</sup> Mitte des 13. Jahrhunderts erließ der großpolnische Herzog Boleslaw des Fromme eine Schutzverordnung für Juden, unter der sie das Recht auf wirtschaftliche Betätigung genossen. In der Folge wurden sie per Erlass unter den Schutz der polnischen Könige gestellt. Ohne Zweifel hatten die polnischen Fürsten in erster Linie ökonomische Interessen an der Anwesenheit der Juden. Als Münzmacher und Finanzberater wirkten sie am Hofe. Mit der Besetzung derartiger hoher Ämter und dem damit verbundenen Gewinn an sozialem Prestige geht eine kulturelle und geistige Blüte der jüdischen Kultur und Bildung einher, die es in dieser Form kaum ein zweites Mal in Europa gab.

Trotz der Vertragsbindung der Juden an die polnische katholische Krone, so betont Katz, blieben die jüdischen religiösen Pflichten, insbesondere das Studium der Thora und anderer heiliger Schriften, fundamentaler Bestandteil des jüdischen Alltags. Im 16. Jahrhundert entstand in Polen-Litauen ein spezielles zweistufiges Bildungswesen für Juden. Bis zum achten Lebensjahr besuchten die Knaben die Kahal-Schule, auch Cheder genannt.<sup>16</sup> Für ausgewählte Schüler schloß sich das Studium des Talmud und der Kommentare an. Dieses fand an einer der Talmud-Hochschulen statt, die Jeschiwa heißen. Das Studium in der Jeschiwa dauerte bis zu zehn Jahre, was als Voraussetzung galt, um ein hohes Bildungsniveau zu erreichen. Diese religiösen Schulen existieren bis heute auf der ganzen Welt.

---

<sup>14</sup> Der Begriff leitet sich von der biblischen Stadt Sepharad ab.

<sup>15</sup> Siehe: Heiko Haumann, Geschichte der Ostjuden, München 1991, 18

<sup>16</sup> Der Begriff „Kahal“ steht gleichzeitig auch als Bezeichnung für den Gemeinderat in der jüdischen Selbstverwaltung und stellt das mächtigste Organ im Schtetl dar. Dazu detailliert: Michael Riff, Das osteuropäische Judentum, in: Franz J. Bautz (Hg.), Geschichte der Juden: von der biblischen Zeit bis zur Gegenwart, München 1983, 120

Trotz der vergleichsweise guten Lebensbedingungen wurden Juden auch in Polen wiederholt zur Zielscheibe von Haß und zu Opfern von Verfolgungen. Da die jüdischen Kaufleute und Finanzberater einflußreich und angesehen am polnischen Hofe waren und z.B. über das Salzmonopol verfügten, entstand bei christlichen Kaufleuten und der Szlachta, dem polnischen Adel, Mißgunst. So kam es Anfang und Mitte des 15. Jahrhunderts wiederholt zu Ausschreitungen gegen Juden. Die katholische Kirche erklärt sich solidarisch mit den Auf-rührern. Den Höhepunkt bildet das Engagement des mit inquisitorischen Vollmachten aus-gestatteten Franziskanermönchs Johannes von Capistrano. Es gelang ihm, den polnischen König und den bei den Juden besonders hochverschuldeten Kleinadel auf seine Seite zu zie-hen. Beim Sejm von Piotrkov 1538 wurde beschlossen, die Privilegien der Juden zu be-schneiden und ihren Einfluß bei Finanztransaktionen am Hofe zu mindern.<sup>17</sup>

Der polnisch-litauische Katholizismus verhinderte damit explizit eine fortschreitende Festi-gung der Beziehungen zwischen Nichtjuden und Juden. Diese Vorgänge müssen vor dem Hintergrund der ökonomischen Stellung der Juden und des ihnen zugeschriebenen politi-schen Einflusses auf den Hof gesehen werden. In ihnen sahen Kirche und die Kaufleute, die bei Juden Schuldner waren, eine wachsende Bedrohung ihrer Interessen und ihrer Macht. Prof. Katz bemerkte hierzu, daß sich die Haltung der katholischen Kirche gegenüber An-dergläubigen im Laufe der Jahrhunderte immer wieder geändert habe. Phasen der Toleranz seien von solchen der Repression abgelöst worden. Das läßt die Folgerung zu, daß nicht die konfessionelle Differenz zwischen Judentum und Christentum die alleinige Ursache für die Intervention der katholischen Kirche war. Vielmehr wurde die These, die christlich-abendländische Kultur sei durch das Judentum bedroht, als Vorwand instrumentalisiert, um eigene wirtschaftliche Interessen zu verfolgen. Doch all diese Maßnahmen, die ergriffen wurden, um den Einfluß der Juden auf die Obrigkeit zu verringern, trafen die kulturelle Viel-falt und die Bildungseinrichtungen nicht substanziell. In einigen Städten Polen-Litauens wie Warschau, Lublin oder Vilnius galt zwar das Prinzip „De non tolerandis Judaeis“, faktisch konnten die Juden jedoch ihren Status in Vierteln, Stadtteilen und sogar einigen Städten bei-behalten.<sup>18</sup> Das klassische Ansiedlungsgebiet der Juden war aber nicht die Stadt. Hier wohnte nur der kleine Teil wohlhabender Juden. Das Gros wohnte in ländlichen Gebieten, in kleinen Siedlungen oder Kleinstädten, im sogenannten Shtetl.<sup>19</sup> Trotz des begrenzten Rau-mes und der meist armen Juden, die dort lebten, genoß ein hohes Bildungsniveau auch hier große Bedeutung. Das galt über alle sozialen Unterschiede hinweg. Allerdings wäre es ver-fehlt zu behaupten, daß soziale Konflikte unbekannt gewesen wären.<sup>20</sup> Das Shtetl war Wohn- und Arbeitsbereich zugleich. Lebensformen des Shtetl wurden in der Kibbuzbewe-gung nach der Gründung Israels wieder aufgenommen.

Heute sieht Dovid Katz die Bedeutung des Shtetls schwinden. Für die Juden sei es zu ei-nem romantischen Symbol geworden, das allenfalls noch Beachtung in der Literatur finde. Nahezu das gleiche Schicksal droht auch der Sprache der Aschkenasim, dem Jiddischen. Diese Sprache, die eine Mischform aus Hebräisch und Mittelhochdeutsch darstellt, entstand im 11. und 12. Jahrhundert. Sie wurde zur Umgangssprache der mittel- und osteuropäischen Juden. Während das Jiddische in Deutschland im 19. Jahrhundert weitgehend erlosch, blieb es in Osteuropa Umgangssprache der Juden und fester Bestandteil des kulturellen Lebens, das sich zunehmend in einer bedeutenden eigenständigen jiddischen Literatur und jiddischen Bühnen als Zeichen national-kulturellen Emanzipationsstrebens niederschlug.<sup>21</sup> Die Ver-

---

<sup>17</sup> „Sejm“ ist das polnische, später polnisch-litauische Parlament. Es tagte in der Regel alle zwei Jahre in jeweils wechselnden Orten und dauerte sechs Wochen.

<sup>18</sup> Siehe: Heiko Haumann, Geschichte der Ostjuden, München 1991, 21.

<sup>19</sup> Siehe zu Leben und Kultur im Shtetl: Mark Zborowski/Elisabeth Herzog, Das Shtetl. Die untergegan-gene Welt der osteuropäischen Juden, München 1991

<sup>20</sup> Siehe Riff, Judentum, 118

<sup>21</sup> Vgl. Sol Liptzin, A History of Yiddish Literature, New York 1985

nichtung der europäischen Juden durch die nationalsozialistische Herrschaft stellt eine Zäsur dar. Durch die schweren Verluste der Sprachgemeinschaft durch die Shoa, sei zu befürchten, so Dovid Katz, daß das Jiddische in ein bis zwei Generationen eine tote Sprache sein werde. Das gelte zumindest für die jüdische Bevölkerung in Europa und auch für Litauen. Eine Ausnahme bildeten hier vielleicht die USA, wo jüngst zahlreiche Bücher in Jiddisch erschienen sind. Doch diese beschränkten sich auf einen kleinen Kreis von Interessierten. Dem breiten Publikum blieben sie verschlossen. Das Zentrum für Judaikastudien an der Universität Vilnius versucht, einen anderen Weg einzuschlagen. Jedes Jahr veranstaltet es eine Sommeruniversität, die sich ausschließlich der Vermittlung des Jiddischen, der jiddischen Literatur und Kultur widmet. Die Teilnehmer reisen aus der ganzen Welt an. Das osteuropäische Judentum ist durch die Shoa weitgehend vernichtet worden. Ob die Menschen und ihre berühmte Kultur sowie die Wirkungsstätten ostjüdischen Lebens in Vilnius, Lemberg, Witebsk und den ehemaligen Siedlungsgebieten im historischen Gedächtnis fortleben, entscheidet sich an der Bereitschaft zur Erinnerung.

**Alfred Garloff**

## **Kęstutis Masiulis Aufstieg von der Uni ins Zentrum der Macht Der Berater des Premierministers über Litauens Innen- und Außenpolitik**

Extrem durchlässig scheint die Gesellschaft in Litauen für Eliten geworden zu sein. Ein Beispiel dafür ist der kometenhaften Aufstieg von Kęstutis Masiulis vom Dozenten an der Fakultät für Politikwissenschaft an der Universität Vilnius zu einem persönlichen Berater des von Mai bis Oktober 1999 amtierenden Premierministers, Rolandas Paksas. Ein bißchen Glück gehört dennoch dazu, um vom Hochschuldozenten zum persönlichen Berater des Premierministers zu werden. Persönliche Berater rekrutieren sich aus dem Bekanntenkreis des Premierministers. Der Sturz des alten Regierungschefs Gediminas Vagnorius im Frühjahr 1999 durch den seit Februar 1998 amtierenden Präsidenten Valdas Adamkus half dem Karrieresprung von Kęstutis Masiulis nach. Im Gegensatz zu den etwa 60 bis 80 Beamten, die unabhängig von der politischen Zusammensetzung der Regierung in den Ministerien arbeiten, ist das Wohl der persönlichen Berater des Premierministers eng mit dem Schicksal des Ministerpräsidenten verknüpft. Als Rolandas Paksas im Zusammenhang mit einer innerhalb seines Kabinetts kontrovers diskutierten Privatisierungsentscheidung am 27. Oktober 1999 zurücktrat, schien es so, als könne auf Masiulis schneller Aufstieg ein ebenso rascher Fall folgen. Da der neue Premierminister, Andrius Kubilius, aber bereits angeboten hat, Masiulis als Berater zu übernehmen, wird dieser nicht zu seiner Dozententätigkeit zurückkehren.

Wie der „Fall Masiulis“ zeigt, hat der Elitenwechsel in Litauen infolge des Transformationsprozesses des letzten Jahrzehnts eine sehr junge Generation in höhere Ämter gebracht.<sup>22</sup> Eine der wichtigsten Institutionen, in der die zukünftige politische Elite rekrutiert wird, ist die Fakultät Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Universität Vilnius, an der Masiulis vor seinem Aufstieg lehrte. Da vergleichsweise viele der jungen Studenten dieser Fakultät der Oberschicht angehören, kann sie dem ausländischen Beobachter leicht als elitär erscheinen. Zudem arbeitet eine große Zahl von Studenten nach dem B.A.-Abschluß bereits in Ministerien und sammelt dort erste Erfahrungen in der praktischen Politik. So scheint auch für diejenigen Studenten, für die der Zugang zu der Fakultät durch überdurchschnittliche Leistungen und Stipendien ermöglicht wurde, der berufliche Aufstieg gesichert.

Die Ausrichtung der Fakultät hat aber auch Folgen für den Aufbau des Studiums. Während in Deutschland die wissenschaftliche Reflexion einen beträchtlichen Teil des politikwissenschaftlichen Studiums in Anspruch nimmt, spiegelt sich in Litauen das Ziel, Eliten für die Politik heranzubilden, in einer praxisnahen Ausbildung wider.

Betrachtet man die Aufgaben, die Kęstutis Masiulis als persönlicher Berater des Ministerpräsidenten zu erfüllen hat, scheinen die Studenten der politikwissenschaftlichen Fakultät richtig für ihre Arbeit vorbereitet zu werden. Während einigen Beratern spezielle Arbeitsgebiete zugewiesen sind - meist handelt es sich dabei um administrative Tätigkeiten -, erstellt Masiulis „strategische Analysen“. Des weiteren pflegt er die Beziehungen des Ministerpräsidenten zum Parlament (Seimas) und zum Präsidenten. Insbesondere die Beziehungen zum Präsidenten sind im semipräsidentiellen System Litauens von besonderer Bedeutung, wie die Rücktritte von Gediminas Vagnorius und Rolandas Paksas verdeutlicht haben. Jeweils spielte das persönliche Verhältnis zwischen Präsident Adamkus und dem Ministerpräsidenten eine wichtige Rolle. Kęstutis Masiulis Darstellung und Interpretation der Ablösung von

---

<sup>22</sup> Vgl. dazu z.B. Peer H. Lange, Das Baltikum als eine Aufgabe für die integrative Gestaltgebung Europas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1998, 37, 3-15, 11.

Vagnorius aus dem Amt entbehrt nicht einer gewissen Brisanz. Zum einen hatte er sich im Präsidentschaftswahlkampf gegen den jetzigen Amtsinhaber gewandt, indem er Vytautas Landsbergis unterstützte. Zum anderen ist er aber gleichzeitig zu Loyalität gegenüber Präsident Adamkus verpflichtet.

Die wichtigste Stellung in Litauens Verfassung nimmt das Parlament ein. Gleichwohl muß man das politische System Litauens als semipräsidentielles bezeichnen. Der Präsident ist zwar formal nicht besonders stark und schöpft seine Macht nicht aus der Verfassung. Sie räumt ihm nur in der Außenpolitik eine besondere Stellung ein, die zudem noch durch die Mitwirkung des Außenministeriums beschränkt wird. Doch faktisch verfügt er über eine hervorragende Machtposition im politischen Gefüge, die vor allem von seiner hohen Popularität in der Bevölkerung stammt. Neben der Kirche und der Presse gehören der Präsident, so Masiulis, zu den drei populärsten Institutionen des Landes. Diese „plebiszitäre“ Legitimation habe es dem Präsidenten im April 1999 gestattet zu entscheiden, daß die Regierung „nicht richtig“ arbeite, obwohl das Parlament im selben Monat ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung noch deutlich zurückgewiesen hatte.<sup>23</sup> Die gesamte Regierung Vagnorius mußte zurücktreten. Weiterhin führt Masiulis aus, daß der Präsident vor allem über die Medien Druck auf die Regierung ausgeübt habe, um diese zu stürzen. Nach dieser Darstellung hat der Präsident nicht von verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch gemacht, um den Premier abzusetzen, sondern sich dabei ausschließlich auf seine Popularität gestützt. Die Frage ist, ob eine populäre Entscheidung in einem demokratietheoretischen Sinne auch legitim ist. Doch seine Popularität verschafft dem Präsidenten zweifellos eine starke Stellung in der litauischen Politik. Den Rücktritt der Regierung Vagnorius wertete Masiulis als deren selbständige Entscheidung. Es sei eine „moralische Entscheidung“ gewesen. Eine Antwort auf die Frage, worin die moralische Dimension dieser Entscheidung bestanden habe, blieb Masiulis schuldig. Besteht sie darin, die Arbeitsfähigkeit der Regierung zu gewährleisten, sich dem Widerstand der Bevölkerung zu beugen oder eigene Fehler einzugestehen? Der Begriff der Moral und die Charakterisierung als „selbständige Entscheidung“ passen nicht, wenn äußerer Druck (durch den Präsidenten) eine bedeutende Rolle gespielt hat.

Die Fragwürdigkeit der präsidentiellen Verfügung verstärkt sich noch, betrachtet man die zwei Ursachen, die laut Masiulis die Unzufriedenheit des Präsidenten mit der Regierung ausgelöst hätten. Zum einen habe es persönliche Differenzen zwischen Ministerpräsident und Präsident gegeben, die eher dem Präsidenten anzulasten seien. Diese Kritik am Präsidenten schränkte Masiulis allerdings sofort wieder ein, denn zum anderen „hat die Regierung gegenüber dem Präsidenten auch eine gewisse Arroganz gezeigt.“

Eine Bewertung dieser Ereignisse erscheint schwierig. Beruft man sich auf die Darstellung von Masiulis, so wird man zu dem Ergebnis kommen, daß die Ablösung der Regierung zwar im Rahmen der litauischen Verfassung stattfand. Doch bleibt ein fader Nachgeschmack und die zweifelnde Frage, ob es einer Demokratie angemessen ist, eine demokratisch legitimierte und von einer parlamentarischen Mehrheit gestützten Regierung durch öffentlichen Druck zum Rücktritt zu bewegen. Gleichzeitig kann die Legitimität dieses Handelns wegen der hohen Zustimmung in der Bevölkerung nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Als systematisches Fazit ist festzuhalten, daß der Präsidenten über eine starke Position verfügt, unabhängig davon, ob sich die Macht des Präsidenten auf verfassungsmäßige Rechte stützt oder auf seine Popularität in der Bevölkerung.

---

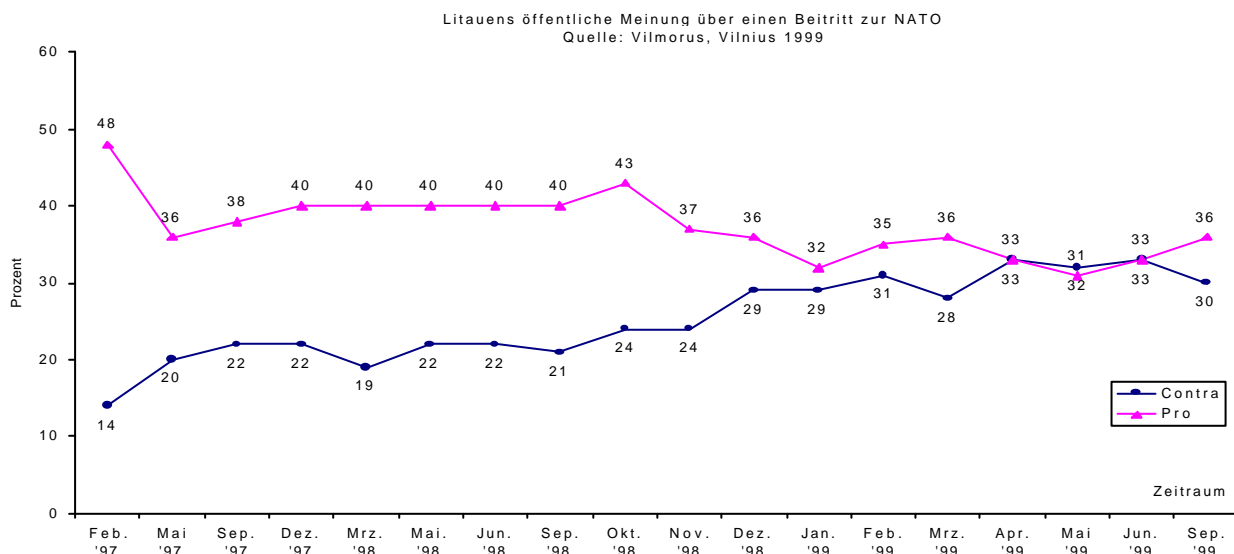
<sup>23</sup> Das Mißtrauensvotum gegen Vagnorius war am 21.4. 1999 mit 46 zu 77 Stimmen abgelehnt worden. Am 3. Mai 1999 trat Vagnorius dann zurück. Paksas amtierte vom 19. Mai bis Ende Oktober, ehe er im Zusammenhang mit Differenzen mit Präsident Adamkus über die Privatisierung eines Ölunternehmens stolperte. Siehe dazu FAZ, 29.10.1999. Kęstutis Masiulis sieht Paksas Rücktritt eher in seinen schlechten Beziehungen zum Parlament begründet. Seit 11.11.1999 ist Andrius Kubilius neuer Premierminister.

## Litauens Westorientierung

Neben den beiden Regierungswechseln im Jahr 1999, die die litauische Innenpolitik bestimmten, dominiert ein Thema die außenpolitische Debatte. Es ist der angestrebte Beitritt Litauens zur Europäischen Union und der Nato. In allen baltischen Ländern wird der Beitritt zur EU diskutiert. Vor allem die politischen Eliten verfolgen ihn einhellig. So wünschte sich auch die Regierung Paksas einen schnellen Beitritt zur EU und startete in diesem Zusammenhang diplomatische Offensiven. Brisant war dieses Thema bei der Begegnung mit Masiulis insofern, als er sich bei seinem vorherigen Deutschlandaufenthalt als vehementer Euroskeptiker gezeigt hatte.<sup>24</sup> Die Integration in die EU hatte er mit Fremdbestimmung identifiziert und sie entschieden abgelehnt. Nationalistische Überlegungen wie die Angst vor Überfremdung hatten eine Rolle gespielt. Jetzt hingegen sah sich Masiulis mit den Tücken der Realpolitik konfrontiert: Er mußte die europafreundliche Linie seines Premierministers vertreten, ohne dabei unglaublich zu erscheinen.

Von seiner europaskeptischen Grundhaltung rückte Masiulis jedoch nicht ab. Er sprach seine Ablehnung zwar nicht mehr so deutlich aus, präsentierte aber die jüngsten Ergebnisse einer regelmäßig durchgeführten repräsentativen Befragung, die einen deutlichen Rückgang in der Unterstützung des EU-Beitritts durch die Bevölkerung erkennen ließen.<sup>25</sup> Einen ähnlichen Befund liefern auch Umfragen über die Haltung der Bevölkerung zu einem NATO-Beitritt.

Diagramm 1



Auch hier sank die Zustimmung in den vergangenen Jahren beträchtlich. War 1997 fast die Hälfte der Litauer für einen Beitritt, so sprachen sich im September 1999 nur noch 36 Prozent dafür aus. Masiulis führte diese Entwicklung vor allem darauf zurück, daß Litauen von

<sup>24</sup> Kêstutis Masiulis im Januar 1999 auf einem deutsch-litauischen Seminar zum Thema „Europa auf dem Weg zur Integration von Ost und West?“ in Mannheim am 28.-29.1.1999

<sup>25</sup> Siehe das entsprechende Diagramm und die Diskussion im Beitrag von Tina Krufft in diesem Heft.



der EU nicht in den Kreis der ersten Beitrittskandidaten aufgenommen wurde. In diesem Fahrwasser sei auch die Zustimmung zur NATO gesunken. Diese Hypothese war zuvor auch von westeuropäischen Politikwissenschaftlern im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der EU- und NATO-Osterweiterung vertreten worden. Das im Dezember 1997 durch den Europäischen Rat in Luxemburg verabschiedete Stadienmodell<sup>26</sup>, so dieser Argumentationsstrang, führe zu neuen Trennungslinien in Europa und zu einer Abwendung der nicht berücksichtigten Länder von westlichen Strukturen, wenn nicht gar zu einer neuen Wendung nach Osten.<sup>27</sup> Tatsächlich läßt sich dies jedoch seit der Entscheidung des Europäischen Rates bisher nicht beobachten. Im Gegenteil sind eher stärkere Integrationsbemühungen zu konstatieren.<sup>28</sup> Im Lichte der neuen Datenlage über die öffentliche Meinung Litauens sollte allerdings die These erneut geprüft werden.

### **Das Kernkraftwerk Ignalina**

Eine wichtige Rolle in der zunehmenden Europaskepsis der Bevölkerung spielt die Politik der EU im Zusammenhang mit der Abschaltung des Kernkraftwerkes Ignalina. Die Forderung Ignalina abzuschalten, war in der Formierungsphase der litauischen Unabhängigkeitsbewegung ein Kernbestandteil des Kampfes gegen die Politik des sowjetischen Zentralstaates und gegen Umweltverschmutzung.<sup>29</sup> Nach der Unabhängigkeit Litauens kam es jedoch zu einer totalen Umkehr der Symbolik. Ignalina wurde nun zum Garanten der staatlichen Unabhängigkeit stilisiert, da das Kraftwerk vom Tschernobyl-Typ einen großen Teil des litauischen Energiebedarfs deckt. Mittlerweile haben sich die EU und Litauen darauf geeinigt, daß Ignalina vom Netz genommen wird.<sup>30</sup> Diese Einigung, die auf den Druck der EU zustande kam, wird von weiten Kreisen Litauens als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten verstanden und führt zu steigender Ablehnung der Europäischen Union. Darüber hinaus führe die Abschaltung von Ignalina zu erhöhter energiewirtschaftlicher Abhängigkeit vom Ausland, so Masiulis. Die Motive für das starke Engagement der EU seien deshalb möglicherweise gar nicht in Sicherheitsbedenken zu suchen, sondern in der Überlegung, einen potentiellen Konkurrenten auszuschalten und die eigenen Strommärkte auszudehnen, zumal heute in Westeuropa bereits Überkapazitäten im Elektrizitätssektor bestünden. Tatsächlich plant die EU den Aufbau eines Verbundsystems, mit dem auch das Baltikum mit westeuropäischem Strom versorgt werden könnte.

Mit Argumenten, die für einen Beitritt zur EU sprechen, hielt sich Masiulis eher bedeckt. Das Hauptargument der Euro-Optimisten sei der Strukturfonds. Der skeptische Unterton war Masiulis deutlich anzuhören. Er scheint nicht daran zu glauben, daß die EU bereit oder in

---

<sup>26</sup> Zu den Modellen und ihrer Beurteilung vgl. Michael Kreile, Eine Erweiterungsstrategie für die Europäische Union, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Europa öffnen. Anforderungen an die Erweiterung, Gütersloh 1997, 203–272, hier 243 ff.

<sup>27</sup> Vgl. dazu z. B. Egbert Jahn, Neue Ost-West-Beziehungen in Europa nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems, Manuskript des Vortrags vor dem Beratenden Ausschuß der Universität Mannheim, 18.11.1996, 8.

<sup>28</sup> Zur nachträglichen Bewertung vgl. z.B. Herrmann Clement, Integration in Osteuropa vor dem Hintergrund der Osterweiterung von Nato und EU, Working Paper des Osteuropa-Instituts, 208, München 1997, 10-11

<sup>29</sup> Zur Umweltbewegung siehe Gianguido Piani, Grüne Nationalisten. Aufstieg und Fall der litauischen Unabhängigkeitsbewegung, in: Valentin Thurn/Bernhard Clasen (Hg.), Klassenfeind Natur: Die Umweltkatastrophe in Osteuropa, Gießen 1992, 27–37.

<sup>30</sup> Siehe: Litauen legt seinen ersten Kernkraftblock still, in: NZZ, 14.11.1999; sowie: Die Sicherheit von Ignalina aus Expertensicht, in: NZZ, 4.11.1999

der Lage ist, bedeutende Aufbauhilfe in Litauen zu leisten. Masiulis sieht die Zukunft des Landes woanders: „Die Lösung für die Probleme Litauens liegen in einer aggressiven liberalen Politik.“

Diese Befürwortung einer freien, kaum beschränkten Marktwirtschaft ist in den Transformationsstaaten weit verbreitet. So locken diese Länder potentielle Investoren meist mit niedrigen Steuern, geringen Lohnnebenkosten und diversen Sonderkonditionen. Viele Politiker sehen die Chancen ihrer Länder in einer Politik, die noch (neo-)liberaler ist als die Politik, die in den westeuropäischen Ländern vorherrscht. Im Sinne eines globalen Standortwettbewerbes zwischen den Ländern haben sie ja auch gar nicht so unrecht: Es könnte durchaus zu ihrem Vorteil sein. Es bleibt zu hoffen, daß sich auch in diesen Ländern gewisse Mindeststandards der sozialen Absicherung und des Umweltschutzes etablieren werden.

**Christina Kruff**

**Eu(ro)phorie am Ende?**

**Dalia Bankauskaitė über Litauens schwierigen Weg in die Europäische Union**

Auch Litauen strebt die Mitgliedschaft in der Europäischen Union an. Doch während der Nachbar Estland bereits in Beitrittsverhandlungen steht, durchlaufen Litauen und Lettland gerade das Monitoring-Verfahren, in dem überprüft wird, inwieweit die nationalen Gesetze und Normen den EU-Standards entsprechen und wo sie angepaßt werden müssen.<sup>31</sup> Was spricht aus litauischer Perspektive für den EU-Beitritt, wo liegen die Vorteile, und welche Argumente sprechen gegen einen Beitritt? Für Dalia Bankauskaitė, Pressesprecherin des Europakomitees der Regierung Litauens, ist die ökonomische Notwendigkeit auch für Litauen das wichtigste Argument. Denn eine Mitgliedschaft in der EU werde zu einem uneingeschränkten Marktzugang in Europa führen, der im Moment noch durch Zölle und Einfuhrbeschränkungen erschwert wird. Auch die Investitionen aus dem Ausland nähmen zu, weil mehr Vertrauen in die wirtschaftliche und politische Stabilität eines Mitgliedstaates der EU gesetzt wird und somit mehr Kapital investiert werde.

Ein anderes, ebenso drängendes Problem Litauens stellen neben den ökonomischen Schwierigkeiten die sicherheitspolitischen Interessen dar. In Litauen werden die direkten Grenzen zu rußländischem Territorium im Kaliningrader Gebiet und zu Belarus als eine latente Bedrohung perzipiert. Dies speist sich aus der historischen Erfahrung, daß Litauen in seiner Geschichte mehr als einmal von seinem östlichen Nachbarn, zuletzt von der Sowjetunion, annektiert wurde. Diese Bedrohungsperzeption verlangt nach Meinung der politischen Akteure nach einer sicherheitspolitischen Einbindung, um potentielle Gefahren zu minimieren. Einerseits versucht Litauen deshalb, Mitglied der NATO zu werden. Andererseits werde aber, so das Kalkül, bereits die Mitgliedschaft in der EU für „soft security“ sorgen, indem sie ein Zeichen für die Zugehörigkeit zum westlichen Staatenverbund setze, was indirekten Schutz bedeute.

Als Voraussetzung für eine EU-Mitgliedschaft muß Litauen die europäischen Reglements zur Integration des Binnenmarktes erfüllen können und seine Gesetze so reformieren, daß sie mit europäischem Recht kompatibel werden. Um diese Vorgaben erfüllen zu können, wurde von der Regierung eine Vielzahl von politischen Institutionen geschaffen, die auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems den Beitritt in die EU vorbereiten sollen. Einige Kommissionen und Komitees sind der Regierung unterstellt, wie zum Beispiel das Europakomitee, für das Dalia Bankauskaitė arbeitet. Andere Institutionen, wie der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten sind Teil des Parlaments. Dies wirft die Frage auf, ob es in manchen Fällen nicht zu Kompetenzstreitigkeiten kommt. Laut Dalia Bankauskaitė grenze aber eine klare Kompetenzverteilung die Zuständigkeitsbereiche klar ab. Derartige Probleme seien eher die Ausnahme.

Die Implementation der oben erwähnten Institutionen, deren Tätigkeit und die sich daraus ergebenden Umstrukturierungen führen zu Kosten, die nicht allein aus dem litauischen Staatshaushalt gedeckt werden können. Das Budget des Integrationsprogrammes für das Jahr 2000 ist in Diagramm 2 dargestellt und macht deutlich, daß die Vorbereitungen Litauens auf eine Mitgliedschaft in der EU für das Land zu finanziellen Problemen führen. 26,45 Prozent der im Jahr 2000 benötigten Mittel sind noch nicht gedeckt. Die unter EU zusammengefaßten Hilfsmittel setzen sich aus den EU-Strukturprogrammen PHARE

---

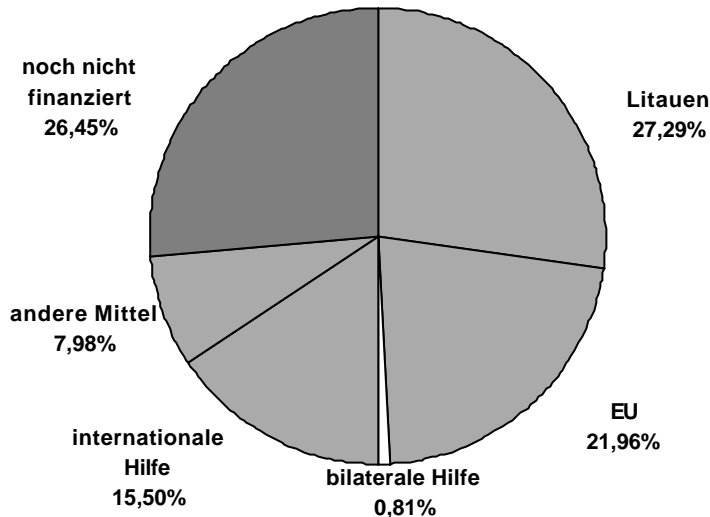
<sup>31</sup> Nach den Beschlüssen des Europäischen Rats von Helsinki im Dezember 1999 wird die EU im Februar 2000 Beitrittsverhandlungen mit sechs weiteren Ländern aufnehmen. Dazu wird auch Litauen gehören.

(10,34 Prozent), SAPARD (3,32 Prozent) und ISPA (8,3 Prozent) zusammen. Internationale Hilfe jenseits der EU-Mittel ist nicht monetär, sondern findet beispielsweise als Know-How-Transfer, überwiegend in Ausbildungsseminaren durch westliche Fachleute, statt.

**Diagramm 2**

**Finanzierung des Integrationsprogrammes für das Jahr 2000**

Quelle: Europakomitee der Regierung Litauens, Vilnius 1999

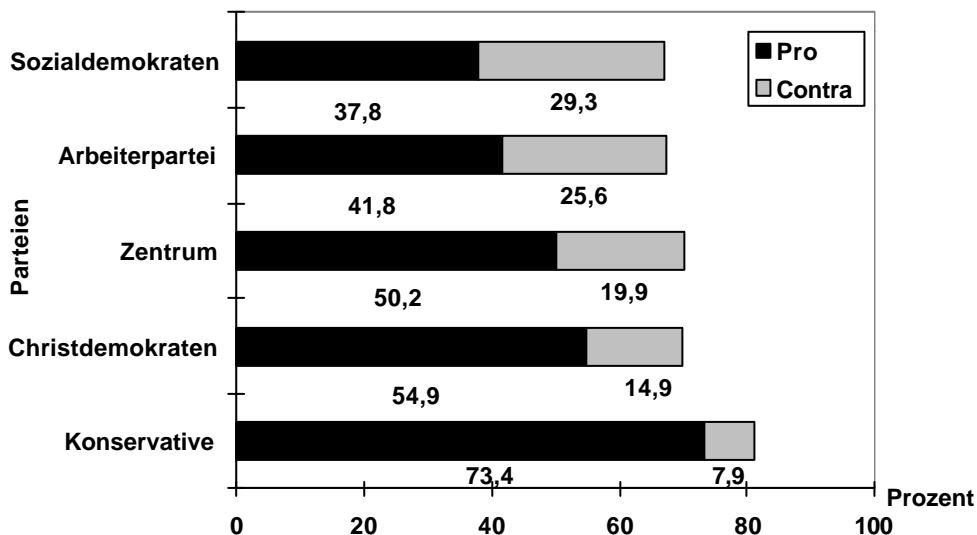


Trotz der problematischen finanziellen Situation hat die litauische Regierung in ihrem Programm den baldigen Beitritt zur Europäischen Union als oberstes außenpolitisches Ziel deklariert. Auch eine Umfrage 1998 unter Mitgliedern der im Parlament vertretenen Parteien Litauens brachte ein positives Ergebnis. Auf die Frage, wie sich die Parteimitglieder entscheiden würden, wenn am nächsten Tag ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft stattfände, ergab sich innerhalb jeder Partei eine mehr oder weniger deutliche Mehrheit für einen Beitritt.

**Diagramm 3**

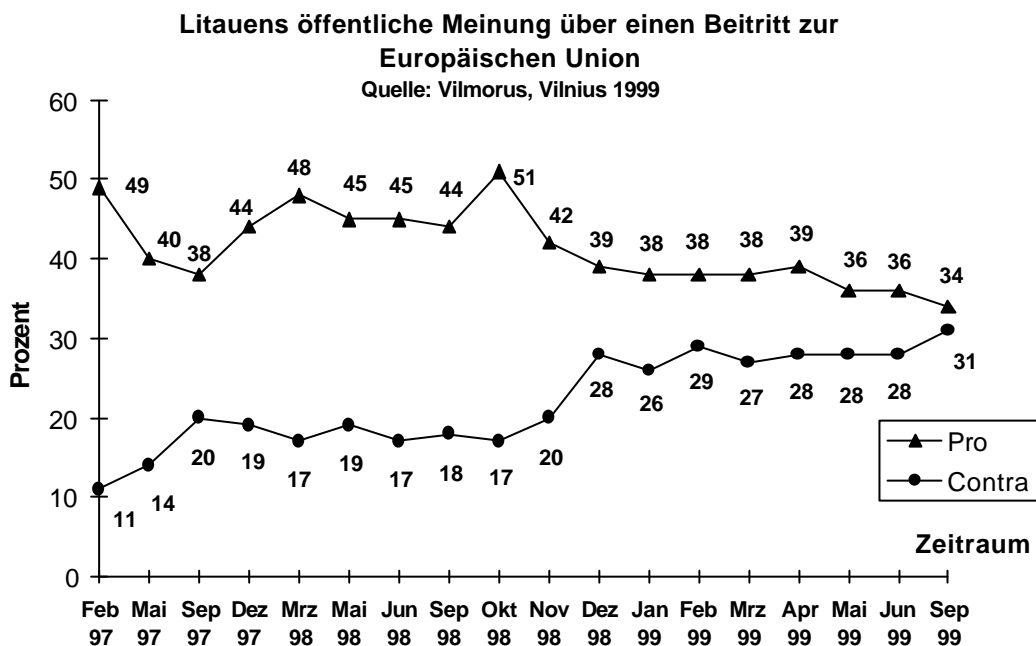
**Die Meinung von Parteimitgliedern zu Litauens Mitgliedschaft in der Europäischen Union**

N = 6066, Vilnius, Vilnius 1998



Wie aber sieht die Stimmung innerhalb der Bevölkerung aus? Handelt es sich bei der Entscheidung für den baldigen EU-Beitritt um einen Entschluß, der hauptsächlich von den litauischen Eliten ausgeht, oder gibt es eine breite gesellschaftliche Basis, die diese Entscheidung trägt? Die folgende Graphik zeigt, wie sich die Meinung der litauischen Bevölkerung zur Europäischen Union in den letzten zweieinhalb Jahren entwickelt hat.

Diagramm 4



Dabei wird deutlich, daß sich die Haltung in nur zwei Jahren gravierend verändert hat. Sprach sich 1997 nur elf Prozent der Befragten gegen eine EU-Mitgliedschaft in der EU aus, so ist es mittlerweile fast ein Drittel der Befragten. Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der Befürworter von 49 auf nur noch 34 Prozent zurück. Daten des „Eurobarometer“ wiederum zeigen sogar, daß sich die Mehrheit der Befragten mittlerweile gegen einen EU-Beitritt ausspricht. Danach waren 35 Prozent für und 39 Prozent gegen Litauens Mitgliedschaft in der EU.<sup>32</sup>

Dieser Meinungsumschwung wird sich auf den Wahlkampf im kommenden Jahr auswirken. Wenn die Mehrheit der litauischen Bevölkerung gegen einen EU-Beitritt ist, könnte es für manche Partei eine durchaus zweckrationale Entscheidung sein, in ihrem Wahlkampf eine Anti-EU-Haltung zu propagieren, um so eventuell mehr Wählerstimmen für sich verbuchen zu können. Doch wer unter der litauischen Bevölkerung votiert für und gegen EU-Beitritt? Nach Bankauskaités Aussagen läßt sich ein grobes soziales Profil erstellen: Die Befürworter des Beitritts haben ein hohes Bildungsniveau, verfügen über ein gutes Einkommen, sind Stadtbewohner und gehören der Altersgruppe unter vierzig Jahren an.<sup>33</sup> Die EU-Befürwortung scheint also auch in Litauen ein von Eliten getragener Prozeß zu sein. Es gibt aber auch noch eine andere Erklärung, die Dalia Bankauskaité unter dem Thema ansprach, daß der Bevölkerung nach anfänglicher Euphorie schnell klar geworden sei, daß

<sup>32</sup> Standard Eurobarometer, Nummer 51, Frühjahr 1999, S. 72: Zustimmung zur Erweiterung

<sup>33</sup> Diese Bewertung wird übrigens von den Ergebnissen der Umfrage des Central and Eastern Eurobarometer, No.8, May 1998 unterstützt.

die EU-Mitgliedschaft eine ständige Erfüllung von Normen und Kriterien zur Folge haben werden, was manche Wähler als Bevormundung auffaßten. Darüber hinaus lassen sich die Gründe für Vorbehalte gegenüber der EU auch in Litauens Geschichte finden. Erst vor wenigen Jahren habe sich Litauen von der sowjetischen Okkupation befreien können. Durch eine Mitgliedschaft in der EU käme es erneut zur Einschränkung der erst kürzlich wiedererlangten nationalen Souveränität. Als EU-Mitglied müßte sich Litauen wieder Entscheidungen von außen beugen. Zwar wären das dann die Entscheidungen europäischer Institutionen, an denen Litauen aktiv mitwirkte, doch ließe sich als Fremdbestimmung wahrnehmen, deren Vorteil nicht für jedermann einsichtig ist.<sup>34</sup> Es gilt also nicht nur abzuwarten, wie die Osterweiterung der Europäischen Union vorangetrieben wird, sondern es bleibt auch eine offene Frage, ob sich die litauische Bevölkerung bei einem Referendum überhaupt für einen EU-Beitritt entscheiden wird.

---

<sup>34</sup> Vgl. dazu auch aus westlicher Perspektive: Michael Dauderstädt, EU-Osterweiterung: Wirkungen, Erwartungen und Interessen in den Beitrittsländern, in: *Integration*, 21, 1998, 3, 149-167.

**Sabina Wölkner**

**Litauen - eine konsolidierte Demokratie?**

**Der Stellvertretende Parlamentsvorsitzende Ozolas zum Parteiensystem**

Litauens Geschichte des vergangenen Jahrzehnt liest sich wie eine einzige Erfolgsgeschichte. In der Sowjetunion waren die Litauer Schrittmacher der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen. Sie gründeten mit „Sajudis“ eine der ersten und erfolgreichsten Volksfronten, die maßgeblich zur Demokratisierung und Unabhängigkeit des Landes beitrug. Die ersten Wahlen zum Seimas (Parlament) fanden in Litauen noch zu Sowjetzeiten am 24. Februar 1990 statt. Diese Wahlen brachten den Sajudis-Kandidaten einen deutlichen Sieg. Die Unabhängigkeit erlangte Litauen erst nach dem gescheiterten Putsch in Moskau im August 1991. Danach gab sich Litauen eine neue demokratische Verfassung, die durch ein Referendum im Oktober 1992 angenommen wurde. Seitdem wurden zwei weitere Parlamentswahlen durchgeführt. Beide führten im Rahmen der neuen verfassungsrechtlichen Ordnung zu Machtwechseln. In den ersten Wahlen von 1992 drängten die Postkommunisten die aus der Sajudis hervorgegangenen Politiker aus der Regierung.<sup>35</sup> 1996 entschied sich die Mehrheit der litauischen Wähler dafür, den Postkommunisten wieder die Macht zu entziehen und statt dessen eine konservative Mehrheit mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Nach der vollendeten Institutionalisierung einer neuen politischen Ordnung stellt der zweimalige, friedlich verlaufene Machtwechsel nach den Analysen der Demokratietheorie oder der Transformationsforschung ein wichtiges Indiz für die Konsolidierung einer Demokratie dar.

Für einen der prominentesten litauischen Politiker, den Stellvertretenden Parlamentspräsidenten Romualdas Ozolas (Zentrumsunion), liegt der Befund dann auch auf der Hand. Für ihn ist die litauische Demokratie konsolidiert. Beide Machtwechsel seien demokratisch verlaufen und hätten auf diese Weise zur Konsolidierung des politischen Systems beigetragen. Darüber hinaus hätten beide Wahlen gezeigt, daß Litauen ein etabliertes Parteiensystem besitzt, das mit dem westeuropäischen durchaus vergleichbar sei.

In vielerlei Hinsicht entspricht dies der Realität. So hat es zahlreiche Parteigründungen gegeben, von denen keine sich ausdrücklich gegen die demokratische Grundordnung richtet. Demokratie scheint als „the only game in town“ (Juan Linz) anerkannt zu sein. Die Parteienlandschaft in Litauen besteht aus einer konservativen, einer christlich-demokratischen, einer zentristischen, einer sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterpartei. Dazu kommen mehrere Splitterparteien und Verbindungen von Parteilosen. Insgesamt existieren etwa 25 politische Parteien in Litauen, von denen fünfzehn im Parlament vertreten sind. Das sind in erster Linie die beiden größten Parteien, die konservative „Vaterlandsunion“ (TS/LK), die aus der Sajudis hervorging, und die „Demokratische Arbeiterpartei Litauens“ (LDDP), die die Nachfolgepartei der KP Litauens ist. Die „Litauische Christlich-Demokratische Partei“ (LKDP) und die „Litauische Sozialdemokratische Partei“ (LSDP) sind die bevorzugten Bündnispartner der beiden größten Parteien. Schließlich gibt es die „Zentrumsunion“ (LCS). Alle diese Parteien verkörpern stabile Einheiten im litauischen Parteispektrum, denn seit den ersten freien Wahlen von 1992 sind sie im Seimas vertreten. Darüber hinaus gehört dem Seimas, unabhängig vom jeweiligen Wahlergebnis, mindestens ein Vertreter der polnischen Minderheit an. Dieser Abgeordnete hat automatisch Fraktionsstatus. 1996 wurde hierfür das Wahlsystem geändert. Ethnische Minderheitsparteien wurden von den landesweit

---

<sup>35</sup> Mit 38,8 Prozent der Stimmen errangen sie 76 Sitze im Parlament. Die Sajudis erreichte demgegenüber nur 19,7 Prozent oder 27 Sitze.

geltenden Fünf-Prozent-Klausel befreit.<sup>36</sup> Gerade im Fall der „Wähleraktion litauischer Polen“ (LLRA) wäre der Einzug in den Seimas mit einer Fünf-Prozent-Hürde nahezu unmöglich. Dies hängt damit zusammen, daß die polnische Minderheit nur 1,5 Prozent der Bevölkerung stellt. Lediglich in Vilnius und um die Hauptstadt gibt es eine stärkere Konzentration der polnischsprachigen Bevölkerung.<sup>37</sup> In einigen Stadtteilen bilden die Polen mit etwa 80 Prozent sogar die Mehrheit und stellen daher dort auch die Vertreter in den kommunalen Selbstverwaltungen.<sup>38</sup> Die automatische Vertretung dieser Parteien im Seimas gewährleistet, daß auch die nationale Minderheit in die Entscheidungsprozesse auf nationaler Ebene einbezogen wird.

Bei den letzten Parlamentswahlen vom 20. Oktober 1996 stimmten Litauens Wähler bei einer Wahlbeteiligung von 52,92 Prozent wieder für die konservativen Kräfte. Im Seimas verfügt die „Vaterlandsunion“ über die meisten Sitze (28,9 Prozent der Stimmen) im Parlament. Die „Christliche Demokratische Partei Litauens“ hat 14 Sitze (9,31 Prozent). Sie bilden die Regierung. Die zweitstärkste Kraft im Parlament ist die „Zentrumsunion“, die auf 16 Sitze im Seimas kommt (8,24 Prozent) und die Koalition toleriert. Die anderen Sitze im Seimas entfallen auf die „Demokratische Arbeiterpartei Litauens“ (12 Sitze/9,25 Prozent) und auf die „Sozialdemokratische Partei“ (10 Sitze/6,6 Prozent). Der Rest verteilt sich auf mehrere, kleinere Parteien: Je einen Sitz haben die Litauische Nationale Partei „Junges Litauen“ sowie die „Christliche Demokratische Union“, die „Litauische Demokratische Partei“, die „Litauische Union der Politischen Gefangenen und Deportierten“, die „Frauenpartei“, die „Litauische Liberale Union“ und die „Neue Union“. Die „Wähleraktion litauischer Polen“ und die „Bauernpartei“ verfügen über zwei Sitze. Schließlich sind 14 Parteilose Abgeordnete des Seimas.<sup>39</sup>

Obwohl alle Wahlen bisher demokratisch verliefen, existieren dennoch Unterschiede zwischen einer konsolidierten Demokratie und der jungen Demokratie in Litauen: Im Gegensatz zu den westeuropäischen Nachbardemokratien müssen die Ergebnisse der bisherigen Parlamentswahlen in Litauen weder ein Zeichen für eine konsolidierte Demokratie noch für eine stabile Institutionalisierung von Parteien sein. Statt dessen drücken diese Entwicklungen eine noch fehlende Parteipräferenz der litauischen Wähler aus. Ein Großteil der Wähler hat bis heute keine eindeutige Parteipräferenz, sondern entscheidet sich vor jeder Wahl neu. Auf diese Weise gelang es immer wieder, die jeweilige Regierungspartei abzulösen. Mangelnde Parteienbindung trifft vor allem auf die Wähler konservativer Parteien zu.<sup>40</sup>

Ein weiteres Kennzeichen des litauischen Parteiensystems stellt die große Anzahl vieler kleiner Parteien im Parlament dar, denen es jedoch nicht gelang, die Dominanz der TS/LK und der LDDP zu durchbrechen. Die litauischen Parteien weisen noch erhebliche Organisationsschwächen auf. Dies wird beispielsweise bei der Rekrutierung von Kandidaten bei Wahlen deutlich: Zu den zweiten Wahlen im Jahr 1996 trat nur ein Viertel der Kandidaten

---

<sup>36</sup> Siehe: Darius Žeruolis, Lithuania, in: Sten Berglund/Thomas Hellen/Frank H. Aarebrot (Ed.), *The Handbook of Political Change in Europe*, Cheltenham-Northampton 1998, 121-156, hier 152

<sup>37</sup> Vgl. dazu den detaillierten Prozentanteil der litauischen polnischen Bevölkerung in Städten und Rayons in: Ellen J. Gorden, *The Revival of Polish Consciousness: A Comparative Study of Lithuania, Belarus, and Ukraine*, in: *Nationalities Papers*, Vol. 24, 1996, 2, 217-236, 219

<sup>38</sup> Vgl. dazu Zenonas Namavičius, *Die lokale Selbstverwaltung und die Rechte der nationalen Minderheiten in Litauen*, in: Boris Meissner/Dietrich A. Loeber/Cornelius Hasselblatt (Hg.), *Der Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung in den baltischen Staaten*. Staat-Wirtschaft-Gesellschaft, Hamburg 1995, 179-183

<sup>39</sup> Vgl. die Zahlen in *Seimas of the Republic of Lithuania 1999*, Press Service of the Seimas of the Republic of Lithuania, Vilnius 1999, 16

<sup>40</sup> Vgl. dazu die Tabelle 5.6 über die wichtigsten Motivationsfaktoren der Wahlberechtigten in bezug auf die Parteipräferenz bei Parlamentswahlen bei Darius Žeruolis, Lithuania, in: Sten Berglund/Thomas Hellen/Frank H. Aarebrot (Ed.) *The Handbook of Political Change in Europe*, Cheltenham-Northampton 1998, 121-156, 135



von 1992 an. Die meisten Kandidaten wurden neu nominiert.<sup>41</sup> Dies weist auf eine schwache Institutionalisierung parteiinterner Rekrutierungsmechanismen hin. Denn in einem konsolidierten Parteiensystem bauen Parteien durch Rekrutierungsprozeduren Kandidaten auf, die für personelle Kontinuität stehen. Diese gering ausgebildete Infrastruktur der Parteien und ihre schwache Etablierung im politischen System schafft einen Anreiz für politische Quereinsteiger neue Parteien ad hoc vor den Wahlen zu bilden. Das Resultat ist eine zunehmende Parteienfragmentierung. Deren Ursachen sieht Ozolas im wachsenden Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber den großen Parteien. Die erfolgreiche Bewältigung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Herausforderungen wird ihnen scheinbar immer seltener zugetraut. Darüber hinaus ist sie aber auch Ausdruck bereits enttäuschter politischer und sozialer Erwartungen.

Angesichts der Probleme im Zusammenhang mit der Privatisierung und der angestrebten Integration in die Europäische Union lehne die Gesellschaft, so der ehemalige Philosoph und Politikwissenschaftler Ozolas, parteipolitische Lösungen nach üblichen neoliberalen oder sozialistischen Mustern im wachsenden Maße ab. Das Abfedern weiterer schmerzhafter Einschnitte im sozialen Bereich werde diesen Parteien immer weniger zugetraut. Die dadurch entstehenden politischen Nischen werden von neuen Parteien besetzt, die sich kurz vor den Wahlen bilden. Die „Neue Union“ beispielsweise verspricht eine „sozial-liberale“ Politik. Zumeist verfügen diese Parteien jedoch nicht einmal über ein Programm. Sie verkörpern sogenannte „Single-Issue“-Parteien, die im Gegensatz zu den thematisch breitgefächerten, etablierten Parteien nur einzelne Problemfelder besetzen.<sup>42</sup> Das bedeutet aber auch, daß einige sehr schnell wieder von der Oberfläche verschwinden können, sobald sich die jeweilige Problemstruktur im Land verschiebt. Überhaupt drängt sich der Eindruck auf, daß sich die Konfliktlinien, entlang derer Parteienbildung in Litauen stattfindet, von jener in den westeuropäischen Staaten unterscheidet. Die klassischen Konfliktlinien sind in Litauen schwach ausgeprägt. Sie verlaufen in zwei Richtungen. Der erste Cleavage betrifft die Wirtschaft: Hier stehen Weg und Form der marktwirtschaftlichen Reformen zur Debatte. Doch scheint dieser Cleavage keine Polarisierung mehr auszulösen, denn alle Parteien unterstützen im großen und ganzen die Marktwirtschaft. Eine klare Links-/Rechts-Unterscheidung zwischen den Parteien ist hier nicht möglich, denn auch einige linke Parteien vertreten durchaus neoliberale Argumente. Dies gilt etwa für die Arbeiterpartei (LDDP), die eher ein liberales, marktwirtschaftliches Konzept verfolgt, während die Sozialdemokraten (LSDP) in vielen Bereichen weiter „links“ anzusiedeln sind und für eine stärkere staatliche Regulierung der Wirtschaft eintreten. Auch bei den konservativen Parteien haben ähnliche Verschiebungen stattgefunden: So sei die „Zentrumspartei“ nach Ozolas Selbsteinschätzung in einigen Politikfeldern weiter rechts anzusiedeln als die „Christdemokratische Partei“. Die Zentristen vertreten im wirtschaftlichen Bereich eine klassisch liberale Position, wohingegen die Christdemokraten dem Markt Zügel anlegen und die soziale Komponente in der Wirtschaft stärker berücksichtigt sehen wollen. Dies hängt vor allem mit der Zusammensetzung der Wählerschicht der jeweiligen Parteien zusammen. Das Klientel der Christdemokraten besteht vor allem aus älteren Menschen, die in den ländlichen Gebieten wohnen. Die Wähler der Zentrumspartei sind dagegen gut ausgebildet, kommen aus der Stadt und verfügten über ein überdurchschnittlich hohes Einkommen. Konsens herrscht unter den etablierten Parteien über die Notwendigkeit, der EU beizutreten und auch die transatlantischen Wirtschaftsbe-

---

<sup>41</sup> Vgl. dazu die Zahlen in der Tabelle „Electorate Candidate Turnover and Party Discipline“ in: Vello Pettai/Marcus Kreuzer, *Party Politics in the Baltic States: Social Bases and Institutional Context*, in: *East European Politics and Societies*, 13, 1, 1999, 148-189, hier 163

<sup>42</sup> Siehe Darius Žeruolis, *Lithuania*, in: Sten Berglund/Thomas Hellen/Frank H. Aarebrot (Ed.) *The Handbook of Political Change in Europe*, Cheltenham-Northampton 1998, 121-156, 128

ziehungen auszubauen. Bereits hier wird deutlich, daß die traditionellen Links-/Rechts-Schemata aus dem sozioökonomischen Bereich nicht mehr in der Lage sind, das litauische Parteienspektrum zu kennzeichnen.

Die weitaus stärkere Konfliktlinie bilden nach Ozolas Beobachtung „nationalistische versus kosmopolitische Wertvorstellungen“. Hier heben sich die Parteien stärker voneinander ab: Die Vaterlandsunion und die Christdemokraten unterstreichen die besondere Bedeutung der litauischen Nation sowie national-traditionale Werte wie Kirche und Glauben. Dagegen befürworten die aus der KP hervorgegangene Arbeiterpartei und die Sozialdemokraten eine säkulare und kosmopolitische Weltanschauung. Angehörige ethnischer Minderheiten in Litauen bevorzugten bei Wahlen die linken Parteien gegenüber den konservativen. Auf diesem Feld betont Ozolas die Nähe seiner „Zentrumspartei“ zu den Konservativen. Dagegen sieht er in wirtschaftlichen Fragen eher Gemeinsamkeiten mit der Arbeiterpartei.<sup>43</sup> Die Dominanz dieser beiden Konfliktlinien bedeutet jedoch nicht, daß es keine weiteren Cleavages gäbe. Wahrscheinlicher ist, daß diese in der Öffentlichkeit oder in Parteiprogrammen noch nicht ausreichend thematisiert werden. Solche Prozesse benötigten Zeit, ehe Konflikte das erforderliche Niveau erreicht hätten, um Wähler zu sensibilisieren und um sich in der Programmatik von Parteien niederzuschlagen. Latent angelegte Konfliktlinien wie die zwischen Arbeit und Kapital sowie zwischen Stadt und Land treten immer stärker hervor. So werde, schildert Ozolas, der Ruf nach einem stärkeren Staat in einigen Regionen stetig lauter. Er sei vor allem aus den strukturschwachen, ländlichen Gebieten zu hören. Diese Strukturschwäche der ländlichen Regionen hänge mit der Konzentration des Kapitals in der Hauptstadt zusammen.

Auch wenn die regionalen Unterschiede schwächer ausgeprägt sind als in Lettland, teilen sie die Bevölkerung in eine überwiegend ländliche arme und eine reiche Bevölkerung in und um Vilnius. In einigen Dörfern leben die Menschen von der Subsistenzwirtschaft. Durch die Konzentration des Kapitals auf Vilnius fehlen Investitionen und Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Aber das Problem der Arbeitslosigkeit stellt sich auch in anderen Städten, etwa in Kaunas, der ehemaligen Hauptstadt und heute zweitgrößten Stadt Litauens. Im Zuge der Privatisierung und Stilllegung maroder Staatsbetriebe sind viele Menschen arbeitslos geworden. Die offizielle Arbeitslosenquote beträgt Ende 1999 8,9 Prozent. Die Dunkelziffer wird auf etwa 30 Prozent geschätzt.

Trotz hoher Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsproblemen spielen Interessenvertretungen wie Gewerkschaften im Land keine Rolle. Dies hängt mit dem geringen Vertrauen der Menschen in solche Interessenorganisationen zusammen. Das größte Vertrauen genießt nach wie vor die katholische Kirche. Das Bild vom Staat ist gebrochen. Einerseits speist sich der Ruf nach stärkerer staatlicher Regulierung noch aus der sowjetischen Vorstellung eines paternalistischen Staates. Dennoch verkörpert der Staat für die meisten Menschen keinen fürsorglichen „Vater Staat“, sondern einen bürokratischen Machtapparat, der sich für die Belange des „kleinen Mannes“ nicht besonders interessiert. Die traditionellen Parteien, die alle bereits an der Regierung beteiligt waren, werden häufig mit dieser Vorstellung vom Staat konfrontiert und gleichgesetzt. Hierin sieht Ozolas eine weitere Erklärung für die zunehmende Distanz zwischen den großen Parteien und der Bevölkerung. Die kleinen Parteien schlagen daraus Kapital. Jedoch besitzen sie meist nur einen oder zwei Sitze im Parlament und haben aus diesem Grund geringere Einflußmöglichkeiten. Insgesamt könne man deshalb feststellen, so Ozolas, daß die Entfremdung zwischen Bevölkerung und Politik wachse. Dies sei auch das Ergebnis davon, daß die Regierungsmehrheit aus parteilosen Fachleuten besteht, so daß sie

---

<sup>43</sup> Diese Einschätzung deckt sich mit der wissenschaftlichen Analyse. Vgl. dazu das Schaubild zu den Cleavage-Strukturen und dem litauischen Parteiensystem, in: Vello Pettai/Marcus Kreuzer, Party Politics in the Baltic States: Social Bases and Institutional Context, in: East European Politics and Societies 13, 1, 1999, 148-189, hier 168

auf diese Weise eher einer Elitenvertretung als einer Volksvertretung gleicht. Die Parteizugehörigkeit wird damit zweitrangig. Dagegen spielten Netzwerke, die zum Teil noch aus sowjetischer Zeit stammen, eine immer wichtigere Rolle. Dies unterstreicht die Tatsache, daß der ehemalige Ministerpräsident Paksas erst nach dem Vorschlag des parteilosen Präsidenten Adamkus von seiner eigenen Partei akzeptiert wurde.

Die Relevanz der Netzwerke unter den Politikern wirft ein anderes Licht auf die Rolle der "Ad-hoc-Parteien", aber auch der anderen Parteien im Seimas: Sie könnten eine zunehmende Bedeutungslosigkeit der Parteizugehörigkeit von Abgeordneten ausdrücken. Die Einflußmöglichkeiten kleinerer Parteien könnten dagegen weitaus größer sein, als sie auf den ersten Blick erscheinen.

**David Jakubik**

**Dollar oder Euro?**

**Litauens Zentralbank in der Wirtschafts- und Finanzpolitik**

Die Position der Litauischen Zentralbank (Lietuvos Bankas) ist nicht vergleichbar mit der anderer Zentralbanken in westlichen Staaten. Durch die Bindung der litauischen Währung „Litas“ an den US-Dollar sind die Möglichkeiten der Zentralbank begrenzt, in die Finanzpolitik einzugreifen und sie mitzugestalten. Die Koppelung an den Dollar ist einer der Punkte, die die Europäische Union beanstandet. Diese muß vor dem angestrebten Beitritt Litauens in die EU aufgegeben werden.

Die Litauische Zentralbank ist wie viele andere Institutionen des Landes keine neue Erfindung, sondern knüpft an die Traditionen der Litauischen Republik aus der Zwischenkriegszeit an. Dies wird dem Besucher nicht nur durch das Gebäude, das schon zwischen 1922 bis 1941 als Nationalbank genutzt wurde, sondern auch durch das Museum, das sich im selben Haus befindet, vermittelt. Das Museum bietet reiche Exponate zur Finanz- und Währungsgeschichte Litauens. Die Anfänge datieren auf das Ende des 14. Jahrhunderts und reichen bis zu den neuen Münzprägungen und Papiergeldserien, die nach der politischen Wende 1991 emittiert wurden.

Offiziell ist die Litauische Zentralbank eine unabhängige Institution. Ihre Hauptaufgaben bestehen darin, die Währung zu schützen, zu kontrollieren und zu stabilisieren sowie die kommerziellen Geschäftsbanken zu überwachen. Die Bank ist jedoch nicht wirklich unabhängig. Da der Präsident der Zentralbank vom Parlament ernannt wird, steht er unter dem Einfluß der Politik. Dagegen ist er für die Auswahl der leitenden Angestellten der Bank verantwortlich. Wegen der politischen Abhängigkeit dürfte es der Zentralbank somit unmöglich sein, über einen längeren Zeitraum hinweg eine Finanzpolitik zu verfolgen, die der Linie der parlamentarischen Mehrheit nicht entspricht. Die Bankiers sind verpflichtet, mehrmals jährlich einen Report über die makroökonomischen Daten des Staates zu erstellen, der im Parlament vorzulegen ist, das dadurch laufend über die Tätigkeiten der Zentralbank informiert bleibt.

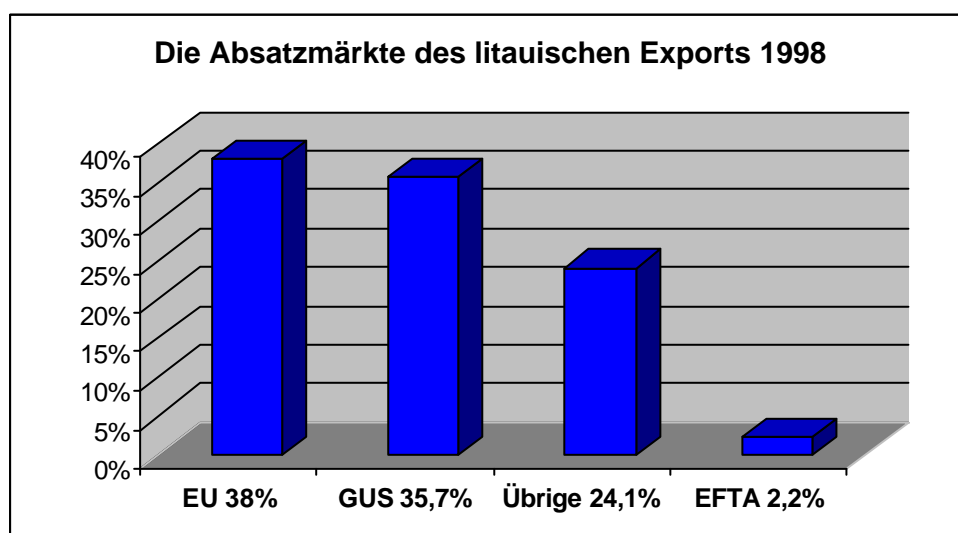
Das derzeitige Hauptziel der Zentralbank ist eine Politik der externen und internen Währungsstabilität. Die einheimische Währung ist an den US-Dollar gekoppelt. Durch die Bindung an die starke ausländische Währung folgte der Verlust an Handlungsmöglichkeiten zur Kontrolle des internen Währungsflusses und der Inflation. Dank der Koppelung ging jedoch gleichzeitig die Inflation in den letzten Jahren deutlich zurück und pendelte sich auf einem im internationalen Vergleich niedrigen Wert ein. Dies und die anderen makroökonomischen Daten der letzten Jahren sind für die einheimische Wirtschaft nicht nur positiv (siehe Tabelle 1). Durch die Dollarbindung kann sich die litauische Währung nicht frei entwickeln. Die Inflationsrate entspricht nicht dem realen wirtschaftlichen Wachstum und wird künstlich niedriggehalten. Exportprodukte, deren Preis bei einem „unabhängigem“ Litas viel niedriger wäre und damit auf dem Weltmarkt bessere Absatzmöglichkeiten hätten, bleiben überproportional teuer. Dies kann zur Zeit nur durch die im internationalen Vergleich niedrigen Löhne kompensiert werden. Wegen der Annäherung an die EU ist zur Zeit eine langsame Lösung vom Dollar und die Bindung an den Euro im Gespräch. Unklar ist nur, wie schnell dies durchgeführt werden wird.

**Tabelle 1: Litauens makroökonomische Entwicklung<sup>44</sup>**

	1995	1996	1997	1998
BIP in Mio.US-\$	6.026	7.892	9.585	10.692
BIP real (Veränderung gegenüber Vorjahr)	+3,3%	+4,7%	+7,3%	+4,5%
BIP pro Kopf in US-\$	1.624	2.128	2.587	2.887
Inflation	36,0%	13,1%	8,4%	2,4%
Arbeitslosenrate offiziell	6,1%	7,1%	5,9%	6,4%
Durchschnittsgehalt in LTL	515	621	785	955

Die Wirtschaftspolitik spielt eine wichtige Rolle in den Beschäftigungsfeldern der Zentralbank. Das erste Ziel der Wirtschaft war es, sich vom ehemaligen sowjetischen Markt zu lösen und neue Investoren und Absatzmärkte zu finden. Inzwischen gehen 60-70 Prozent des Exports in Länder außerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Führender Handelspartner ist die Europäische Union, in die 1998 38 Prozent der litauischen Exporte gingen. Sie hat die GUS mit 35,7 Prozent als größten Abnehmer überholt. Diese hohe Prozentzahl täuscht jedoch, denn sie entstand nicht durch ein starkes Anwachsen des Exports in die EU, sondern durch eine Abnahme der Exporte in die Länder der GUS, vor allem nach der Wirtschaftskrise in Rußland im August 1998.

**Diagramm 5: Die Absatzmärkte des litauischen Exports 1998<sup>45</sup>**



Trotz allem sehen die Vertreter der Zentralbank im Export Wachstumspotentiale. Die vergleichsweise niedrigen Lohnkosten gelten als Potential, um konkurrenzfähige Güter zu wettbewerbsfähigen Preisen exportieren zu können. Litauen führt Textilprodukte, Elektronikkomponenten anderer Hersteller, Produkte des Energiesektors wie verarbeitetes Rohöl aus. Dienstleistungen, zum Beispiel das Programmieren für Fremdfirmen, nehmen in

<sup>44</sup> Quelle; [http://aw.wk.or.at/awo/markt/europa/lt/publikationen/L35\\_99.doc](http://aw.wk.or.at/awo/markt/europa/lt/publikationen/L35_99.doc)

<sup>45</sup> Quelle; [http://aw.wk.or.at/awo/markt/europa/lt/publikationen/L35\\_99.doc](http://aw.wk.or.at/awo/markt/europa/lt/publikationen/L35_99.doc)

der Leistungsbilanz an Bedeutung zu. Ein Manko besteht darin, daß Litauen über keine eigenen Markenprodukte verfügt. Mit seiner Produktstruktur konkurriert Litauen mit Ländern aus Südamerika und Asien, die jedoch zum Teil noch kostengünstiger produzieren können. Vorauszusehen ist, daß das niedrige Lohnniveau, auch im Hinblick auf einen EU-Beitritt, nicht erhalten bleibt. Dies entspricht nicht nur der Erfahrung vieler EU-Länder, in denen nach dem Beitritt Preise und Löhne gestiegen sind.

Litauen will in der Zukunft vermehrt auf die Herstellung von hochwertigen Qualitätsprodukten setzen. Betrachtet man Tabelle 2 mit der nach Wirtschaftssektoren aufgeteilten Struktur des Bruttoinlandsproduktes und vergleicht diese mit jener der westlichen Länder, so fällt ein verhältnismäßig hoher Anteil der Landwirtschaft auf. Dagegen ist der Anteil der Dienstleistungen mit 8,9 Prozent sehr niedrig und der Anteil des Transports mit 9,6 Prozent relativ hoch. Nach den vorliegenden Daten ist jedoch eine Aussage zur Struktur des Inlandsprodukts schwierig, da ein hoher Anteil von 28,4 Prozent ungeklärt bleibt. Die Analyse der litauischen Wirtschaftsstruktur ergibt, daß die Präsenz in internationalen Wachstumsbranchen wie dem Dienstleistungssektor gering ist. Hier Auswege zu finden, ist eine der zentralen Aufgaben der Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Litauens.

**Tabelle 2: Die Struktur des litauischen Bruttoinlandsproduktes im Jahr 1998<sup>46</sup>**

Industrie	19,0 %
Handel	16,1 %
Land- und Forstwirtschaft	10,1 %
Bau	7,9 %
Transport	9,6 %
Dienstleistungen	8,9%
Andere	28,4%

Ein weiteres Problem ist der Finanzsektor. Die Politik der Geschäftsbanken verhindert das Wachstum des Mittelstandes, da sich die Banken bei der Kreditvergabe hauptsächlich auf staatliche Großprojekte im Energie-, Telekommunikations- und Verkehrssektor konzentrieren. Diese werden als sichere Investitionen angesehen. Für kleine und mittelständische Betriebe sowie für Existenzgründer gestaltet es sich schwierig, Geldgeber für ihre Projekte zu finden. Das Fehlen von kommunalen Banken als regionale Ansprechpartner ist einer der Gründe für die langsame Entwicklung des Mittelstandes. Doch ein wachsender Mittelstand wäre im Rahmen der Umstrukturierung der industriellen Großbetriebe gerade als Auffangbecken für die große Zahl von Arbeitslosen nötig. So aber stockt dieser Umstrukturierungsprozeß, der für eine Stabilisierung der Wirtschaft unumgänglich wäre.

<sup>46</sup> Quelle; [http://aw.wk.or.at/awo/markt/europa/lt/publikationen/L35\\_99.doc](http://aw.wk.or.at/awo/markt/europa/lt/publikationen/L35_99.doc)

**Meri Bodroziæ/Bülent Ceylan**

**Europa nostra – terra incognita?**

**Anmerkungen zu einem Blockseminar litauischer und deutscher Studenten**

Die Tage des zwanzigsten Jahrhunderts sind gezählt. Mit ihm verabschieden sich die Eindrücke einer gewalt- und konfliktreichen Epoche. Die beiden Weltkriege und ihre Folgen, die Teilung Europas und der Kalte Krieg, haben das Zeitalter so geprägt, daß es erstaunlich anmutet, mit welcher Lässigkeit das Ende des Ost-West-Konflikts manchmal hingegenommen wird.

Der Alltag bietet selten Raum und Anlaß für intensive Reflexion. So sind die deutsche Wiedervereinigung und das Ende der Teilung Europas längst als tagespolitische Realitäten abgelegt worden. Die historische Dimension dieser Ereignisse löst nur noch selten Überraschung aus. Selbst die Wissenschaft, die sich nicht vor dem Detailblick scheut, erntet nicht wirklich Erstaunen, wenn ihr Objekt der Begriff oder die Idee „Europa“ ist. Ein Erbe des überwundenen Ost-West-Konflikts ist mit Sicherheit ein unbestimmbares Quantum an bislang kaum beantworteten Fragen.

### **Was ist Europa?**

Die Möglichkeit zu erfahren, wie wenig durchdacht die Frage nach dem Europabegriff noch ist und wie divergent die Antworten zu der Frage ausfallen, wo denn Europa liege und was es sei, hatten Studierende der Universitäten Vilnius und Mannheim. Gelegenheit dazu boten ihnen zwei litauisch-deutsche Blockseminare.<sup>47</sup> Der mit dem gegenseitigen Besuch verbundene Gedankenaustausch über diese und ähnliche Fragen ließ erkennen, daß unter der Oberfläche der weithin akzeptierten realpolitischen Annäherung zwischen dem ehemaligen Osten und Westen Europas ein anderer Annäherungsbedarf verborgen ist, der noch nicht einmal in Ansätzen bewältigt ist: ein gesamteuropäisches Denken.

„Europa als Idee“ erwies sich in der Diskussion als ein ebenso undeutlich umrissenes Gebilde wie die geographischen Grenzen des Kontinents. Seit Jahrhunderten im Wandel begriffen, je nach Situation und Epoche Ausgrenzungs- oder Konfrontationsimpulsen nachgebend, waren die Grenzen zum Beispiel mal mit denen des karolingischen Reiches identisch, mal mit denen des christlichen Abendlandes. Danach gehörte das Gebiet des heutigen Litauens mal zu Europa, mal nicht zu Europa. Welche Variationen diese Grenzen in der Zeit auch erfuhren, stets stand die Ostgrenze Europas zur Disposition. In der Diskussion drängte sich die Frage nach der östlichen Trennlinie Europas zu Asien fast automatisch auf. Wenngleich die Geographie keine verbindliche Antwort darauf gibt, wird die Bedeutung der geographischen Grenzfrage dann relevant, wenn mit ihr eine politische Überlegung einhergeht, nämlich die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu Staatenverbänden oder Kooperationsstrukturen, heute im konkreten Falle die Chance eines Beitritts zur EU.

Das Ergebnis einer geographischen Annäherung an den Europabegriff eröffnet unterschiedliche Vorstellungen, wo Europa auf der Landkarte zu lokalisieren ist. Die deutschen Studie-

---

<sup>47</sup> Das erste fand am 28. und 29. Januar 1999 in Mannheim an der Fakultät für Sozialwissenschaften statt. Das zweite wurde am 23. und 24. September 1999 an der Fakultät für Internationale Beziehungen der Universität Vilnius durchgeführt. Die englisch geführten Diskussionen unter der Leitung von Dr. Manfred Sapper widmeten sich dem Thema „Europa auf dem Weg zur Integration von Ost und West?“ Ermöglicht wurden die internationalen Begegnungen durch die Unterstützung der Ostakademie Königstein.

renden legten sich im Vergleich zu den litauischen weniger auf den Ural als östliche Begrenzung Europas fest, sondern definierten die Grenzen jeweils nach der funktionalen Notwendigkeit. So verlaufen die Grenzen des sicherheitspolitischen Europas oder des Europas der Menschenrechte weiter östlich als die Grenzen des „Binnenmarkteuropas“. Die spezifische Standortbestimmung des Baltikums in einem vom Ural begrenzten Europa als Ostmitteleuropa korrespondiert mit der Vorstellung des Baltikums als Zentrum Europas – zumindest im geographischen Sinne. Damit wäre Rußland als die östliche Peripherie Europas identifiziert. Diese Feststellung birgt die Möglichkeit in sich, daß Rußland je nach politischer Großwetterlage von Europa wegrücken oder als integraler Teil Europas betrachtet werden kann.

Der Begriff „Europa“ umfaßt ebenso die Vorstellung einer politisch-kulturellen Entität. Dies wird besonders deutlich in der von litauischen Studierenden wiederholt zu hörenden Gleichsetzung Europas mit der EU. Diese enge Begriffsverwendung impliziert eine Beschränkung auf den Westen Europas und stärkt gedanklich die „Festung Westeuropa“ – ohne die realen Fakten zu berücksichtigen, daß ostmitteleuropäische oder osteuropäische Länder in explizit europäischen Institutionen wie der OSZE oder dem Europarat Mitglied sind. Dahinter steht ein weiter gefaßtes „Europa“-Konzept. Sollten die Mannheimer Studierenden als repräsentativ für die deutsche Wahrnehmung gelten, so scheint sich der deutsche Europabegriff zu verändern. Ihre Europavorstellung löst sich zunehmend von der geographischen Beschränkung auf das Westeuropa der wirtschaftlich dominierten Europäischen Union. Das Transformationsland Deutschland rückt dadurch näher an den Osten.

### **Politische Kultur in der Transformation**

Das Ende des Sozialismus als Experiment des Jahrhunderts entließ zahlreiche Nationen nicht nur in die Unabhängigkeit, sondern gleichfalls in eine unbestimmte Zukunft. Postsozialistische Transformationsländer sind gezwungen Entscheidungen zu treffen, die letztendlich auf einen umfassenden Systemwandel zielen. Einzigartig daran ist, daß im Transformationsprozeß simultan ein neues Wirtschaftssystem und ein neues politisches System aufgebaut werden sollen. Der mehrheitlich eingeschlagene Weg zur Demokratie ist nicht allein durch die Schaffung demokratischer Institutionen begehbar. Ebenso ist der Wunsch, intensive Beziehungen zu Europa herzustellen, nicht umsetzbar, wenn die politische Kultur dieser Transformationsländer mit antidemokratischen Elementen durchsetzt bliebe.

Der Begriff der politischen Kultur stand deshalb im Mittelpunkt der Diskussion. Politische Kultur umfaßt ein System von Werten, Einstellungen und Normen, das politisches Handeln leitet und die Orientierung gegenüber den politischen Institutionen und Prozessen prägt. Welche Bedeutung politische Kultur für die Transformation hat, machten litauische Studierende deutlich anhand eines Rückgriffs auf die Kernelemente der litauischen politischen Kultur während der Zugehörigkeit Litauens zur UdSSR. Das Erbe dieses halben Jahrhunderts sei noch allenthalben zu spüren. Die Überwindung alter Mentalitäten bleibe ein langwieriger Prozeß. So sei eine Erscheinung im sowjetischen Litauen – als „Doppelbewußtsein“ benannt – zum großen Teil für den heute zu beobachtenden Rückzug ins Private, für politische Apathie und Entfremdung verantwortlich. Der Dualismus im Bewußtsein der litauischen politischen Elite und der Bevölkerung habe sich nach Angaben der litauischen Studierenden derart geäußert, daß im privaten Bereich Zweifel am politischen System der Sowjetunion artikuliert worden seien, diese jedoch in der Öffentlichkeit nie thematisiert wurden. Im Gegenteil sei in der Öffentlichkeit sogar eine bejahende und loyale Position bezogen worden. Diese Doppelstandards seien auch für die Mitglieder der litauischen politischen Elite der typische Habitus gewesen. Sie habe sich mit den wirklich Mächtigen der Partei oder der Staates arrangiert und keine Verantwortung für ihr politisches Handeln übernom-



men. Derartige Phänomene wie Verantwortungsdelegation oder Verantwortungsunfähigkeit wirkten bis heute fort. Alle Transformationsländer kämpfen mit dem Erbe des bürokratischen Sozialismus. Politische Apathie und ähnliche Phänomene sind einerseits tradierte Erscheinungsformen aus dieser Zeit, andererseits aber auch durch die Folgen des Umbruchs verstärkt. Mit dem Umbruch sei ein Orientierungsverlust der Menschen einhergegangen, die zwischen alten Verhaltens- und Denkweisen und neuen Gegebenheiten schwankten. Einen Ausdruck dieser schwierigen Neuorientierung lassen sich z.B. in geringer Wahlbeteiligung, oder in Tendenzen zur rückwirkenden Romantisierung des Sozialismus finden. Derartiges ist auch im Transformationsland Deutschland zu beobachten. Anders sind etwa die fast ausschließlich im Osten Deutschlands erzielten Wahlerfolge der PDS nicht zu erklären. Die niedrige Wahlbeteiligung, der hohe Anteil von Wechselwählern, die Erfolge der PDS sowie vereinzelt Erfolge rechter Parteien wie der DVU in den neuen Bundesländern weisen darauf hin, daß die politischen Orientierungen der Ostdeutschen wenig verankert sind. Sie sind Ausdruck von Protest, Frustration und unerfüllten Erwartungen, denn die deutsche Vereinigung bedeutete für viele auch Arbeitslosigkeit und Identitätsverlust. Dies sind Tatsachen, die das Gefühl der Ostdeutschen fördern, Bürger zweiter Klasse zu sein und damit die Polarisierung der deutschen Bevölkerung verstetigen, anstatt sie abzubauen.

Die mühsame Aufgabe, alte Gewohnheiten und neue Herausforderungen in Einklang zu bringen und die spezifischen Schwierigkeiten des Umbruchs zu meistern, scheinen in allen Transformationsländern zu ähnlichen Probleme zu führen. Ein wesentlicher Unterschied in der Transformation zwischen Litauen und Deutschland besteht darin, daß Litauen - anders als die DDR - Teil der Sowjetunion war. Der Umbruch vollzog sich fundamental anders. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik vollzog sich ein Beitritt in ein bereits bestehendes, funktionierendes Institutionengefüge. Die für eine demokratische politische Kultur wichtigen intermediären Strukturen waren vorhanden und mußten nicht erst geschaffen werden. Auf dieser Basis und unter der Voraussetzung, daß es eine Bereitschaft und Fähigkeit zu eigenverantwortlichem Handeln gibt, ist der Aufbau einer demokratischen politische Kultur im Osten Deutschlands leichter als der in anderen Transformationsländern.

Dies vermuteten zumindest die litauischen Teilnehmer des Blockseminars, die betonten, daß Litauen einen eigenen Weg gehen müsse. Die politisch Verantwortlichen und die Bevölkerung seien weder bereit, einfach die westliche Kultur zu imitieren, noch an die sowjetische Tradition anzuknüpfen, auch wenn die postkommunistische Linke sehr schnell nach der Unabhängigkeit Litauens wieder Wahlerfolge erzielen konnte. Diese Aussagen scheinen allerdings im Widerspruch zur politischen Realität zu stehen. Schließlich geht Litauen bislang kaum einen eigenen „dritten Weg“, sondern bemüht sich um Westintegration auf allen Ebenen, sei es in die Europäische Union, sei es in die NATO.

Die an die deutschen Studierenden gerichtete Frage, ob die Deutschen nach Maastricht und Amsterdam keine Angst vor dem Verlust ihrer Souveränität oder sogar ihrer nationalen Identität hätten, wenn sie immer stärker in der Europäischen Union aufgingen, wirft ein helleres Licht auf die oben angesprochene Problematik. Die Klage über einen möglichen Verlust der Souveränität der Mitgliedsstaaten der EU ist auch den Deutschen nicht fremd. In der Diskussion zeichnete sich ab, daß die Entscheidung Litauens für oder gegen eine volle Mitgliedschaft in der EU besonders deshalb umstritten ist, weil die Verfaßtheit als unabhängige und souveräne Nation eine erst kürzlich erworbene Erfahrung ist. Die neue nationale Identität konkurriert mit dem europäischen Bewußtsein. Diese Auseinandersetzung könnte eine Quelle von Nationalismus sein, der sich noch zu einer hohen Hürde für die Westintegration Litauens entwickeln könnte.

## Nation und Nationalismus

Das sensible Thema Nationalismus, von dem kein postkommunistischer Staat - auch das Transformationsland Deutschland nicht - verschont geblieben ist, war bereits auf dem ersten Blockseminar kontrovers diskutiert worden. Damals faßten einige der litauischen Studierenden die Frage nach der Existenz und den Formen von Nationalismus in Litauen als Provokation auf. Aus einer Verteidigungshaltung heraus bestritten sie, daß es überhaupt Nationalismus in ihrer Heimat gäbe. Die Relevanz des Themas läßt sich jedoch nicht abstreiten. Im Seminar war es deshalb zunächst nötig, den Begriff Nationalismus auf seinen analytischen und empirischen Kern zu reduzieren und ihn exakt vom politischen Kampfbegriff mit seinen negativen und destruktiven Weiterungen wie Chauvinismus oder Xenophobie zu trennen. Konnte es gelingen, die Akzente diesmal anders zu setzen, ohne Kommunikationsbarrieren oder Mißverständnisse zu provozieren oder gar dem moralischen Empfinden einen Sieg über die Wissenschaft zu gönnen?

Um die Nation und den Nationalismus steht es noch immer so, wie es Walter Bagehot vor mehr als einem Jahrhundert bis heute unübertroffen auf den Punkt gebracht hat: „Wir wissen, was es ist, solange uns niemand danach fragt, aber wir können es nicht sofort erklären oder definieren.“<sup>48</sup> Mit eben dieser Verwirrung reagierten zunächst auch die Teilnehmer des Blockseminars auf die Vieldeutigkeit der Begriffe Nation und Nationalismus. Wie sich zeigte, erwies sich der historische Zugang als fruchtbar. Ausgangspunkt des modernen Nationsbegriffs ist die Französische Revolution, sie ist die Geburtsstunde der *grande nation*, der Gesamtheit einer politisch organisierten Gesellschaft. Zwar hat der Begriff Nation historische Vorläufer - doch mit der Französischen Revolution erst ist die neue politische Qualität verbunden. Nicht nur, daß andere Völker, dem Vorbild der französischen Nation folgend, danach trachteten, eigenmächtig ihr Schicksal gegen das Ancien Régime durchzusetzen. Viel bedeutender ist die Idee, daß mit der Stiftung einer Nation eine andere Bewegung einherging: die der Demokratie. Der Dritte Stand übernahm als politische Nation konstituiert die Souveränität. Aus unpolitischen Untertanen wurden Bürger, die sich den gemeinsamen Ideen der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit verpflichteten. So wurde das Volk zum *demos* - qua Willensakt zu einem politischen Körper.

Das Volk und damit die Begriffe Nation und Nationalismus haben aber noch eine andere Dimension. Es geht um Abstammung und Herkunft, die nicht vom Willen des einzelnen abhängen und die somit unveränderbar sind. Diese Vorstellung betont mit ihrer Fokussierung auf ethnische Unterschiede die scheinbar objektiven Merkmale einer Nation. In diesem Zusammenhang wurde jedoch in der Diskussion einschränkend darauf hingewiesen, daß das Kriterium der gemeinsamen Herkunft durchaus subjektiv gefühlt werde und keineswegs objektive Tatsache sein müsse. In der eigenen Wahrnehmung existiert eine Identität, die sich in gemeinsam geteilten Werten, Traditionen, Erinnerungen, religiösen Praktiken und der Sprache ausdrückt. Hier wird die Differenz zwischen *demos* und *ethnos* angesprochen oder der Unterscheidung zwischen Staats(bürger)nation und Kultur- oder Ethnonationen. Historisch betrachtet hat dieser idealtypische Gegensatz einen gemeinsamen Ursprung, nämlich den Gedanken der Volkssouveränität. „Volkssouveränität ist nicht nur die (innere) Souveränität des Volkes (im Unterschied zu der des Fürsten), sondern auch die (äußere) Souveränität eines Volkes (im Unterschied zu der eines anderen).“<sup>49</sup> Gemeint ist die unter Umständen erforderliche Loslösung von Fremdherrschaft, also die Selbstbestimmung eines „kollektiven Selbst“ gegenüber einem „kollektiven Fremden“.

---

<sup>48</sup> Zitiert nach Eric J. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus: Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt/New York 1991, 11

<sup>49</sup> Egbert Jahn, Nationalismus und Demokratie – Einheit oder Widerspruch?, Untersuchungen aus der FKKS, 4/1992, 15

Vollzogen hat sich dieser Gedanke des Volksnationalismus nur scheinbar paradox aus den Ideen der Französischen Revolution, genauer - unter dem Einfluß der Napoleonischen Besatzung. Der Akzent verschob sich „von der republikanisch-politischen Nation auf die Volksnation, von der politischen Gleichheit zur ethnischen Zugehörigkeit – und eben in dieser Prägung ist der Nationalismus seither zur geschichtsmächtigen Gestaltungskraft geworden, gerade auch in Osteuropa.“<sup>50</sup>

Ab Mitte der 80er Jahre wurde im Baltikum wie im Kaukasus oder in der Ukraine Nationalismus von den Menschen in den nationalen Bewegungen als Ressource gebraucht zum Kampf gegen und zur Emanzipation von dem „Ancien Régime“ der Sowjetunion. Nationalismus diente als Quelle der Mobilisierung, Einigung nach innen und Machtstiftung. Die Umgestaltung des repressiven politischen Systems der UdSSR ging einher mit Kritik an der Fremdbestimmung und dem Streben nach nationaler Souveränität. Dem Nations- und Nationalismusbegriff, der in diesem Blockseminar rekonstruiert wurde, sind Emanzipation und Demokratisierung zu eigen. Nationalismus kann ein staatsbildendes und staatslegitimierendes Strukturprinzip der Gesellschaft sein und muß keineswegs nur in militanten und barbarisch-exzessiven Formen Ausdruck finden.

Alle postkommunistischen Staaten haben zahlreiche Schritte auf dem Weg in die Moderne zurückgelegt. Mit der Anerkennung demokratischer Prinzipien als der Grundlage der politischen Ordnung scheint ein Rückfall in autoritäre Zustände versperrt zu sein. Dennoch bleibt die Stabilisierung und Konsolidierung der demokratischen Ordnung eine tägliche Herausforderung. Dies gilt jedoch auch für jede vermeintlich noch so stabile, traditionsreiche Demokratie. Demokratien ohne Demokraten sind zum Scheitern verurteilt. Dasselbe gilt für das Zusammenwachsen Europas nach der Überwindung des Ost-West-Konflikts. Die Voraussetzung für gesamteuropäische Integrationsprozesse sind weniger institutionelle Reformen als die Herausbildung eines gesamteuropäischen Bewußtseins. Auf der Ebene der geistigen Gemeinschaft zwischen dem ehemals westlichen und dem östlichen Teil Europas bestehen beachtliche Defizite. Europa nostra terra incognita est. Das zeigte die persönliche Begegnung zwischen litauischen und deutschen Studierenden. Die Verwirklichung der „Idee Europa“ als integrierter Raum von West und Ostens bleibt solange unverwirklicht, bis das Denken in Gegensätzen zwischen Ost und West nicht überwunden wird. Wenn im ostmitteleuropäischen Bewußtsein das Bild einer „Festung Westeuropa“ als *das* Europa bestehen bleibt, wird die „Rückkehr des Ostens nach Europa“ auf halber Strecke steckenbleiben. Westeuropas Umsicht ist gefragt, wenn es um die Bewertung der Entwicklungen in Ostmitteleuropa und Osteuropa geht. Pauschale Urteile aus der Zeit des Ost-West-Konflikts werden der Realität nicht mehr gerecht. Sie sind ebenso unangemessen wie schulmeisterliche Belehrungen. Das Wissen um die Langfristigkeit historischen Wandels sollte ein Anreiz sein, gesamteuropäisch an wechselseitigen Lernprozessen zu arbeiten. Transformation im Osten bedeutet auch Bereitschaft zum Wandel im Westen. Das wichtigste Ergebnis der Blockseminare zwischen den Studierenden aus Mannheim und Litauen ist die Erkenntnis, daß die Trennlinie zwischen Ost und West zunächst immer noch eine des Denkens ist. Deshalb ist die Entwicklung der Demokratie und die „Rückkehr des Ostens nach Europa“ eine gemeinsame Suche nach einem neuen Europa. Das neue Europa ohne neue Europäer ist zum Scheitern verurteilt.

---

<sup>50</sup> Bruno Schoch, Demos und Ethnos: Nationalismus zwischen Emanzipation und völkischer Reaktion, in: Lothar Brock/ Ingomar Hauchler (Hg.), Entwicklung in Mittel- und Osteuropa. Über Chancen und Risiken der Transformation, Bonn 1993, 117-164, 128

**Yvonne Haßlinger**  
**Neringas gute Tat**  
**Ein Ausflug auf die Kurische Nehrung**

„Die Kurische Nehrung ist so merkwürdig, daß man sie gesehen haben muß, wenn einem nicht ein wunderbares Bild in der Seele fehlen soll.“ Die Landschaft, die den weitgereisten Alexander von Humboldt zu dieser Äußerung inspirierte, entstand vor 5000 Jahren vor der Küste des heutigen Litauens und ist somit der geologisch jüngste Teil des Landes. Allerdings sollte man an dieser Stelle eher von einem ganzen Bilderbogen sprechen, denn die Nehrung hat viele Gesichter.

Nähert man sich der Landzunge auf dem Wasserweg, das heißt von Klaipeda aus mit der Autofähre, wähnt man sich irrträumlich auf dem Weg zu einer verträumten Ostseeinsel. Tatsächlich überquert man jedoch nicht das Meer, sondern das Kurische Haff, einen über 1600 Quadratkilometer großen Strandsee, der durch einen 500 Meter breiten Zugang mit der Ostsee verbunden ist. Der feste Boden unter den Füßen ist Bestandteil einer knapp hundert Kilometer langen Landzunge. 51 Kilometer davon gehören zu Litauen, der Süden reicht bis in das Kaliningrader Gebiet hinein. Dem Besucher bietet sich das Bild einer abwechslungsreichen Landschaft. Auf relativ geringem Raum lösen sich lichte Birkenhaine, moosbewachsene Nadelbäume, endlose Sandstrände und Dünen ab. Biber, Fischreiher, Kormorane und Seeadler haben hier Zuflucht gefunden. Die meist scheuen Tiere zeigen sich jedoch selten, was gleichermaßen für die 20 Elche gilt, die ebenfalls auf der Nehrung heimisch sein sollen. Dennoch läßt der Blick auf das schilfgesäumte Ufer des Haffs erahnen, daß man gerade ein Vogelparadies durchquert. In den dichten Kiefernwäldern gehen Pilzsammler auf die Suche nach Pfifferlingen und Maronen. Gelegentlich sieht man Touristen auf dem Weg zum Strand.

Die Orte auf der Nehrung liegen allesamt auf der Haffseite, wo die Bewohner seit der Besiedelung der Landzunge durch dichten Baumbestand und hohe Dünen vor den schweren Stürmen aus dem Nordwesten geschützt waren. Außerdem spielte die Haffischerei von jeher eine wichtige Rolle, da diese auch im Winter betrieben werden konnte. Das Süßwasser war eine natürliche Tränke für das Vieh und unentbehrlich für die Hauswirtschaft. Die Menschen auf der Halbinsel mußten sich nicht nur gegen Naturgewalten zur Wehr setzen, sondern waren auch mehr als einmal gezwungen, sich mit der geschichtlich bedingten Verworrenheit der nationalen und sprachlichen Verhältnisse in ihrer Heimat zu arrangieren. 1422 fiel das Memelland an den Deutschen Orden, so daß bereits am Ende des sechzehnten Jahrhunderts auf der Nehrung ein Sprachengewirr von Deutsch, Litauisch, Kurisch und Prußisch anzutreffen war. Um die Wende zum zwanzigsten Jahrhundert bestand hier Dreisprachigkeit, wenn auch die Verwendung und die Funktion der einzelnen Sprachen unterschiedlich waren. Bei den Behörden, in der Kirche und in der Schule bedienten sich die Bewohner der deutschen Sprache, zu Hause sprachen sie Kurisch und Litauisch, wobei Kurisch als Sprache der Fischer galt. Die isolierte Lage der weit verstreuten Fischerdörfer begünstigte die Mehrsprachigkeit. Kontakte wurden meistens nur innerhalb der kirchlichen Gemeinden gepflegt. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der nördliche Teil der Nehrung dem Memelgebiet zugeschlagen, das 1923 an Litauen fiel. Mit dem Anschluß des Territoriums an Deutschland im März 1939 erhielten die Bewohner der Nehrung die deutsche Staatsangehörigkeit, gleichzeitig wurden die litauische Sprache und Kultur unterdrückt. Am Ende des Zweiten Weltkrieges wurden fast alle Bewohner der Landzunge in die deutsche Armee eingezogen. Diejenigen, die bis 1948 zurückkehrten, mußten sich an Wiederaufbau und Sowjetisierung des Gebiets beteiligen und erneut die Staatsbürgerschaft wechseln. 1956 war bereits eine erste

Besiedlungswelle durch Russen abgeebbt und die Ansiedlung litauischer Fischer beendet. Heute leben auf der Kurischen Nehrung nur noch sieben Altansässige und fünf ihrer Kinder.

Zahlreiche reetgedeckte Fischerhütten mit hölzernen Giebel-Bekrönungen prägen das Erscheinungsbild der Siedlungen ebenso wie die Stände, an denen Schmuck aus Bernstein feilgeboten wird. Das als „baltisches Gold“ bezeichnete Mineral ist kein Stein, sondern ein fossiles Harz aus urzeitlichen Nadelbäumen. Die Bernsteinablagerungen bilden eine fast meterdicke Schicht unter dem Meeresboden, die vermutlich durch Eisberge aufgepflügt wurde. Dabei verfangen sich die Harzstücke in Algen und werden bei Sturm an die Küste gespült. Ein riesiges Vorkommen entdeckte man im 19. Jahrhundert im Kurischen Haff bei Juodkrante, an der Nordseite der Halbinsel. Eine alte Legende begründet die Herkunft des goldgelben Minerals poetisch. Demnach soll Jurate, die Tochter des Meeresherrn, einst in einem prachtvollen Bernsteinpalast auf dem Grunde der Ostsee gelebt haben. Die schöne Nixe verliebte sich unsterblich in den Fischer Kastytis, den sie oft in seiner Hütte am Strand bei Klaipėda besucht haben soll. Donnergott Perkunas sei derart erzürnt über die nicht standesgemäße Romanze gewesen, daß er den Palast der Jurate in tausend Stücke zerschmetterte. Kastytis habe er zur Strafe an einen Felsen auf dem Meeresgrund gekettet, wo man ihn angeblich bei Sturm noch heute seufzen hören kann. Als sich die Wogen geglättet hatten, sei der Strand von den Trümmern des Palastes der Jurate übersät gewesen.

Glaut man den Erzählungen der alteingesessenen Bewohner der Nehrung, dann beherbergen die schattigen Fichtenhaine und die geheimnisvollen Wanderdünen noch heute eine Schar von Hexen, Geistern und Kobolden. Insbesondere die Mythologie der Kuren, eines ausgestorbenen Stammes aus Lettland, dem die Nehrung ihren Namen verdankt, ist bis heute in Erzählungen und Bräuchen überliefert. So versammelten sich ganze Hausgemeinschaften bei Gewitter schweigend um die Feuerstelle, weil sie den Donnergott milde stimmen wollten. In Anlehnung an einen ausgeprägten Pferdekult schrieben sie den Vierbeinern besondere Fähigkeiten zu. Gegen Blitzschlag brachten die Bewohner der Landzunge aus Holz geschnitzte Pferdeköpfe an den Giebeln ihrer Häuser an. Die Kuren waren überzeugt, daß die Tiere als Mittler zwischen den Lebenden und den Toten fungierten. Als Wundermittel gegen Verwünschungen und Magenbeschwerden schworen sie auf Knoblauch und Bernstein.

Ein weiteres Zeugnis für die Sagenwelt auf der Nehrung ist der Hexenberg bei Juodkrante. Ein steiler Märchenpfad führt die Spaziergänger vorbei an großnasigen Kobolden, glutäugigen Hexen und furchteinflößenden Riesen. Von den 82 holzgeschnitzten Fabelwesen droht jedoch keine Gefahr für die Besucher des Berges. Die Skulpturen entstanden in den Jahren 1979 bis 1981 von der Hand litauischer Künstler. Bereitwillig gibt eine junge Frau Auskunft über die am Weg dargestellten Szenen. „Die Holzfiguren spielen eine Rolle in der Sage von der Entstehung der kurischen Nehrung“, erzählt sie. Auf einer der Inseln vor der litauischen Küste habe einst die Riesin Neringa gelebt. Das Mädchen sei bei jedermann beliebt gewesen, insbesondere weil sie den Fischern die Netze füllte und in Seenot geratene Schiffe rettete. Als der Meeresherr Bangputas die Küste mit heftigen Stürmen heimsuchte, sollen die Bewohner ebenfalls Neringa um Hilfe gebeten haben. In ihrer Schürze habe sie Sand über das Meer getragen, und mit diesem die Inseln vor der Küste zu einer langen Sandbank verbunden. Die Nehrung, die so von der freundlichen Riesin gebaut worden sei, habe die Fischer fortan vor den Unwettern geschützt.

Die wissenschaftliche Entstehungsgeschichte der Nehrung klingt dagegen nüchtern. Während der letzten Eiszeit vor rund 15 000 Jahren hatte sich der von den Gletschern mitgeführte Gesteinsschutt und Sand nach dem Abschmelzen des Eises bogenförmig abgelagert und vor etwa 5000 Jahren die Form der heutigen Nehrung angenommen. Die so entstandene Lagune ist bis zu zehn Meter tief, verlandet aber allmählich durch Sandzufuhr aus den Flüssen Memel, Gilge und Deime.

Am südlichen Ende der Nehrung, nahe der Grenze zum Kaliningrader Gebiet, liegt der bekannte, malerische Badeort Nida. Seit 1961 bildet er mit Preila, Pervalka und Juodkrante eine administrative Einheit. In diesem Gebiet leben rund 2700 Menschen. Die Siedlung teilte das Schicksal vieler Dörfer auf der Halbinsel, die wegen Treibsandes mehrmals den Standort wechseln mußten. Einige verschwanden im 18. und 19. Jahrhundert vollständig unter den Wanderdünen. Die Umgebung bietet zahlreiche Möglichkeiten, die Besonderheiten von Landschaft und Bewohnern zu erkunden. So sind ein 27 Meter hoher Leuchtturm, eine Sonnenuhr und das Bernsteinmuseum zu Fuß zu erreichen.

Zu den berühmtesten Gästen von Nida gehörte Thomas Mann, der dort ein Sommerhaus besaß. In den Jahren von 1930 bis 1932 verbrachte er die warme Jahreszeit in der ehemaligen Künstlerkolonie, wo er unter anderem „Joseph und seine Brüder“ schrieb. Touristen können das in typischer Architektur gehaltene Haus mit weidengedecktem Dach und den blauen Holzgiebeln besichtigen. Darüber hinaus findet in Nida alljährlich im Juli ein „Thomas Mann-Festival“ statt.

Von Urbo Kalnas, der ersten wiederaufgeforsteten Düne, hat man einen herrlichen Ausblick über die schneeweißen Sandhügel, die an der Innenseite der Nehrung zum Teil eine Höhe von über 60 Metern erreichen. Eine Wanderung durch die karge Dünenlandschaft wird zum einzigartigen Erlebnis. Allerdings ist bei der Wahl der Route Vorsicht geboten, da Teile des Areals seit 1991 als Naturschutzgebiet ausgewiesen sind. Vorbei an blühenden Gräsern und niedrigwachsenden Sträuchern gelangt man schließlich zu den ausgedehnten Waldungen auf der Seeseite.

Die einsamen Strände laden zum Verweilen ein, sei es um in der Ostsee zu schwimmen oder um die Abgeschiedenheit zu genießen. Aufmerksame Strandläufer finden pastellfarbene Muscheln im Sand - und mit etwas Glück sogar Bernsteine. Das schönste Souvenir dürfte jedoch die Erinnerung an einen Sonnenuntergang auf der Kurischen Nehrung sein.



# Letland



Quelle:

[http://sunsite.informatik.rwth-aachen.de/maps/europe/latvia\\_pol98.jpg](http://sunsite.informatik.rwth-aachen.de/maps/europe/latvia_pol98.jpg)

## **Christina Gehrlein/Manuel Sichling**

### **Homogene Heterogenität?**

#### **Auf post-sowjetischen Spuren in Daugavpils**

Auch wer weiß, daß Daugavpils die zweitgrößte Stadt der jungen Republik Lettland ist, fühlt sich angesichts der holprig asphaltierten Straßen, der menschenleeren Innenstadt und der seltsam abweisend, fast resignativ wirkenden Atmosphäre im Stadtzentrum gleichwohl in die Provinz wie auch in die Vergangenheit versetzt: Daugavpils wirkt heute, acht Jahre nach der Unabhängigkeit und dem Beginn der politischen Transformation Lettlands, immer noch wie der Prototyp einer sowjetischen Industriestadt. Der Unterschied zu Vilnius und Riga kann kaum größer sein: Alte Paläste und Kirchen, Boutiquen und Straßencafés in den Hauptstädten, das unter Stalin errichtete „Haus der Einheit“ und graue, uniforme Wohnblöcke im Zentrum von Daugavpils.

Daß dieser erste Eindruck mehr ist als ein Ausdruck architektonischer Fehlplanung, wird während des Aufenthalts deutlich. Daugavpils ist mit seinen 115.000 Einwohnern, von denen 11,7 Prozent offiziell arbeitslos gemeldet und 30.000 Rentner sind, Hauptstadt der strukturschwachen Provinz Latgale im Südosten Lettlands. Der triste Stadtkern ist relativ jung: Im Zweiten Weltkrieg wurde die Stadt, einst gerade auch architektonisches Spiegelbild der unterschiedlichen Herrschaftseinflüsse, die auf sie einwirkten,<sup>51</sup> fast vollständig zerstört und in den 50er Jahren wiederaufgebaut. Im Zuge dieses Wiederaufbaus wurde verstärkt Industrie - Chemiefaseranlagen, Metall- und Maschinenbaufabriken – angesiedelt, in erster Linie also Schwerindustrie, die als Sinnbild des Fortschritts Wirtschaft und Produktion der Sowjetunion ankurbeln sollte, doch auch Leichtindustrie wie die Textilbranche. Zudem kamen Menschen aus anderen Sowjetrepubliken in die Stadt, um hier zu arbeiten. Obwohl die Einwohnerzahl in den letzten Jahren deutlich abnahm<sup>52</sup>, ist die Bevölkerungszusammensetzung heterogen geblieben - ein weiteres Charakteristikum von Daugavpils und gleichzeitig Relikt der Sowjetzeit: An die zwanzig unterschiedlichen Nationalitäten leben hier. Die Mehrheit der Bevölkerung ist russischstämmig (58 Prozent der Einwohner), lediglich 14 Prozent sind Letten, zudem leben Polen (13 Prozent), Belarussen (8 Prozent), Deutsche (0,5 Prozent) und Ukrainer hier. Sie alle spüren die veränderte Situation in der Stadt deutlich. Das Ende der Sowjetunion und die russische Finanzkrise im August 1998 wurden zum wirtschaftlichen Fiasko; Arbeitslosigkeit ist seitdem eines der größten Probleme.

Gerade die Industrie, die einst die Wirtschaft ankurbeln sollte, bereitet der Stadt heute ihre massiven Probleme. Die Arbeitslosigkeit in der Stadt am Oberlauf der Daugava ist wesentlich höher als die anderer Städte der Lettischen Republik. „Mit der Finanzkrise am 17. August 1998 ist der komplette Markt im Osten weggebrochen“, erklärt Rišards Draba, Verwaltungsdirektor von Daugavpils. Seither vollzieht sich auch in der Wirtschaft der Stadt eine Umorientierung nach Westen. Hat ein Betrieb zur Herstellung von Antriebsketten zum Beispiel noch vor einigen Jahren seine Produkte zu 100 Prozent nach Rußland geliefert, so macht der Export in westliche Staaten heute schon 20 Prozent aus. Dennoch möchte Draba den russischen Markt als „Reserve“ für die lettische Exportwirtschaft gewahrt sehen.

---

<sup>51</sup> Dies zeigt sich auch in den unterschiedlichen Namen, die die Stadt im Laufe der Zeit getragen hat: Dünaburg, Dvinsk und Borisoglebsk.

<sup>52</sup> Die Bevölkerungszahl sank von noch 224 000 Einwohnern im Jahr 1993 auf 115.000 (1999). Hauptursache neben dem wirtschaftlichen Niedergang der Stadt ist die Auflösung der UdSSR. Danach wurden ehemalige sowjetische Einrichtungen geschlossen, Menschen wanderten nach Rußland oder in andere Nachfolgestaaten aus.



Die Eigentumsstruktur der Betriebe ist heterogen: Es existieren staatliche Betriebe, Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), Aktiengesellschaften und Unternehmen, die der Stadtverwaltung unterstehen. Diese kommunalen Unternehmen machen insgesamt sechs Prozent der in Daugavpils ansässigen Betriebe aus und bewirtschaften vor allem die Bereiche Wasserversorgung, Wärmenetze und den Wohnungsmarkt. Auf diese Weise kann die kommunale Selbstverwaltung auf die Tarifverhandlungen einwirken. Die Privatisierung von Betrieben in Daugavpils ist größtenteils abgeschlossen. Lediglich für die Betriebe der lettischen Eisenbahn und den lettischen Gasmonopolisten „Latgas“ werden derzeit noch die Bedingungen für die Privatisierung ausgearbeitet.

„Es ist wichtig, westliche Investoren in die Stadt zu ziehen“, beschreibt Draba die Zielsetzung der lokalen Wirtschaftspolitik. Dieses Vorhaben war bisher von schweren Mißerfolgen geprägt: Großinvestoren aus dem Ausland zogen sich nach kurzer Zeit wieder aus der Stadt zurück. Eine Firma aus Singapur hatte beispielsweise eine Vliesstoff-Fabrik gekauft, sich jedoch „mit den Zuständen vor Ort nicht zurechtgefunden“. Die über einen Weltbankkredit vereinbarte Finanzierung des Unternehmens kam nicht zustande. Derzeit steht die gesamte Produktion still.

Die offizielle Arbeitslosigkeit liegt in Daugavpils bei 11,7 Prozent, d.h. 8.000 Menschen sind beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet - Riga hat im Vergleich dazu eine Arbeitslosenquote von lediglich 5,7 Prozent. Die verdeckte Arbeitslosigkeit in Daugavpils ist allerdings höher: Draba schätzt sie auf weitere vier Prozent. Das liegt beispielsweise daran, daß Arbeiter zwar nicht entlassen werden, die Unternehmen ihnen aber auch keine Löhne mehr zahlen. So hat die Firma aus Singapur ihre Beschäftigtenzahl von 6.000 auf 2.500 reduziert und 2.300 in unbezahlten Urlaub entlassen, die nun de facto arbeitslos sind. Den größten Anteil der Arbeitslosen machen Personen über 40 Jahre aus. Das vor einigen Jahren gegründete Arbeitsamt versucht, durch Weiterbildungs- und Umqualifizierungsmaßnahmen die Risiken für die Betroffenen abzufedern und ihnen einen neuen Start ins Arbeitsleben zu ermöglichen.

Der Unterschied zur Hauptstadt wird auch durch einen Vergleich der Durchschnittslöhne deutlich. Verdient ein Arbeitnehmer in Riga durchschnittlich 265 Lats im Monat, das entspricht im Oktober 1999 ungefähr 900 DM, liegt der Durchschnittsverdienst in Daugavpils 160 Lats. „Arbeiten für 60 Lats im Monat werden in Daugavpils gerne angenommen“, berichtet Draba. Zudem arbeiten in Daugavpils viele Beschäftigte in der Handels- und Dienstleistungsbranche ohne soziale Absicherung.

Ein weiteres Kennzeichen dieser Stadt ist, wie bereits erwähnt, die multinationale, aber von der russischen Bevölkerungsgruppe dominierte Einwohnerstruktur. Obwohl 70 Prozent der Einwohner die lettische Staatsbürgerschaft haben<sup>53</sup> und sich somit als Bürger des lettischen Staates definieren, ist aufgrund der Bevölkerungszusammensetzung eine enge Verbundenheit zu Rußland und der russischen Kultur geblieben, die sich im Alltagsleben bemerkbar macht: Daugavpils ist eine zweisprachige Stadt – die Amtssprache Lettisch wird von 30 Prozent der Bevölkerung nicht oder nicht in ausreichender Qualität beherrscht. Problematisch ist dies nur, wenn sich die Einwohner der Stadt im administrativen Bereich bewegen: Offizielle Dokumente müssen in lettischer Sprache verfaßt sein. Alltagssprache ist jedoch Russisch geblieben. Es gibt die Möglichkeit, Kinder und Jugendliche in russischsprachige Schulen zu schicken und russische Kultureinrichtungen zu besuchen. Es scheint, als hätten sich die Menschen in Daugavpils auf eine russisch(sprachig)e „Insel“ inmitten Lettlands gerettet.

---

<sup>53</sup> Zur Staatsbürgerschaftsproblematik siehe die Beiträge von Katrin Hofmann und Holger Greif im vorliegenden Heft.

Mit einem Blick auf die Aufteilung des städtischen Budgets, dessen Steuereinnahmen aus Boden-, Eigentums- und Einkommenssteuern bestehen, lassen sich die Probleme der Stadt nachzeichnen: Von den 14 Millionen Lats, die der Stadt im Haushaltsjahr 1998/99 zur Verfügung standen, flossen nach Drabas Angaben 51 Prozent in Bildungseinrichtungen, 16 Prozent in das Gesundheitswesen und 17 Prozent in die Sozialhilfe, vor allem als Unterstützung für Rentner, kinderreiche Familien und Invaliden. Diese haben auch die Möglichkeit, Vergünstigungen für Strom, Wohnraum, Wasser und den öffentlichen Nahverkehr in Anspruch zu nehmen. In ihrer Gesamtheit stiegen die Sozialausgaben von 350.000 Lats (1993) auf 1.350.000 Lats (1999). Vor allem die Situation der 30.000 Rentner ist schlecht: Da die Rentenzahlung von oftmals 50 bis 60 Lats, die damit unter der Armutsgrenze von 80 Lats liegt, nur ein Leben am Rande des Existenzminimums zuläßt, sind die Pensionäre auf zusätzliche wohlfahrtsstaatliche Unterstützung angewiesen, vor allem diejenigen Rentner, die ihre Bezüge nicht aus Fonds erhalten, die zur Finanzierung der Renten ehemaliger sowjetischer Angestellter eingerichtet wurden.

Auch die Kommunalpolitik zeichnet sich durch die für die Stadt so typische homogene Heterogenität aus: Obwohl die Abgeordneten des Stadtparlaments von Daugavpils, der Duma, verschiedenen Nationalitäten angehören, kann von einer wirklichen Pluralität kaum gesprochen werden, stammen doch 13 der 15 Abgeordneten aus der Sozialdemokratischen Partei.<sup>54</sup> Diese ist die Nachfolgerin der ehemaligen Kommunistischen Partei Lettlands. Inwieweit sich diese Konstellation auf die Stadtpolitik auswirkt, läßt sich nur vermuten. Die allzu positiven Einschätzungen, die Verwaltungsdirektor Draba von Daugavpils zeichnet – „die Menschen leben friedlich miteinander, sehen sich in erster Linie als Daugavpilser, Entscheidungen auf politischer Ebene werden allein zum Wohl der Stadt gefällt“ –, widersprechen dem ersten Eindruck wie auch den Eindrücken, die sich aus den folgenden Gesprächen in der Stadt ergeben haben.<sup>55</sup> Festzuhalten bleibt das Faktum: 90 Prozent aller Investitionen fließen nach Riga und seine Umgebung. Auch der wirtschaftlich starke Westen des Landes mit seinen Hafenstädten Liepāja und Ventspils profitiert von der wirtschaftlichen Entwicklung. Der Süden und der an Belarus grenzende Osten hingegen, hier ganz besonders die Provinz Latgale und ihr Hauptort Daugavpils, sind bisher die eindeutigen Verlierer der Transformation. Die Hoffnung der Stadtoberen, und das klingt fast wie Zweckoptimismus, sind die gute Ausbildung, welche die arbeitende Bevölkerung vorzuweisen hätte, die Elektroindustrie sowie die Spezialisierung auf Zulieferdienste. Als Beispiel nennt Draba die Firma Zieglers Maģinbūve SIA. Diese Firma, die von allen Gesprächspartnern in Daugavpils und auch oft in Riga genannt wird, scheint das einzige nennenswerte Projekt zu sein, das es verdient, in Daugavpils mit dem Begriff „Zukunft“ in Verbindung gebracht zu werden. Außer billigen Löhnen, so bestätigen uns viele andere Gesprächspartner, ist für die nähere Zukunft kein weiterer Standortvorteil in Sicht. Im Gegenteil: Neben den enormen ökologischen Problemen, um die auch Draba weiß, ist die soziale Situation in Daugavpils, verglichen mit anderen Städten des Landes, schlechter als irgendwo sonst. Die soziale Schieflage, verbunden mit der lettischen Staatsbürgerschaftsproblematik, die sich aufgrund der ethnischen Heterogenität in Daugavpils besonders stark auswirkt, trägt zu einem sozialen Konfliktpotential bei, das in näherer Zukunft nicht gelöst zu werden verspricht. So wird Daugavpils, die Stadt, die sich durch eine „homogene Heterogenität“ auszuzeichnen scheint, einer ungewissen Zukunft entgegensehen.

---

<sup>54</sup> Die Duma wird alle vier Jahre nach dem Mehrheitswahlprinzip gewählt, die derzeitige Wahlperiode läuft seit 1997.

<sup>55</sup> Vgl. hierzu auch die weiteren Beiträge über Daugavpils von Alfred Garloff und Kathrin Kehrer im vorliegenden Heft.

## **Alfred Garloff**

### **Menschen verändern sich langsam**

#### **Unternehmensberatung in einem strukturschwachen Umfeld**

Daugavpils ist eine Stadt, in der sich seit 20 Jahren nicht viel getan hat. Das ist der erste Eindruck von Lettlands zweitgrößter Stadt, der sich auch durch einen Aufenthalt nicht verflüchtigt. Außer einigen neuen Supermärkten, die rund um die Uhr geöffnet sind und ein paar neu angestrichenen Fassaden, einem gescheiterten und einem (mehr oder weniger) gelungenen Investitionsprojekt entspricht dieser erste Eindruck der Realität. Daugavpils befindet sich in der ärmsten Region Lettlands, in Latgale. Die Region ist wohl auch nicht zuletzt aufgrund ihrer Randlage im Grenzgebiet zu Rußland, Belarus und Litauen und ihrer heterogenen Bevölkerungsstruktur zu den strukturschwachen Regionen zu zählen. Latgale hat etwa 400.000 Einwohner. Das sind etwa 16 Prozent der lettischen Bevölkerung. Davon wohnen etwa 115.000 in Daugavpils.<sup>56</sup>

Die Bevölkerungsstruktur von Daugavpils ist atypisch für Lettland. Die russischsprachige Minderheit Lettlands stellt dort die klare Bevölkerungsmehrheit. Noch 1990 waren hier immerhin 27 Nationalitäten vertreten; mittlerweile sind es weniger geworden. Die offizielle Arbeitslosenquote in Daugavpils beträgt im September 1999 11,7 Prozent, wohingegen die ländlichen Gegenden im Kernland mit bis zu 60 Prozent zu kämpfen haben. Dennoch sind die sozialen Probleme unübersehbar. Der Durchschnittsverdienst beträgt 150 bis 160 Lats pro Monat.<sup>57</sup> Die tatsächliche Arbeitslosenquote liegt aufgrund verdeckter Arbeitslosigkeit deutlich über der offiziellen Quote. Immerhin verfügt Daugavpils über eine staatliche Universität, einige private Schulen und über ein gewisses Angebot an Fort- und Weiterbildung. Auch das dortige Zentrum für Wirtschaftsberatung (UAC), eines der ersten in Lettland, bietet solche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten an.

Irina Gorkina, die Direktorin des UAC, ist eine fulminante Persönlichkeit voller Energie. Dennoch besitzt sie das nötige Fingerspitzengefühl, wenn sie beispielsweise einer Gruppe von weitgereisten, erschöpften Studenten zuerst einen Kaffee anbietet, bevor sie diese in einem engagierten, gut vorbereiteten Vortrag über die Situation in Daugavpils in Kenntnis setzt. In Lettland existiert ein Netzwerk von Zentren für Wirtschaftsberatung, die zur Wirtschaftsförderung eingerichtet wurden.

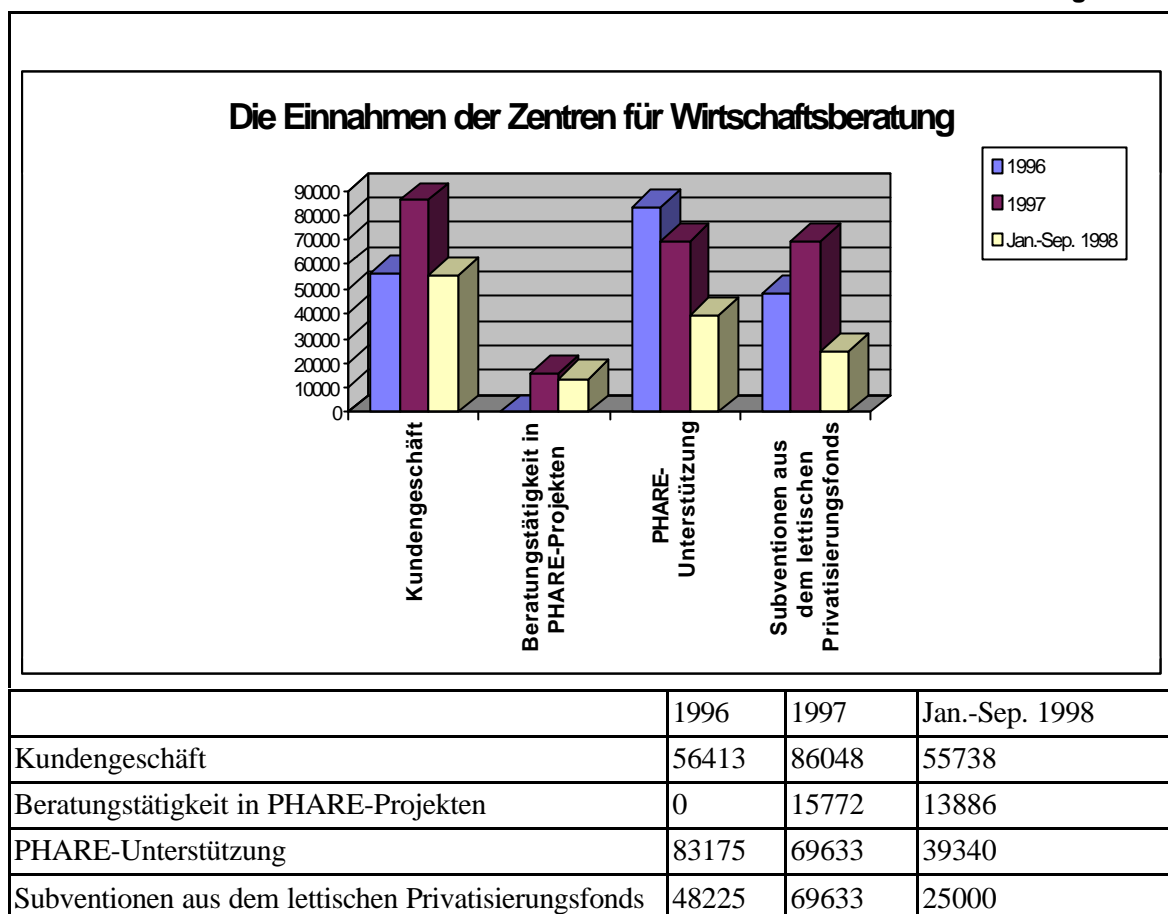
Sie sind privatrechtliche Unternehmen und finanzieren sich im wesentlichen aus Mitteln, die die EU und die USA zur Förderung der Transformation bereitstellen. So kamen 1997 etwa ein Drittel der Einnahmen aus dem PHARE-Programm der EU und ein knappes weiteres Drittel aus einem Privatisierungsfonds aus den USA.<sup>58</sup>

---

<sup>56</sup> Die Zahlenangaben basieren auf denen des Einwohnermeldeamtes der Stadt Daugavpils. Siehe: Daugavpils - Skatli un fakti, Daugavpils 1998, 3

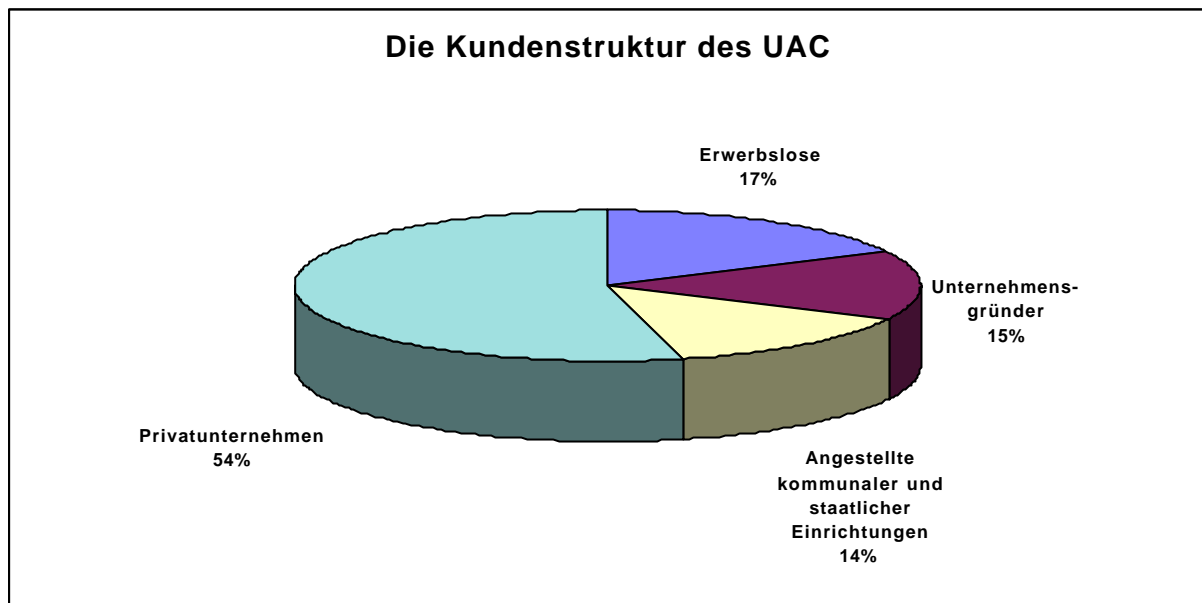
<sup>57</sup> Ende September 1999 entspricht dies etwa 540 DM.

<sup>58</sup> Das PHARE-Programm ist ein Hilfsprogramm der EU und umfaßt jährlich etwas über eine Milliarde DM an Unterstützungsleistungen für die mitteleuropäischen Länder, die der EU beitreten wollen. Zum PHARE-Programm vgl. Ingeborg Tömmel, Die Strategie der EU zur Systemtransformation in den Staaten Mittel- und Osteuropas, in: Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft, III/1996, Osnabrück 1996, 145–161, 145.



1999 ist die PHARE-Hilfe für die Wirtschaftsberatungszentren ausgelaufen. Seitdem sehen sie sich einer neuen Situation gegenüber: Sie müssen ihre Dienste nun marktgerecht verkaufen. In Daugavpils scheint dieses Unterfangen trotz der geringen Finanzkraft der dortigen Klienten erfolgreich zu sein, was wohl nicht zuletzt das Verdienst von Irina Gorkina ist. Die Klienten des UAC sind zum überwiegenden Teil Privatkunden, wovon wiederum der größte Teil im Bereich der Dienstleistungen tätig ist

Schulungen und Beratungsgespräche machen über 80 Prozent der Arbeit aus. Bei den Schulungen stehen Unternehmensplanung, Marketing und Buchhaltung im Vordergrund. Die Beratungsgespräche beschäftigen sich hauptsächlich mit Unternehmensplanung sowie mit Unternehmensneugründungen. In zunehmendem Maße spielt auch in Beratungsgesprächen Marketing eine Rolle.



Gorkinas Vortrag erinnerte zeitweise an ein Verkaufsgespräch, ließ aber erkennen, daß das UAC in Daugavpils sich gut auf die neue Situation eingestellt hat. Um die Situation in Daugavpils besser zu verstehen, müsse man die Gründe der Unterentwicklung der latgalischen Region kennen, so Gorkina. Die Ursachen seien vor allem in den Eigenheiten der Übergangsperiode zu suchen. So sei die Anpassung an das neue Wirtschaftssystem für die Menschen schwierig. Die Arbeitseinstellung der Bevölkerung sei noch „sowjetisch geprägt“ und müsse sich verbessern. Das sei ein langwieriger Prozeß.<sup>59</sup> Menschen, die es gewohnt gewesen seien, daß alles für sie entschieden werde, sähen sich jetzt einer Situation gegenüber, in der sie selbst ihre Zukunft planen müßten. Zudem mangle es an Wissen und Erfahrungen über die Marktwirtschaft und deren Funktionsweise. Dieses fehlende Wissen gehe einher mit geringem Selbstvertrauen der Menschen. Als Indiz für die Verunsicherung der Daugavpils'er Bevölkerung verwies Gorkina auf eine überdurchschnittliche Selbstmordrate.

Des weiteren seien die unternehmerischen Fähigkeiten bei den Menschen wenig ausgeprägt. Diese seien zur Zeit der Sowjetunion nicht gefragt gewesen, was ein Hemmnis für Existenzgründungen darstelle.

Ein weiteres Problem der Region Daugavpils besteht darin, daß der Mittelstand dort traditionell schwach vertreten ist. Die Lage für Existenzgründer ist in Lettland besonders schwierig. Problematisch sei vor allem die Finanzierungsseite der jungen Unternehmen, insbesondere die Beschaffung von Startkapital, so die Unternehmensberaterin. Es gebe keine Steuererleichterungen und nur eine überaus bescheidene staatliche Starthilfe von etwa 2000 DM. In Lettland und Litauen sei die Neugründung von Unternehmen eine der Achillessehnen der wirtschaftlichen Transformation, obwohl gerade die mittelständischen Unternehmen einer der Schlüssel für den wirtschaftlichen Aufschwung sein könnten.<sup>60</sup>

<sup>59</sup> Dieser Eindruck wurde auch von Stefan Hanselmann, dem Direktor von Ziegler Maschinenbau, bestätigt, der die mangelnde Arbeitsmotivation als eines der zentralen Probleme darstellte. Siehe dazu den Beitrag von Kathrin Kehrer im vorliegenden Heft.

<sup>60</sup> Siehe dazu auch den Bericht von Volker Weichsel in diesem Heft.

Ein weiteres Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Region sieht Irina Gorkina in den Funktionsmängeln der staatlichen Verwaltung. Das Vertrauen der Bevölkerung (und damit auch der Wirtschaft) in Verwaltung und Regierung sei gering. So sei das staatliche Programm zur Umgestaltung der Wirtschaft fehlgeschlagen. Das liege zum einen in der Passivität der Lokalverwaltungen, die kaum etwas von sich aus unternehme, zum anderen sorgen die häufigen Regierungswechsel auf nationaler Ebene für ein hohes Maß an Unsicherheit. Als Beispiel für das Fehlverhalten der Verwaltung führte Gorkina ein großes Investitionsprojekt in Daugavpils an. Hier habe eine südkoreanische Firma im Bereich der Informationstechnologie investiert. Die Firma habe sich von der Stadtverwaltung einige Sonderkonditionen ausgehandelt. Im Gegenzug habe jene ein Mitspracherecht bei Unternehmensentscheidungen erhalten. Durch dieses Mitspracherecht habe die Stadtverwaltung die notwendige Ausgliederung von Unternehmensteilen verhindert, was letztlich zum Scheitern des gesamten Projektes geführt habe.<sup>61</sup>

Auch Korruption ist ein strukturelles Problem. Diese habe in Lettland zu einer Schwächung des gesellschaftlichen Konsenses und zu mangelndem Vertrauen in das System geführt. Auch die Abstimmung zwischen den Ministerien funktioniere nicht richtig. So würden des öfteren neue Pläne zur Wirtschaftsförderung verabschiedet und neue Institutionen gegründet. Sinnvoller wäre es nach Einschätzung von Frau Gorkina jedoch, bestehende Institutionen zu stärken, um kein Durcheinander von Institutionen und Aufgaben zu provozieren. In diesem Zusammenhang beklagte sie auch die mangelnde Unterstützung der Wirtschaftsberatungszentren durch Regierung und Verwaltung.

Allerdings sei gerade in der Region Latgale auf administrativer Ebene eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Es gebe einen regionalen Entwicklungsrat, in dem die Kommunen den Entschluß gefaßt hätten, zu kooperieren und ihre Aktivitäten zu koordinieren. Ziel dieses Rates sei es, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen sowie die Kommunikation zwischen regionalen und nationalen Institutionen zu verbessern. Im Rat ist bereits ein Entwicklungsplan für Latgale entworfen worden, der im wesentlichen drei Schwerpunkte hat. Die Kommunalverwaltungen wollen erstens den Bereichen Bildung und Ausbildung einen höheren Stellenwert einräumen. Zweitens sollen die Informationstechnologie als Schlüsselbranche gefördert und, drittens, der Mittelstand gestärkt werden.

Eher als Symptom denn als Ursache der Strukturschwäche sind dagegen die geringen ausländischen Direktinvestitionen in dieser Region zu betrachten. Etwa 90 Prozent der Investitionen in Lettland fließen zur Zeit in die Hauptstadt Riga. Allerdings herrscht in der Daugavpils Bevölkerung Skepsis gegenüber ausländischen Investitionen, was ein weiteres Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung darstellen könnte.

Nach der Problemlage hat das Zentrum für Wirtschaftsberatung auch seine Schwerpunkte gesetzt. Gegen die schwierige Anpassung der Menschen an das neue Wirtschaftssystem setzt Frau Gorkina vor allem auf Informationen und Schulungen. Mit diesen Instrumenten soll den Menschen die Angst vor dem neuen Wirtschaftssystem genommen werden. Sie bekommen Schlüsselqualifikationen vermittelt und werden zu Fachpersonal umgeschult. Allerdings müssen Interessenten initiativ werden und die finanziellen Mittel für einen solchen Kurs selbst aufbringen, falls keine Sponsoren gefunden werden können. Gorkina beklagte darüber hinaus, daß der Großteil der Bevölkerung ihre Arbeit nicht schätze und ihr eher skeptisch gegenüberstehe. Um den Mittelstand zu stärken, versuche das Beratungszentrum Unternehmensgründungen zu unterstützen. Allerdings beschränkt sich die Hilfe hierbei auf Beratungstätigkeiten. Finanzielle Mittel müßten anders akquiriert werden.

---

<sup>61</sup> Anders hatte sich hierzu allerdings Stefan Hanselmann geäußert. Er hatte die Hypothese vertreten, daß eine Ausgliederung von Unternehmensteilen in Daugavpils nicht möglich sei, da die benötigte Zulieferindustrie fehle, die in der geforderten Qualität bzw. zu einem wettbewerbsfähigen Preis liefern könne.

Irina Gorkina ist der Meinung, daß es sich trotz aller Widrigkeiten lohnt, in Daugavpils zu investieren. Die Grenzlage der Region könne mittelfristig durchaus als Vorteil angesehen werden. Des weiteren seien die Leute in Daugavpils vor allem im Maschinenbausektor und ähnlichen Bereichen der ehemaligen sowjetischen Großindustrie überdurchschnittlich gut ausgebildet und wiesen eine hohe Motivation auf. Ein weiteres zentrales Argument, das für Investitionen in der Region Daugavpils spricht, ist das geringe Lohnniveau. Dies dürfte auf absehbare Zeit deutlich unter dem Rigas bleiben. Bei gleicher Produktivität entspricht es dem unternehmerischen Kalkül, sich für den Standort mit den geringeren Löhnen zu entscheiden.

Am Ende bleibt der Eindruck, daß der schwache Mittelstand, die Schwierigkeiten Unternehmen zu gründen sowie die sich nur langsam ändernde Mentalität der Menschen die zentralen Hemmnisse für eine wirtschaftlichen Transformation auch in strukturschwachen Gebieten wie Latgale oder Städten wie Daugavpils darstellen. Diese Probleme sind aber nicht unüberwindbar, wenn es genügend Menschen mit ähnlicher Motivation und ähnlichem Engagement wie Irina Gorkina gibt, die gewillt und fähig sind, Veränderungen voranzutreiben.

**Kathrin Kehrer**

**„Wir sind einer der wenigen Verrückten hier“**

**Zu Besuch bei Ziegler Maschinenbau in Daugavpils**

Sonderbar mutet es den Besucher an: Da steht er nun - nach 40 Minuten Busfahrt und dem Durchqueren mehrerer grauer Vororte, deren Straßen sich im strömenden Regen sofort in kleine Seen verwandeln - vor dem Eingang eines Gebäudes, das sich einzig durch die leuchtendrote Neonreklame „Zieglera Mađinbūve SIA“ von der Umgebung unterscheidet. In diesem Moment tritt der Gedanke ins Bewußtsein, daß dieses Unternehmen eines der ganz wenigen, vielleicht das einzige gelungene Projekt betrieblicher Transformation im lettischen Maschinenbausektor ist und der Investor – ein deutsches Unternehmen – bereits vom Verwaltungsdirektor der Stadt Daugavpils hoch gelobt wurde.

Die Firma Ziegler Maschinenbau (lettisch: Zieglera Mađinbūve SIA) ist eine Tochter der Ziegler GmbH, eines deutschen Mittelständlers mit Sitz in Pöttmes (Bayern). Der Maschinenbau ist neben der Automobiltechnik und sogenannten Drittgeschäften (Lohnfertigung, Montage) nur eine von drei Sparten. Im ursprünglichen Stammbetrieb werden heute nur noch Verwaltung, Service und Vertrieb abgewickelt. Der gesamte Fertigungsbereich wurde nach Tschechien (Automobiltechnik, 600 Mitarbeiter) und nach Lettland verlagert.

Die Geschichte des Engagements der Ziegler GmbH in Daugavpils begann im Juni 1997 mit einem Besuch des potentiellen Investors - und späteren Eigentümers - Martin Ziegler im Rahmen einer VDMA-Delegation.<sup>62</sup> Dieser Reise war bereits eine intensive Suche nach einem geeigneten Investitionsobjekt von seiten des IBD vorausgegangen.<sup>63</sup> Der betreffende Betrieb sollte zumindest eine Schmiede besitzen und genügend Raum für eine spätere Expansion bieten. Da die industrielle Basis Lettlands relativ schmal ist, war laut Aussage des Geschäftsführers, Dr. Stefan Hanselmann, die Zahl der Alternativen beschränkt.<sup>64</sup> Die Wahl fiel auf den ehemals staatlichen Betrieb „Virpa“, welcher mit über 1.000 Beschäftigten in sowjetischer Zeit vor allem Instandsetzungstätigkeiten von Werkzeugmaschinen durchgeführt hatte. Bereits im Juli 1997 erhielt der IKD den Auftrag, die Verhandlungen über die Privatisierung von „Virpa“ aufzunehmen. Bevor jedoch der Betrieb zu einem Beispiel gelungener Transformation werden konnte, wurde er erst einmal zu einem juristischen Präzedenzfall: Nach mehreren vergeblichen Privatisierungsversuchen war Virpa zu diesem Zeitpunkt bereits an das Gericht in Daugavpils zur Einleitung des Liquidationsverfahrens übergeben worden.

Danach waren die dringendsten Probleme eher struktureller Art: Zunächst einmal mußte die gesamte betriebliche Infrastruktur modernisiert werden. Die Gebäude waren z.T. jahrelang nicht beheizt worden. So mußten ca. 15.000 m<sup>2</sup> Dachfläche erneuert werden, da das hereinströmende Regenwasser auf die Stromverteilerschienen traf und damit den Arbeitsprozeß zu einem lebensgefährlichen Abenteuer werden ließ. Hinzu kam, daß Virpa vor der Privatisierung von der damaligen Betriebsleitung systematisch „ausgeweidet“ worden war. Die hochwertigen Anlagen oder Anlagenteile waren „privatisiert“, d.h. beiseite geschafft und verkauft worden. Mit den verbliebenen Maschinen konnten kaum mehr hochwertige Teile gefertigt werden: Zum Zeitpunkt der Übernahme durch Ziegler war etwa ein

---

<sup>62</sup> VDMA steht für „Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau“

<sup>63</sup> IBD (Lettisch: IKD für Integretais Konsultativais Dienests) heißt „Integrierter Beratungsdienst des deutsch-lettischen Wirtschaftsförderungsprojektes“ und ist eine Initiative der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Siehe dazu auch den Beitrag von Volker Weichsel im vorliegenden Heft.

<sup>64</sup> Stefan Hanselmann lebt und arbeitet seit etwa vier Jahren in Lettland. Seit 1996 war er Leiter des Büros der GTZ in Riga und ist seit Anfang 1999 Geschäftsführer bei Zieglera Mađinbūve SIA.



Drittel der Maschinen nicht mehr einsetzbar. Die restlichen zwei Drittel lieferten nur noch ungenügende Präzision. Doch auch von „simplen“ Managementproblemen blieb das Vorhaben nicht verschont. Ende 1998 wechselte die Geschäftsleitung, nachdem das Projekt aufgrund von Fehlern in der Betriebsführung fast gescheitert wäre.

Auch wenn es Stefan Hanselmann nach „viele Küsse und viele Prinzen brauchte, um aus Dornröschen eine Braut werden zu lassen“, ist das Engagement der Ziegler GmbH in Daugavpils eine Erfolgsgeschichte. Innerhalb von lediglich anderthalb Jahren wurde die gesamte Fertigung der Maschinenbausperte nach Lettland verlegt. Nachdem in der ersten Phase ausschließlich Komponenten in Daugavpils hergestellt worden waren, ging man im August 1998 dazu über, die erste Produktgruppe komplett zu fertigen. Seit August 1999 wird die gesamte Produktion hier realisiert. Das deutsche Werk in Gmünden wurde zu diesem Zeitpunkt geschlossen. Heute stellt Zieglera Mađînbûve SIA Mähwerke und Landmaschinen (u.a. die bekannte Marke Mörtl) her und exportiert diese vor allem in die EU, aber auch auf den amerikanischen Markt. 1998 betrug der Umsatz 0,9 Mio. DM, 1999 soll er auf zwei Millionen DM steigen. In das lettische Unternehmen wurden bisher zirka sechs Millionen DM investiert. Zieglera Mađînbûve SIA ist heute ein voll integrierter Betrieb mit eigener CAD-gestützter Konstruktionsabteilung, einem eigenen Werkzeugbau sowie Schmiede, Schweißbau, Blechbearbeitung, Lackiererei und Transportfahrzeugen.<sup>65</sup>

Entgegen dem allgemeinen Trend zur immer stärkeren betrieblichen Spezialisierung (outsourcing) wurde die traditionell hohe Wertschöpfungstiefe erhalten. Nur wenige Bereiche wie die Galvanik wurden geschlossen. Die Gründe dafür liegen auch in der immer noch mangelhaften Infrastruktur im Zuliefer- und Veredlungsbereich. Begründet durch die Erfahrungen in der Sowjetzeit und die instabile Transformationsperiode besitzen viele Unternehmen ein völlig anderes Verständnis von Geschäftsprozessen. Investitionen werden als einmalige Anschaffung zu Beginn der Unternehmungstätigkeit (und nicht als kontinuierlicher Prozeß) und Verkäufe als singuläre Ereignisse, deren Wiederholung ungewiß ist, betrachtet. Die Preise für Produkte und Leistungen sind damit bei häufig mangelhafter Qualität prohibitiv hoch, und der Aufbau langfristiger, auf gegenseitigem Vertrauen basierender Geschäftsbeziehungen ist unter diesen Rahmenbedingungen extrem schwierig. Deshalb wird zur Zeit noch ein Großteil der benötigten Rohstoffe und Materialien aus Deutschland importiert. Als tendenziell positives Beispiel nannte Stefan Hanselmann die Zusammenarbeit mit einer regionalen Verzinkerei. Hier gelang es über die Beeinflussung der „Geschäftsmentalität“ nach und nach, Qualität und Preis der Dienstleistung auf einem akzeptablen Niveau anzugleichen.

Betriebswirtschaftliche Fakten zu diskutieren oder technische Prozesse hautnah zu erleben, sind zwei Dinge, jedes für sich birgt nur die halbe Realität. Die lebendige und vom Stolz auf das Erreichte geprägte Führung von Aleksandr Rošëupkin, dem Produktionsleiter bei Zieglera Mađînbûve machte die betriebliche Praxis mit all ihren Vorzügen, aber auch den Problemen erst richtig greifbar.

Das Unternehmensgelände wird von der Hauptproduktionshalle mit 10.000 m<sup>2</sup> Fläche dominiert, in der auch das Gros der technologischen Abläufe stattfindet. Die „Exkursion“ durch die Produktionsanlagen, vorbei an den verschiedenen Anlagen sowjetischer Bauart, ehemaliger DDR-Produktion und westdeutscher Fabrikation geriet zu einer Lehrstunde in Sachen Metallbearbeitung. Die komplizierten technischen Begriffe in den Bereichen Materialprüfung, Fräserei, Waschanlage, Qualitätskontrolle und Schweißerei stellten selbst die versiertesten Dolmetscher vor ungeahnte Herausforderungen. Besonders interessant war dabei, den aus vielen hundert kleinen und größeren Bearbeitungsvorgängen bestehenden Fertigungs-

---

<sup>65</sup> CAD (Computer Aided Design) ist ein Teilprozeß der Fertigung und bezeichnet rechnergestütztes Konstruieren und die Planung der Arbeit.

prozeß nachzuvollziehen. Aufgrund einer wunderbaren Metamorphose entstanden dabei auf lettischem Territorium und in den Händen lettischer und russischer Arbeiter leuchtendrot lackierte Mähwerke „Made in Germany“. Den krönenden Abschluß bildete die Besichtigung der Laserschweißerei, welche aus einem riesigen, beeindruckend tiefblauen, neuen, rechnergestützten Alleskönner im Bereich Laserschweißen und –schneiden bestand. Aufgrund ihrer hohen Präzision werden solche Anlagen auch im Flugzeugbau verwendet. Pikanterweise wird die Qualitätskontrolle – übrigens zur Zufriedenheit aller - noch mit Hilfe eines über 30 Jahre alten Rechners sowjetischer Bauart durchgeführt.

Deutlich wurde auch, daß sich die technische Infrastruktur bei Ziegler Maschinenbau in einem stetigen Wandel befindet, der durch die Verlagerung der Fertigung nach Lettland beschleunigt wurde. Nach der Privatisierung wurden zunächst gebrauchte Anlagen aus den Betrieben der Umgebung zusammengekauft, welche seit Anfang 1999 durch die Maschinen aus Gmünden ergänzt bzw. ersetzt wurden. Die Arbeitsvorbereitung in der technologischen Abteilung erfolgt erst seit 1999 vollständig über das neue Rechnerprogramm „AvtoCAD“. Dieses enthält alle Maße und die Charakteristika aller Techniken und Materialien der etwa 1700 im Unternehmen verwendeten Komponenten, aus denen durch Kombination etwa 10.000 verschiedene Teile gefertigt werden können. Bis dahin (also auch im deutschen Werk) wurden viele Unterlagen in Papierform verwaltet! Die PC-Programme wurden aus dem ehemaligen Werk in Gmünden nach Lettland gebracht und werden, v.a. in Verwaltungsbereich (Buchhaltung, Lagerhaltung, Auftragsverwaltung) durch eine lettische Firma den rechtlichen Bedingungen im Land angepaßt.

Ein weiterer Aspekt betrieblicher Transformation wurde während des Rundgangs deutlich: Von den heute ca. 270 Beschäftigten haben nur etwa 20 Prozent bereits vor der Privatisierung hier gearbeitet. Der Anteil „Übernommener“ ist in den einzelnen Abteilungen unterschiedlich hoch. In diesem Zusammenhang wurde auch der Aspekt der fachlichen Qualifikation angesprochen. Besonders im technischen Bereich sei der Ausbildungsstand durchaus „erweiterungsfähig“. Für moderne CNC-Fertigungsanlagen besteht ein hoher Weiterbildungsbedarf, da die Grundausbildung der Fachkräfte meist an veralteten Maschinen erfolgte und entsprechend das technische Niveau der späten sechziger Jahre widerspiegelt. Allerdings wurde auch das „unschlagbare Improvisationstalent“ der Beschäftigten und die Fähigkeit und Bereitschaft hervorgehoben schnell hinzuzulernen.

Einige der Besonderheiten der immer noch russisch dominierten Region Latgale wurden auch beim Gespräch deutlich. Obwohl Lettisch offizielle Staatssprache ist, wird als Umgangssprache im Unternehmen ausschließlich das Russische verwendet. Lediglich die im Büro und in den Außenbeziehungen des Unternehmens Beschäftigten sprechen Lettisch. Durch Aleksandr Rošëupkin bot sich die Gelegenheit, einen Vertreter von Lettlands „Nicht-Staatsbürgern“ kennenzulernen. Als ehemaliger Angehöriger der Roten Armee besitzt er kein Recht auf Einbürgerung. Für Russischsprachige, die grundsätzlich die Staatsbürgerschaft erwerben könnten, stellen die Anforderungen der Sprachtests eine Barriere dar, zumal das mühsam erworbene Lettisch im Alltag der Fabrik oder in Daugavpils kaum von Nutzen ist.<sup>66</sup>

Trotz aller operationalen und regional strukturbedingten Schwierigkeiten sieht Zieglera Mađinbûve SIA die Zukunft der Fertigung im baltischen Raum und möchte seine Kapazitäten hier erweitern. Als Beweggründe wurden das im Vergleich niedrige Lohnniveau (ca. zehn Prozent der deutschen Kosten) und die günstige geographische Lage zwischen den Absatzmärkten der EU, der Anbindung an den baltischen Wirtschaftsraum und den sich (hoffentlich) entwickelnden GUS-Märkten genannt.

---

<sup>66</sup> Siehe dazu die Beiträge von Katrin Hofmann und Holger Greif im vorliegenden Heft.

Die Schwerpunkte der kurz- und mittelfristigen Entwicklung werden in den Bereichen Sicherung des Standorts durch die Anschaffung neuer Maschinen und Ausbau der betrieblichen Infrastruktur (inklusive verbesserter Arbeitsbedingungen in der Lackiererei und Schweißerei) sowie der Erschließung neuer Absatzmärkte liegen. Obwohl viele Anlagen „state of the art“ sind, soll in den nächsten Jahren systematisch in den Ausbau CNC-gesteuerter Fertigungszentren investiert werden. Die Hauptbeschaffungsmärkte werden dabei bis auf weiteres im Westen liegen müssen. Eine Umorientierung auf den Osten ist noch zum Scheitern verurteilt. Auch hier stellt die sowjetische Vergangenheit ein Entwicklungshemmnis dar. Der Maschinenbau zählte in der Sowjetunion zum Militärisch-Industriellen-Komplex und war entsprechend abgeschirmt. Dadurch existieren bis heute keinerlei Verbindungen zwischen den Betrieben, und die Kontaktaufnahme zu anderen Maschinenbauunternehmen gestaltet sich extrem schwierig. Da praktisch keinerlei Transparenz existiert, bricht dieser Markt trotz vorhandenen Angebots und Nachfrage zusammen, er funktioniert nicht. Die zukünftigen, modernen Anlagen sollen gemeinsam mit den vorhandenen Schmiedekapazitäten die Basis bilden, um durch die Abwicklung von Lohnfertigungsaufträgen die Produktion um ca. 200 Prozent zu steigern. Die großen Herausforderungen werden dabei auch in der Entwicklung der regionalen Zulieferinfrastruktur und der Suche nach optimalen Logistikkonzepten liegen. Da die Firma auf dem traditionellen Landweg über Polen schlechte Erfahrungen mit Korruption, mangelhaften Verkehrswegen und sogar Überfällen gemacht hat, experimentiert sie zur Zeit damit, ihre Produkte über die Ostsee zu verschiffen.

Ungeachtet aller Schwierigkeiten, die bei Zieglera Mađinbûve immer stärker als Herausforderung verstanden werden, ist es damit nur eine Frage der Zeit, bis lettische Mähwerke „Made in Germany“ immer häufiger anzutreffen sein werden.

**Jens Wagner**

**Interessenvertretung in einer unbeschränkt freien Marktwirtschaft  
Die Arbeit der Lettischen Industrie- und Handelskammer**

Ein günstiges Umfeld für das Unternehmertum in Lettland zu schaffen, dessen Entwicklung und Entfaltung voranzutreiben und die ökonomischen Interessen lettischer Unternehmen zu vertreten. Das sind die selbstgesteckten Hauptaufgaben der Lettischen Industrie- und Handelskammer(LTRK)<sup>67</sup>, ihre „Mission“, wie es ihr Geschäftsführender Direktor Voldemars Gavars ausdrückt.

Die Grundvoraussetzungen für die Arbeit der LTRK sind dabei von denen der vergleichbaren Kammern in Deutschland verschieden. Die Industrie- und Handelskammern in Deutschland sind per Gesetz öffentlich-rechtliche Institutionen mit einer Mitgliedspflicht für die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Unternehmen. Die Kammer bietet diesen Unternehmen Dienstleistungen wie z.B. berufliche Weiterbildung, Hilfe bei Firmengründungen und allgemeine Interessenvertretung an. Die Lettische Industrie- und Handelskammer ist eine nicht-staatliche, politisch neutrale, privat-rechtliche Institution mit freier Mitgliedschaft. Als Konsequenz daraus ergibt sich, daß ihr Dienstleistungsangebot für die Mitgliedsfirmen attraktiv sein und bleiben muß und daß bei denjenigen Unternehmen, die noch als Mitglieder geworben werden sollen, die Einsicht in Attraktivität und Profitabilität ihres Angebots gefördert werden muß.

Zur Zeit sind 780 lettische Firmen Mitglieder der Kammer.<sup>68</sup> Nach Meinung von Voldemars Gavars handelt es sich dabei um die besten und aktivsten Unternehmen in Lettland, die sich zudem am internationalen Markt orientieren. Die Mitglieder decken das ganze Spektrum von Industrie und Handel ab und stammen aus allen Regionen des Landes, wobei sich Rigas Status als Metropole des Landes auch in der Tatsache widerspiegelt, daß hier alleine 300 Mitgliedsbetriebe ihren Sitz haben. In der Hauptsache handelt es sich um mittelständische Firmen (siehe Tabelle). Auch einige wenige große Unternehmen wie das lettische Telekommunikationsunternehmen „Lattelekom“ tragen zu den etwa 150.000 bei den Mitgliedsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmern bei.

**Tabelle 3**

**Mitgliedsbetriebe der lettischen IHK  
(Angaben in Prozent (100% = 780 Firmen) nach Anzahl der Beschäftigten)**

Beschäftigte	1-20	21-100	101-300	über 300
Mitgliedsbetriebe	36%	30%	19%	15%

Die Zahl von 780 Mitgliedsbetrieben erscheint angesichts der Gesamtzahl von 70.000-80.000 in das lettische Unternehmensregister eingetragener Firmen gering. Relativiert wird diese Zahl durch Gavars Einschätzung, wonach es sich nur bei 20.000-30.000 dieser Firmen um aktive Unternehmen handelt, unter denen man aber auf Dauer nur mit 2000-3000 Firmen mit Erfolgsaussichten „rechnen“ könne. So ist es auch die längerfristige Zielvorgabe der Kammer, in 15 Jahren mit 3000 Mitgliedsfirmen die Hauptakteure der lettischen Wirtschaft unter einem Dach zu versammeln.

<sup>67</sup> Latvijas Tirdzniecības un Rūpniecības Kamera (LTRK), im Internet mit ihrer Homepage unter <http://sun.lcc.org.lv> vertreten.

<sup>68</sup> Eine komplette, leider alphabetisch und nicht nach Branchen geordnete Liste der Mitgliedsfirmen in englischer Sprache findet sich unter <http://sun.lcc.org.lv/engl/latvian.companies/lc-a.html>.

Um einschätzen zu können, wie realistisch solche Zielvorgaben sind, sollte der vorhandene personelle und finanzielle Rahmen der Kammer nicht außer acht gelassen werden. 1998 erwirtschafteten 35 Mitarbeiter einen Umsatz von rund zwei Millionen DM.<sup>69</sup> Die Mitgliedsbeiträge<sup>70</sup> hatten daran einen Anteil von 18 Prozent, weitere zehn Prozent waren Zuschüsse aus dem Ausland, der Rest wurde durch eigene Dienstleistungen eingenommen. Dies macht erneut deutlich, welchen großen Stellenwert ein für die Mitglieder attraktives Dienstleistungsangebot für die LTRK besitzt. Zu ihrem Angebotskatalog gehört unter anderem, Messen im Inland sowie Teilnahme lettischer Firmen an ausländischen Messen zu organisieren. Damit verbunden sind entsprechende Firmenpräsentationen im In- und Ausland und die Anbahnung von Geschäftskontakten sowie Rechtsberatung für lettische Firmen und für potentielle ausländische Investoren. Hinzu kommen auf Anfrage Marktforschung in verschiedenen Bereichen, Weiterbildung und außergerichtliche Schlichtungsverhandlungen.

Ein besonderes Augenmerk richtet die Lettische Industrie- und Handelskammer auf Kooperations- und Partnerschaftsprojekte mit vergleichbaren Institutionen in Westeuropa. So bestehen Kontakte zu Kammern in Deutschland und Italien, die neben dem Knüpfen von Geschäftsbeziehungen vor allem dem Wissenstransfer dienen sollen. So sollen unter anderem die Beratung und Dienstleistungen der lettischen Kammer bedarfsgerechter und qualitativ besser gestaltet werden.

Mit der Einrichtung eines lettisch-russischen Geschäftskooperationsrates richtet die LTRK aber zumindest auch ein Auge auf den östlichen Nachbarn. Zwar beträgt der russische Anteil am lettischen Außenhandel - nachdem in den letzten Jahren eine gravierende Außenhandelsverlagerung von Ost nach West stattgefunden hat - zur Zeit nur noch zehn Prozent.<sup>71</sup> Dennoch sieht Gavars in Rußland auch in Zukunft ein großes Absatzpotential für lettische Waren, wie er überhaupt die Zukunftsaussichten für die wirtschaftliche Entwicklung in Rußland als positiv bewertet. Mit Blick auf die große russischsprachige Minderheit im Lande spricht er in diesem Zusammenhang als besondere Stärke Lettlands an, daß es nur hier westlich gesinnte Firmen mit persönlichen Kontakten in den Osten gebe. Die persönlichen Kontakte seien wiederum günstig für zukünftige Geschäftsbeziehungen. Das ist allerdings eine fragwürdige Prognose angesichts der Politik der lettischen Regierung gegenüber der russischsprachigen Minderheit, von der bisher nur ein geringer Anteil die lettische Staatsbürgerschaft erhalten hat<sup>72</sup>. Der große Rest - immerhin rund 30 Prozent der Gesamtbevölkerung - bleibt nicht nur von den Staatsbürgerrechten ausgeschlossen.

Neben den Vorteilen, die sich für Lettland aus dem Vorhandensein der russischsprachigen Minderheit ergeben könnten, führe die daraus resultierende Heterogenität des Landes aber auch zu Nachteilen. Estland besäße aufgrund seiner geographischen Lage und der Verwandtschaft des Estnischen mit der finnischen Sprache günstige Voraussetzungen für ein positives Geschäftsklima, wobei Gavars hier übersieht, daß Estland in ethnischer Hinsicht noch heterogener als Lettland ist. In Litauen herrsche allgemein schon eher eine „westeuropäische Mentalität“ vor, aber in Lettland gebe es große Unterschiede zwischen dem westlichen und dem östlichen Landesteil, was die Mentalität und zum Teil auch die Religion der Bevölkerung betrifft. So sei der westliche Teil – zu dem außer Riga als Zentrum des Landes noch die eisfreien Häfen Ventspils und Liepāja mit günstigen Verkehrsverhältnissen gehören - nach Gavars Meinung mehr nach Westeuropa orientiert und wesentlich besser entwickelt

---

<sup>69</sup> Zum Vergleich: 1995 waren es 1,2 Millionen DM

<sup>70</sup> Die Mitgliedsbeiträge sind nach der Größe der Firmen gestaffelt, bei 21-100 Beschäftigten 150 Lats pro Jahr (1 Lats entsprach im Oktober 1999 ca. 3,40 DM), bei 101-300 Beschäftigten 200 Lats, bei 301-1000 Beschäftigten 300 Lats, über 1000 Beschäftigte 400 Lats.

<sup>71</sup> 1991 wurden 95 Prozent des lettischen Außenhandels mit der Sowjetunion abgewickelt.

<sup>72</sup> Siehe dazu die Beiträge von Katrin Hofmann und Holger Greif in diesem Heft.

als der östliche Landesteil.<sup>73</sup> Da die Mitgliedsfirmen der LTRK über das gesamte Territorium Lettlands verteilt sind, unterhält sie auch in den größeren Städten des östlichen Teiles wie Daugavpils und Rēzekne Zweigniederlassungen, die versuchen, sich um regionale Belange zu kümmern. Doch alle offensichtlichen Schwierigkeiten vermögen nicht die optimistische Grundeinstellung von Voldemars Gavars hinsichtlich der Zukunftsaussichten der Kammer und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in Lettland zu trüben. So erscheint neben dem längerfristigen Ziel, die Hauptakteure der lettischen Wirtschaft zu vereinen, das mittelfristige Ziel für die nächsten drei bis fünf Jahre nicht weniger hochgesteckt. Die Kammer will zur einflußreichsten Organisation für Wirtschaftsfragen in Lettland und somit zum bevorzugten Ansprechpartner für Regierung und Kommunen werden. Als beratende Körperschaft will die LTRK an der Entwicklung der Wirtschaftspolitik teilhaben und durch entsprechende Gesetzgebung in den Bereichen Steuern sowie Im- und Export günstige Wirtschaftsbedingungen für die Betriebe schaffen. Als Pluspunkt kann die Kammer dabei verbuchen, daß eine offensive Interessenvertretung nach amerikanischem Vorbild in Lettland bisher so gut wie unbekannt ist. Ob eine solche Strategie in einem Umfeld fruchtet, in dem die Wirtschaftsunternehmen bisher auf Hilfe und Unterstützung von staatlicher Seite weitgehend verzichten müssen - was Gavars zum Schlagwort der „unbeschränkt freien Marktwirtschaft“ verleitet - oder ob sie, wie im Falle der Baltischen Freihandelszone, bei der nach einem raschen Aufbau das reibungslose Funktionieren durch bürokratische Hindernisse erschwert wird, ebenfalls an einer mit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt halten könnenden Bürokratie scheitern wird, werden erst die kommenden Jahre zeigen.

---

<sup>73</sup> Zu den Strukturproblemen des östlichen Landesteiles siehe auch den Beiträge über Daugavpils von Christina Gehrlein/Manuel Sichling, Alfred Garloff und Kathrin Kehrer in diesem Heft.

## Jens Hildebrandt

### Quo vadis, Lettland?

#### Juris Dreimanis über Gefahren und Chancen des lettischen Außenhandels

„Um den Strukturwandel des Außenhandels zu beschleunigen, sind ausländische Direktinvestitionen in die lettische Volkswirtschaft ein wesentlicher Faktor“, so Juris Dreimanis, Direktor für Außenwirtschaft der Lettischen Entwicklungsagentur in Riga. Aufgrund des kleinen Binnenmarktes mit seinen 2,5 Millionen Einwohnern komme dem Außenhandel eine besondere Relevanz zu. Der durch Direktinvestitionen ausgelöste Kapital- und Technologietransfer könne eine Exportdiversifikation unterstützen, um die einseitige Ausrichtung des Handels auf Holz- und Textilprodukte zu durchbrechen. Wie sehen die Rahmendaten für die lettische Volkswirtschaft aus? Gibt es Anreize zum Investieren in Lettland, und wo steht das Land im ostmitteleuropäischen Vergleich?

Die makroökonomischen Daten sprechen, so Dreimanis, für eine positive Entwicklung der lettischen Volkswirtschaft. Gerade im Vergleich mit anderen mittel- und osteuropäischen Staaten zeigen die wichtigsten Indikatoren die herausragende Entwicklung des Landes. Lettland hatte 1997 ein hohes Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) zu verzeichnen. Mit 8,6 Prozent lag das Wachstum über dem von Litauen (7,3 Prozent) und knapp hinter Estland mit 10,6 Prozent. 1998 ging das Wachstum auf 3,6 Prozent zurück. Für das Jahr 1999 ist ein Wachstum von vier Prozent zu erwarten. Auch Litauen und Estland hatten Rückgänge zu verzeichnen. Die Inflationsrate liegt bei stabilen 2,8 Prozent. Damit steht Lettland im internationalen Vergleich günstig da.

**Tabelle 4: Wachstum und Inflation in den baltischen Staaten<sup>74</sup>**

	Wachstum des BIP		Inflation	
	1997	1998	1997	1998
Lettland	8,6	3,6	7,0	2,8
Litauen	7,3	5,1	8,4	2,4
Estland	10,6	4,0	12,5	6,5

Lettland ist Vollmitglied der Welthandelsorganisation (WTO) und hat Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union (EU), der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) sowie einigen mitteleuropäischen und den baltischen Staaten unterzeichnet. Die Regierung und die Zentralbank haben sich dafür entschieden, eine rigide Anti-Inflationspolitik zu betreiben, um die von der EU und dem Internationaler Währungsfonds (IWF) vorgegebenen makroökonomischen Stabilitätskriterien zu erfüllen.<sup>75</sup> Somit scheint Lettland bereits einen gewaltigen Schritt von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft vollbracht zu haben. Bevor wir uns den Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen zuwenden, sollten wir uns die grundsätzlichen Daten über den Außenhandel vergegenwärtigen. Sind derartige Investitionen von besonderer Relevanz für die lettische Volkswirtschaft und den Außenhandel?

Die Außenhandelsstruktur ist nicht ausgeglichen. Unter der Annahme, daß die Richtung und das Tempo des einzuschlagenden Strukturwandels stark von außen vorgegeben werden, ist nicht nur entscheidend, wer mit wem handelt, sondern auch welche Güter gehandelt werden. Eine genaue Betrachtung der Handelsströme zeigt, daß sich Lettland im Außenhandel nach

<sup>74</sup> Ministry of Economy. Republic of Latvia, Economic Development of Latvia, Riga 1998, 13

<sup>75</sup> Latvian Development Agency, Why Invest in Latvia? Riga 1999, 3

Westen orientiert. Mehr als die Hälfte des Außenhandels wird mit der EU abgewickelt. Die Länder der EU sind somit strukturbestimmend für den Export und Import. Die Außenhandelsbilanz Lettlands wies 1998 ein Defizit von 812,4 Millionen Lats auf. Lettland importierte Waren im Wert von 1881,3 Mio. Lats und exportierte nur im Wert von 1068,9 Mio. Lats. Dieser Trend auf ähnlich hohem Niveau war bereits in den vorigen Jahren zu beobachten. Von den EU-Staaten ist Deutschland der wichtigste Handelspartner Lettlands. Die Bundesrepublik dominiert mit einem Exportanteil von 15,4 Prozent, Großbritannien rangiert mit 13,0 Prozent an zweiter Stelle. Rußland ist hingegen der wichtigste osteuropäische Handelspartner mit einem Anteil von 14,0 Prozent. Die Importstruktur ist ähnlich. Auch hier ist Deutschland der wichtigste Handelspartner mit einem Anteil von 16,9 Prozent. Rußland folgt mit 11,3 Prozent. Deutschland exportiert Maschinen, Geräte und Transportfahrzeuge, Rußland dagegen Rohstoffe wie Öl, Ölprodukte und Erdgas. Lettland kann beim Handel mit den EU-Staaten kaum Exporterlöse erzielen. Somit können keine Ausrüstungsimporte durchgeführt werden, die es ermöglichen würden, dieser problematischen Entwicklung entgegenzuwirken.<sup>76</sup> Dieses Phänomen teilt Lettland mit den Visegrád-Staaten.<sup>77</sup> Dies fördert einerseits die Relevanz von ausländischen Direktinvestitionen, andererseits muß Lettland mit den anderen mitteleuropäischen Staaten um diese Mittel konkurrieren.<sup>78</sup> Wie sieht Lettlands Exportstruktur nun im Detail aus?

**Tabelle 5:** Lettlands wichtigste Ausfuhr- und Einfuhrgüter<sup>79</sup>

Alle Angaben in Mio. Lats	1996	1997	1998
<b>Ausfuhr insgesamt</b>	<b>795,2</b>	<b>971,7</b>	<b>1068,9</b>
Darunter: Holz- und Holzzeugnisse	194,1	288,5	358,4
Trikotage und Bekleidung	69,4	88,4	100,7
Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren	47,0	66,5	79,2
Nahrungsmittel (inklusive Getränke und Tabakwaren)	93,7	98,4	71,5
Elektrogeräte und -einrichtungen	54,8	63,4	45,0
Möbel und Bettwaren	24,6	33,4	42,2
Papiergrundstoffe, Papier und Karton	17,1	25,0	31,3
Pharmazeutische Erzeugnisse	22,3	27,3	27,9
Maschinen und mechanische Erzeugnisse	21,9	24,4	27,7
<b>Einfuhr insgesamt</b> darunter:	<b>1278,2</b>	<b>1582,4</b>	<b>1881,3</b>
Maschinen und mechanische Erzeugnisse	128,4	184,3	223,6
Elektrogeräte und -einrichtungen	85,7	121,7	162,1
Nahrungsmittel (inklusive Getränke und Tabakwaren)	77,6	109,6	133,1
Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren	61,1	96,5	120,5
Pharmazeutische Erzeugnisse	42,7	55,2	73,8
Fahrzeuge	21,5	40,2	64,9
Naturgas	45,2	60,0	59,6
Trikotage und Bekleidung	38,4	45,4	52,3
Benzin	47,5	44,0	39,5
Dieselmotoren	65,8	14,8	27,7
Heizöl	49,6	37,8	25,2

<sup>76</sup> Unter Ausrüstungsimporten wird der Import von Anlagen verstanden, die dauerhafte, reproduzierbare sachliche Produktionsmittel für die eigene Volkswirtschaft zur Verfügung stellen. Vgl. Gabler Wirtschaftswörterbuch, Wiesbaden 1990, 65-66

<sup>77</sup> Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei; benannt nach einem Treffen auf Schloß Visegrád bei Budapest im Februar 1991.

<sup>78</sup> Vgl. Meier, Christian, Transformation der Außenwirtschaftspolitik: Zur Wechselbeziehung von EU-Integration und regionaler Kooperation der Staaten Ostmitteleuropas, in: APuZ, 1997, 30/31, 24

<sup>79</sup> Statistisches Zentralamt der Republik Lettland (Hg.), Lettland. Statistische Kennzahlen 1999, Riga 1999, 26



Die Verzerrung des Außenhandels ist offensichtlich. Beim Export in die EU haben die monokulturellen Güter ein klares Übergewicht.<sup>80</sup> Die wichtigsten Exportgüter sind Holz, Holzprodukte (35 Prozent) und Textilien (10 Prozent). Fertigprodukte wie Maschinen und elektronisches Equipment werden überwiegend an östliche Nachbarn geliefert. Doch diese machen nur acht Prozent des Exportes aus. Das weist darauf hin, daß ausländische Investitionen einen entscheidenden Impuls für eine Exportdiversifikation bieten könnten, um im Bereich des produzierenden Gewerbes mit der EU konkurrenzfähig zu werden.

Eine besondere Störung des Außenhandels erlebte Lettland im Sommer 1998. Durch die Finanzkrise in Rußland brach über ein Drittel des Außenhandels mit dem Nachbarn im Osten weg. Dennoch sind die Probleme im lettisch-rußländischen Handel nicht allein auf die wirtschafts- und finanzpolitischen Schwierigkeiten in Rußland zurückzuführen. Für Juris Dreimanis trägt auch die lettische Außenpolitik einen Teil der Verantwortung. Sie habe nicht genügend getan, um die guten Beziehungen zu Rußland aufrechtzuerhalten. Trotzdem bleibe Rußland als Lieferant von Transitgütern und als Absatzmarkt ein wichtiger Handelspartner.

Allerdings müßten, so Dreimanis, für einen weiteren Aufschwung des Handels die legislativen Grundlagen der Export-Import-Geschäfte gestärkt werden. Dazu gehören die Garantie von Kapitalinvestitionen, die Aufhebung von Doppelbesteuerungen, die Angleichung von Qualitätssystemen und -standards sowie die Kooperation bei der Exportkontrolle.<sup>81</sup> Die negative Handelsentwicklung mit Rußland muß durch einen Ausbau der Handelsbeziehungen mit neuen Partnern kompensiert werden. Ein erhöhter Zufluß von ausländischen Direktinvestitionen könnte entscheidend zur Stärkung des Außenhandels beitragen. Doch kann Lettland überhaupt derartige Direktinvestitionen in relevanter Größenordnung anziehen? Tatsächlich sind die ausländischen Direktinvestitionen in den letzten Jahren angestiegen. Der Zufluß ist mit dem in die Visegrád-Staaten vergleichbar. So stiegen im Zuge der Privatisierung die Direktinvestitionen aus dem Ausland von 330 Mio. Lats im Jahr 1995 auf 846,4 Mio. Lats im Jahr 1998 an.<sup>82</sup>

1998 flossen die Investitionen vor allem in den Transport- und Telekommunikationsbereich (31 Prozent). Das weist auf Lettlands exponierte Stellung als Transitland hin. Die großen Ölkonzerne wie Gazprom, Ruhrgas, Preußen-Elektra, Statoil und Shell sind die wichtigsten ausländischen Geldgeber, die in Lettland die Weiterentwicklung ihres europäischen Netzwerkes von Gasstationen vorantreiben. An zweiter Stelle rangiert der Gewerbesektor (25 Prozent). Hier dominieren die im Außenhandel wichtigen Exportsektoren wie Holz, Textilien, Nahrungsmittel und Chemie. Aus dem Datenmaterial ist nicht abzulesen, ob ausländisches Kapital in andere Bereiche des produzierenden Gewerbes fließt. Die bisherige Außenhandelsstruktur wird somit kaum verändert.<sup>83</sup>

Um zukunftssträchtige Gewerbebereiche zu stützen, bedarf es einer staatlichen Wirtschaftspolitik. Hier sieht Dreimanis Handlungsbedarf. Wachstumspotentiale sieht er in der Textilindustrie. Der Maschinenbau büße seine dominierende Stellung im Export zunehmend ein. Die Chemische Industrie könne wegen der Handelsrestriktionen der EU keine weiteren Zuwächse erzielen. Eine Chance bestehe in der Stärkung hochtechnologischer Sektoren. So

---

<sup>80</sup> Monokultur bezeichnet in der Volkswirtschaftslehre im übertragenen Sinn die einseitige Entwicklung von Teilgebieten der Wirtschaft, von Städten oder besonders krisenanfälliger Industrie. Vgl. Molitor, Bruno, *Wirtschaftspolitik*, München/Wien 1990, 185-188. Dichtel, Erwin/ Issing, Ottmar (Hg.), *Vah-lens Großes Wirtschaftslexikon*, München 1987, S.556

<sup>81</sup> So lauten die Empfehlungen des Wirtschaftsministeriums. Vgl. Ministry of Economy. Republic of Latvia, *Economic Development of Latvia*, Riga 1998, 33

<sup>82</sup> Statistisches Zentralamt der Republik Lettland (Hg.), *Lettland. Statistische Kennzahlen 1999*, Riga 1999, 19

<sup>83</sup> Latvian Development Agency, *Why Invest in Latvia?* Riga 1999, 6; Ministry of Economy. Republic of Latvia, *Economic Development of Latvia*, Riga 1998, 41

lasse sich auch das hohe Bildungsniveau der Bevölkerung Lettlands nutzen. Erste Erfolge gebe es bereits zu verzeichnen. Das Lettische Technologiezentrum (LTC) und das Lettische Innovationszentrum für die Elektroindustrie (LEBIC) arbeiteten erfolgreich im Bereich der Förderung und Herstellung von Fein- und Mikroelektronik.

Ungeachtet aller Disproportionalitäten hat Lettland nicht die Handelsstruktur eines Entwicklungslands. Lettland schneidet bei den Direktinvestitionen aus dem Ausland im Vergleich mit anderen ostmitteleuropäischen Staaten gut ab. Es muß daher attraktive Rahmenbedingungen für die Investoren geben. Alleine die Lage des Landes an der Ostsee und zwischen Estland und Litauen bietet infrastrukturelle Vorteile für Transit und Export. Die Märkte in West und Ost sind leicht erreichbar. Die naturräumlichen Voraussetzungen sind optimal. Unter den Transitländern besitzt Lettland die nördlichstgelegenen eisfreien Häfen an der Ostsee. Freihandelszonen mit ihren Steuervorteilen bieten ausländischen Investoren Anreize. Riga als Zentrum von Politik, Wirtschaft und Handel übernimmt eine „Lokomotivfunktion“ beim wirtschaftlichen Aufschwung des Landes. Die gut ausgebaute Infrastruktur und die stabile und konvertible Währung haben dazu beigetragen, ein gutes Klima für den Investor zu schaffen. Der Staat versucht die rechtlichen und institutionellen Grundlagen bereitzustellen, um ausländischen Unternehmern Anreize zu geben, damit diese investieren und so zum Know-how-Transfer beitragen.

Durch das übergeordnete außenpolitische Ziel, Mitglied der EU zu werden, legt die Regierung besonderes Gewicht auf die Harmonisierung der Gesetze, den Abbau bürokratischer Hürden und auf die Einführung eines Qualitätssicherungssystems. Der Staat initiiert Programme, um die Attraktivität des Standortes Lettland zu erhöhen. Insbesondere gehört hierzu das „Nationale Qualitätssicherungsprogramm“, das durch eine Harmonisierung der Qualitätsstandards die Wettbewerbsfähigkeit lettischer Produkte stärken soll. Das Programm „Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von besonders unterstützenswerten Regionen“ soll in den Freihandelszonen durch Kreditvergünstigungen und bessere Infrastruktur mehr Kapitalzufluß auslösen. Schließlich zielt das „Konzept zur staatlichen Unterstützung von Unternehmeraktivitäten“ darauf, die Strukturen des Zuliefersystems zu stärken, das Steuersystem zu vereinfachen und mehr staatliche Mittel zur Unterstützung von Unternehmen bereitzustellen.<sup>84</sup>

Für Juris Dreimanis ergibt sich daraus eine Konsequenz: Die Politik sei weiter gefordert. Sie müsse durch neue Investitionsgesetze den Anreiz für ausländische Kapitalanleger steigern, damit diese in Lettland und nicht in den anderen Staaten Ostmitteleuropas investieren. Der Strukturwandel müsse von Riga aus bewältigt werden, um die ökonomisch unterentwickelten Provinzen in den Transformationsprozeß einzubeziehen. Festzuhalten bleibt, daß es für ein kleines Land wie Lettland schwierig ist, im Außenhandel neue Partner zu finden. Der Handel zwischen den baltischen Staaten beruht auf dem Austausch von Nahrungsmitteln, und es ist nicht abzusehen, daß sich dies kurz- bis mittelfristig ändern wird. Durch die Finanzkrise ist auch Rußland als potentieller Wachstumsmarkt ausgefallen. Damit ist Lettland noch stärker auf Westeuropa ausgerichtet. Bereits heute werden über 50 Prozent des Außenhandels mit der EU abgewickelt. Ohne Mitglied der EU zu sein, unterliegt es bereits den Spielregeln und Konkurrenzbedingungen des europäischen Marktes. Sich in ihm zu profilieren, ist eine der Hauptaufgaben des Landes im neuen Jahrzehnt.

---

<sup>84</sup> Ministry of Economy. Republic of Latvia, Economic Development of Latvia, Riga 1998, 43ff.

**Volker Weichsel**  
**Aporien der Wirtschaftshilfe**  
**Das Wirtschaftsförderungsprojekt der GTZ in Lettland**

Die Zukunft Lettlands liegt bei den mittelständischen Betrieben. Diese stellen jedoch bisher das schwächste Glied der Volkswirtschaft Lettlands dar. So lautet die Arbeitshypothese eines von der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) finanzierten Projekts, das 1994 zur Unterstützung der Exporttätigkeit kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU) in Lettland eingerichtet wurde. Das Projekt wird aus Riga durch den Integrierten Beratungsdienst (IBD) geleitet.

Die wichtigste Aufgabe, die sich dem IBD stellt, ist, die Präsenz lettischer KMU zunächst auf internationalen Messen und schließlich auf internationalen Märkten zu verstärken. Unter den Vertretern der KMU herrscht Konsens, daß mittelfristig nur der Export nach Westeuropa und Nordamerika Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg hat. Diese Einschätzung beruht nicht zuletzt auf den Veränderungen der Struktur des lettischen Außenhandels in den vergangenen Jahren, vor allem nach dem desaströsen Zusammenbruch des rußländischen Finanzmarktes im August 1998. Betrug der Anteil des Exports in Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) am Gesamtexport im Jahr 1996 35 Prozent und sank 1997 bei gleichbleibendem absolutem Warenwert aufgrund des Zuwachses der Exporte in die EU auf 30 Prozent, so ist er im Jahr 1998 auf 19 Prozent (202,6 Mio. Lats = ca. 300 Mio. Euro) gefallen. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Europäischen Union von 45 Prozent auf 56 Prozent (604,5 Mio Lats = ca. 900 Mio. Euro). Für den Import aus den jeweiligen Regionen gilt ähnliches.<sup>85</sup>

Trotz dieser Neuausrichtung des Außenhandels stößt der Aufbau wirtschaftlicher Kontakte allerdings auf eine Reihe von Schwierigkeiten. Zunächst ist schon im Marketingbereich die geringe finanzielle Ausstattung der lettischen KMU zu erkennen, was die Ausarbeitung und Umsetzung von Marketingstrategien erschwert. Hinzu kommt, daß die Unternehmen nur wenig Erfahrung mit Funktionsprinzipien der Marktwirtschaft wie Konkurrenz, Preis- und Qualitätsselektion haben. Daraus resultiert schon im Marketingbereich eine strukturelle Unterlegenheit gegenüber westlichen Unternehmen.

Der IBD hatte sich ursprünglich zum Ziel gesetzt, die Repräsentation der kleinen und mittleren Unternehmen Lettlands auf internationalen Messen zu verbessern. Schnell aber stellte sich heraus, daß die Probleme viel weitreichender sind und mit bloßer Vermittlung von Kooperationspartnern nicht bewältigt werden können. Zunächst setzt sich die divergierende Erfahrung westlicher und osteuropäischer Unternehmen auf den Messen selbst fort: Die lettischen Unternehmen treten nach Erfahrung von Elke Siehl, seit Anfang 1999 Direktorin des deutsch-lettischen Wirtschaftsförderungsprojektes in Riga, mit wesentlich weniger Aggressivität auf und sind unabhängig von Preis und Qualität ihrer Produkte bei vergleichbarer Repräsentation in der Knüpfung und Festigung von Kontakten unterlegen. Auch stellt sich oft schon bei ersten Sondierungsgesprächen heraus, daß viele lettische mittelständische Unternehmer keinen Begriff von Zweck und Funktion grundlegender betriebswirtschaftlicher Techniken wie beispielsweise einer Kostenkalkulation haben, was potentielle ausländische Investoren recht schnell abschreckt. Das gleiche Muster wiederholt sich bei der Nachbereitung der Messen. Viele lettische Unternehmen müssen lernen, daß sie in einen Markt ein-

---

<sup>85</sup> Berechnet nach: Statistisches Zentralamt der Republik Lettland, Lettland. Statistische Kennzahlen 1999; Wirtschaftsministerium der Republik Lettland, Economic Development of Latvia. Report, Riga 1998; Elke Siehl, Investitionsstandort Lettland wird Ost-West-Drehscheibe, in: OstWirtschaftsReport, 27, 1999, 10, 196-197.

treten, der durch ein großes Angebot und verhältnismäßig geringe Nachfrage gekennzeichnet ist. Konkret heißt das, daß die Initiative zur Umsetzung von geknüpften Kontakten in wirtschaftliche Kooperation von lettischer Seite ausgehen muß, während viele lettische Unternehmer erwarten, der Austausch von Visitenkarten oder Firmenprospekten führe automatisch dazu, daß interessierte potentielle Geschäftspartner sich an sie wenden würden.

Neben diese Schwierigkeiten im Managementbereich treten sodann noch zahlreiche strukturelle Probleme in der Produktion. So ist beispielsweise der Automatisierungsgrad in den lettischen Betrieben sehr gering. Des weiteren wird der Aufbau lokaler Zulieferernetze durch unterschiedliche technische Standards erschwert. Hinzu kommt, daß die Produktspezialisierung der Unternehmen wesentlich weniger ausgeprägt ist als in westeuropäischen Unternehmen. Dies widerspricht den beiden wichtigsten internationalen betriebswirtschaftlichen Trends des letzten Jahrzehnts - der Entflechtung von Großbetrieben und der sektoralen Oligopolisierung - wie dem generellen Trend zur Spezialisierung, um die Produktivität zu steigern.

Auch der von allen Seiten in Lettland wie in ganz Osteuropa immer wieder hervorgehobene Standortvorteil einer sehr guten Ausbildung der Arbeitskräfte bei geringen Löhnen ist zu relativieren. Der technische Stand der Maschinen, an denen die praktische Ausbildung stattfindet, entspricht längst nicht mehr dem internationalen Standard. Abgerundet wird dieses zu Skepsis Anlaß gebende Bild durch die vielerorts unter dem - sehr problematischen - Stichwort der „Mentalität“ angesprochenen Beobachtungen, die westliche Unternehmer bei der Besichtigung von Betrieben machen, in die sie möglicherweise investieren möchten. Es sei auf ein anderes, d.h. schlechteres „Arbeitsethos“ bei den Arbeitnehmern zu stoßen. Als Erklärung hierfür ist die auf Max Weber zurückgehende These von den spezifischen Arbeitsethiken der verschiedenen Religionen und Konfessionen verbreitet. Wie vorsichtig dieses häufig mißbrauchte kulturalistische Argument benutzt werden sollte, zeigt sich sehr schnell. Die Letten, deren Arbeitseifer ebenso vernichtend beurteilt wird wie der der russisch-orthodoxen Bevölkerung, sind lutheranisch und mithin Träger der als Keimzelle des Kapitalismus angesehenen protestantischen Wirtschaftsethik. Zunächst plausibler, wenn auch ebenso ungeprüft, ist die Erklärung, die geringe Bereitschaft zu eigenverantwortlichem Arbeiten sei auf die planwirtschaftliche Vollbeschäftigung in der Sowjetzeit und die daraus resultierende strukturelle Unterbeschäftigung aller Arbeitnehmer zurückzuführen.

Nachdem die Verantwortlichen des IBD diese Schwierigkeiten erkannt hatten, erweiterten sie ihre Tätigkeit. Sie versuchen heute, über Institutionen wie Unternehmerverbände, die lettische Industrie- und Handelskammer (Latvijas Tirdzniecības un Rūpniecības Kamara, LTRK) und das private Netzwerk der „Zentren für Wirtschaftsberatung“ (Uzņēmējdarbības atbalsta centru, UAC) bereits im Vorfeld der Kontaktaufnahme aktiv zu sein.<sup>86</sup> In Seminaren und Einzelberatungen sollen die Unternehmer lernen, zumindest die Schwierigkeiten im Managementbereich zu verringern. Der IBD verfolgt regional differenzierte Strategien, die auf solche strukturellen Unterschiede wie beispielsweise zwischen dem expandierenden Ölexporthafen Ventspils an der Ostsee und der im östlichen Binnenland gelegenen, von Deindustrialisierung bedrohten Region Rēzekne eingehen.

Die Probleme auf seiten des IBD sind, wie so oft, finanzieller Art. Das früher vom deutschen Wirtschaftsministerium, heute vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanzierte Projekt hat ein Volumen von jährlich ca. 450.000 DM. Mit diesen Mitteln müssen alle Kosten in Lettland, inklusive der Unterhaltung des Sekretariats in Riga, bestritten werden. Finanzielle Hilfe für lettische KMU durch den IBD ist daher nicht möglich. Der IBD versucht lediglich, den Unternehmen bei der Beschaffung von Krediten - beispielsweise von der Kreditanstalt für Wiederaufbau - behilflich zu sein. Hierbei stößt er

---

<sup>86</sup> Siehe dazu die Beiträge von Alfred Garloff und Jens Wagner im vorliegenden Heft.

auf das Problem, daß in Lettland bis heute keine Entwicklungsbank besteht, und die KMU als Kreditnehmer für die Kreditanstalt für Wiederaufbau mit viel zu kleinen Summen operieren. Auch der zweite wichtige Geldgeber in Osteuropa, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), finanziert lediglich Großprojekte im Infrastrukturbereich wie die Sanierung der Häfen in Riga und Ventspils, die Erneuerung des Telekommunikationsnetzes und die Investition in eine amerikanischen Hotelkette in Riga. Vor allem bei diesem Finanzierungsprojekt stellt sich die Frage, ob die mit Sonderkonditionen vergebenen Kredite der EBRD bei einem saturierten internationalen Investor das ihnen bestimmte Ziel gefunden haben.

Als Fazit läßt sich festhalten, daß die Bewertung von acht Jahren ökonomischer Transformation seit der Unabhängigkeit Lettlands stark vom Standpunkt des Betrachters abhängt: Zwar sind die zumeist makroökonomischen Fortschritte seit 1991 kaum zu unterschätzen. Der rapide Strukturwandel in den westeuropäischen Ökonomien mit immer stärker genutzten Größen- und Massenvorteilen führt jedoch dazu, daß die erzielten Verbesserungen bei weitem nicht ausreichend sind, um Konkurrenzfähigkeit auf dem europäischen Markt zu gewährleisten. Die Einschätzung der Vertreter der lettischen Wirtschaft, ein Beitritt zur Europäischen Union sei momentan aufgrund der nicht gegebenen Konkurrenzfähigkeit noch verfrüht, und die Klage seitens westlicher Unternehmer wie auch des IBD, es mangle Lettland an einer langfristigen Entwicklungsstrategie für die Zukunft, sind zwei Seiten der selben Medaille.

Das „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ bei begrenzten finanziellen Möglichkeiten ist nicht nur ein Problem der parallelen Transformation in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, es kommt auch innerhalb der jeweiligen Bereiche zum Tragen: Die Konzentration auf die Makroebene hat eine Vernachlässigung des konkreten Strukturwandels auf der Mikroebene nach sich gezogen. Die Unterstützung der vermittelnden Sektoren, vor allem der Unternehmensberatung, hat Fördermittel gespart und entspricht der Strategie der Hilfe zur Selbsthilfe. Auch kommt darin die Erkenntnis aus zehn Jahren Transformationsforschung zum Ausdruck, daß die rasche Privatisierung und die Verbesserung der makroökonomischen Kennziffern wie Senkung der Inflationsrate, Reduzierung der Staatsverschuldung und Währungsstabilität einen erfolgreichen Übergang zu einer Marktwirtschaft westeuropäischen Typs alleine nicht garantieren.<sup>87</sup> Dem steht allerdings gegenüber, daß der Beratungssektor unter dem Damoklesschwert des weiterhin drohenden Zusammenbruchs der zu Beratenden, d.h. des gesamten produzierenden Gewerbes, steht. Auch hat sich diese Form des *lean management* bei der Osteuropa-Hilfe, wie sie von der Europäischen Union in den Programmen PHARE und TACIS angewendet wurde, nur bedingt bewährt.<sup>88</sup> Die ursprünglichen Ziele, durch Vergabe von Aufträgen an private Beratungsunternehmen Bürokratisierung zu vermeiden und die Fördergelder im Tertiären Sektor des Ziellandes zu plazieren, wurden konterkariert: Zum einen ging die politische Kontrolle über Effizienz und Effektivität der Projekte zugunsten von Entscheidungen aufgrund formaler Antragsverfahren verloren, zum anderen floß ein nicht uner-

---

<sup>87</sup> Vgl. Roland Götz, Weitere Theorien der ökonomischen Transformation: Die Rolle der Institutionen, in: Osteuropa, 48, 1998, 11-12, 1086-1100.

<sup>88</sup> Das Hilfsprogramm PHARE wurde 1989 von der Europäischen Gemeinschaft, den USA und weiteren Geberländern eingerichtet und richtet sich an die Staaten Ostmitteleuropas. TACIS wurde 1990 von der EG zur Ergänzung von PHARE für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion eingerichtet. Lettland wurde gemeinsam mit Litauen und Estland 1992 in den Kreis der Empfänger von Geldern aus PHARE eingestuft. Es belegt mit insgesamt 171 Mio. von insgesamt rund 7,5 Mrd. ECU, die im Zeitraum 1991-1997 im Rahmen dieser Programme transferiert wurden, nach der Pro-Kopf-Hilfe den 6. Rang (68,4 ECU/Kopf) und nach dem relativen Anteil am Bruttoinlandsprodukt den 5. Rang. Vgl.: Andreas Wittkowsky, Warten auf „gutes Regieren“? Die Osteuropa-Hilfe zwischen Wunsch und Wirklichkeit, in: Osteuropa, 49, 1999, 4, 354-365, 363.

heblicher Teil der Gelder in Beratungsunternehmen aus den Geberstaaten, so daß von einem Kapitaltransfer nicht mehr die Rede sein konnte.<sup>89</sup>

Auch wenn nach zehn Jahren Wirtschaftshilfe der Eindruck entstehen kann, mit jeder Strategie den falschen Weg gewählt zu haben, so war und bleibt die Unterstützung für Lettland nichtsdestotrotz unersetzlich. Ebenso ist angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung in der GUS die Integration in den westeuropäischen Markt wie in den Weltmarkt bei allen Schwierigkeiten ohne Alternative. Auch wenn Lettland nach den momentanen Plänen auf der Expo 2000 als Zukunftsvision seine achthundertjährige Geschichte anzupreisen gedenkt, so wird es sich doch als angeheendes Mitglied der Europäischen Union präsentieren.

---

<sup>89</sup> Vgl. ebd., 361ff.

## **Elke Siehl**

### **Investitionsstandort Lettland**

#### **Die Freihandelszone Liepāja**

Die drei baltischen Staaten werden in der Regel in einem Zug mit ihren Hauptstädten genannt. Ist die Rede von Lettland, so denkt man automatisch an die Hanse-Metropole Riga. Auch wenn das Land territorial und von der Bevölkerungsdichte gesehen nicht sehr groß ist, so gibt es neben Riga dennoch einige weitere, nicht nur landschaftlich reizvolle Investitionsstandorte. Für eine stärkere Einbeziehung der Standortfrage in das Investitionskalkül sprechen einerseits umfangreiche staatliche Förderprogramme für einzelne Regionen. Andererseits aber auch harte betriebswirtschaftliche Faktoren, wie die starke regionale Differenzierung des Lohnniveaus oder aber auch die historisch gewachsenen und regional unterschiedlich ausgeprägten Qualifikationen der Beschäftigten.

Seit 1997 fördert der Staat mit regionalen Programmen Handel, Industrie, Schiffs- und Luftverkehr sowie den internationalen Warenaustausch durch Lettland. Für die beiden Städte Liepāja und Rēzekne wurden Investitionsanreize durch die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone geschaffen. Für das gesamte Gebiet Latgale verabschiedete die Regierung mit Unterstützung der EU im letzten Jahr ein Programm, das dem Gebiet helfen soll, sich in der Entwicklung an den Rest des Landes anzugleichen. Mit diesem Programm wurden einige interessante Anreize für Investoren geschaffen. Ohne große staatliche Förderung dagegen entwickelt sich die Region Vidzeme um die Stadt Valmiera zu einem weiteren Industriezentrum neben Riga. Ein weiterer wichtiger Standorte in Lettland ist die Sonderwirtschaftszone Liepāja.

Die Hafenstadt Liepāja liegt im Westen Lettlands, nahe der Grenze zu Litauen. Liepāja, mit 98.000 Einwohnern die drittgrößte Stadt Lettlands, gehört neben den Städten Kuldīga, Saldus, Talsi, Tukums und dem Hafen Ventspils zu der Region Kurzeme. Die deutsche Partnerstadt ist Darmstadt. Mit 48 Prozent stellen die Letten die deutliche Bevölkerungsmehrheit. Zweitgrößte Bevölkerungsgruppe sind mit 36 Prozent Russen. Daneben leben Ukrainer (sechs Prozent), Weißrussen (vier Prozent) und Litauer (drei Prozent) in der Stadt. Aufgrund der hohen Konzentration des Militärs und der Militärbetriebe in der Stadt zählte Liepāja bis zur Unabhängigkeit zu den „geschlossenen“ Städten in der Sowjetunion. Der Abzug des Militärs, der Wegfall des einheitlichen sowjetischen Marktes und der damit einhergehende Einbruch der Nachfrage hat die Stadt vor große Anpassungserfordernisse gestellt.

Liepāja ist nach Riga das zweitgrößte Industriezentrum Lettlands. 6,1 Prozent des Industrieproduktes Lettlands werden hier produziert. Zu den wichtigsten Industriebranchen zählen die Metallverarbeitung (41,9 Prozent) sowie die Textil- und Lebensmittelindustrie (24,7 und 18,5 Prozent). Die Industrieproduktion wurde am stärksten durch den Wegfall des gemeinsamen sowjetischen Marktes getroffen. Auch die Krisen in Rußland, zuletzt im August 1998, wirken sich bis heute unmittelbar auf das Wachstum dieser Sektoren aus. Diese letzte Krise hat insbesondere die Textil- und Lebensmittelindustrie (Fisch) erneut stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Rückgang der Industrieproduktion wird jedoch zunehmend durch das beständige Wachstum von Handel und Dienstleistungen kompensiert. Am BSP gemessen haben die folgenden Sektoren die größte Bedeutung: Groß- und Einzelhandel (50 Prozent), Transport und Kommunikation (neun Prozent), Gaststätten und Hotelgewerbe (neun Prozent) sowie Bau (fünf Prozent). Die durchschnittlichen Löhne lagen 1998 mit 124 Ls (ca. 380 DM) etwas unter dem lettischen Durchschnitt (133 Ls oder ca. 410 DM). Verursacht durch den starken Rückgang der Industrieproduktion liegt die registrierte Arbeitslosigkeit mit 14,2 Prozent deutlich über dem Landesdurchschnitt.

## **Investitionsanreize der Sonderwirtschaftszone**

Die Einrichtung der Sonderwirtschaftszone (SWZ) in Liepāja wurde im Februar 1997 vom Parlament beschlossen. Das vom Präsidenten ratifizierte Gesetz trat schließlich am 18. März 1997 in Kraft. Ziel der SWZ ist es, durch Investitionen in Infrastruktur, Handel und Produktion zur Entwicklung des internationalen Handels beizutragen und auf diese Weise die Wirtschaftsentwicklung der Region Liepāja zu fördern. Durch das Gesetz werden Fragen der Leitung und Nutzungsordnung der SWZ sowie die Besonderheiten der Unternehmertätigkeit, Investitionen, Steuern, Zollangelegenheiten, Immobilienverfügung und Ausländertätigkeit geregelt. Im September 1999 sind mehr als 22 Unternehmen in der SWZ registriert.

Jedes Unternehmen, das im Rahmen der SWZ seine Tätigkeit aufnimmt, muß einen Vertrag mit der Verwaltung der SWZ abschließen. Die entsprechenden Genehmigungen müssen vorher eingeholt werden. In dem Vertrag mit der SWZ sind erstens die Art und Summe der Investitionen, zweitens die Zahl der Arbeitsplätze, drittens die Einführung neuer Technologien sowie der Export- und Frachturnsatz explizit aufzuführen. Der Vertrag mit der SWZ dient als Grundlage für die Registrierung der unternehmerischen Tätigkeit in der Sonderwirtschaftszone und ermöglicht eine Reihe von Privilegien: Die Körperschaftssteuer wird auf fünf Prozent begrenzt, die Mehrwertsteuer gänzlich erlassen und auf die Einkommenssteuer kann ein Nachlaß von bis zu 80 Prozent gewährt werden. Investitionen in Infrastruktur können voll von den zu besteuernenden Einnahmen abgezogen werden. Außerdem dürfen Unternehmen Abschreibungen in der doppelten Höhe vornehmen und werden von Zöllen und Verbrauchssteuern freigestellt.

Die Sonderwirtschaftszone wurde auf zwanzig Jahre, also bis zum 1. März 2017, gegründet. Auch wenn derzeit die SWZ mit ihren Privilegien für 20 Jahre gesetzlich garantiert ist, ist zu erwarten, daß mit der zunehmenden Annäherung an die EU die Existenz der SWZ unter Druck gerät. Die EU-Richtlinien verbieten die Einrichtung einer SWZ. Das Gesetz zur SWZ kann bei der Administration der SWZ in Riga oder Liepāja in deutscher, englischer und russischer Übersetzung erworben werden.

## **Direktinvestitionen in Liepāja**

Ausländische Investoren haben die Reize dieses Standortes bereits zu nutzen gewußt. Die meisten Direktinvestitionen kamen bislang aus Schweden (Tyloskog AB und Palmtrans AB) und flossen in den Ausbau des Hafens sowie in den Aufbau eines modernen Hotelwesens. Dieser Initiative ist es auch zu verdanken, daß den Besuchern der Stadt heute mit dem Hotel „Amrita“ bei Unterkunft und Verpflegung ein internationaler Standard geboten wird. Auch deutsche Unternehmen haben den Weg nach Liepāja gefunden. Neben der Scholz-Gruppe, die der Stadt bei der Bergung der von der sowjetischen Besatzungsmacht versenkten Schiffe und der anschließenden Entsorgung zur Seite steht, produziert die Ceramica Import GmbH Betonfertigmischungen auf dem Gelände der Sonderwirtschaftszone. Daneben gibt es eine Reihe von Aktivitäten kleinerer Firmen.

Liepāja verfügt über eine gut ausgebaute Infrastruktur. Über den Hafen wurde 1998 2,29 Mio. Tonnen Frachtgut umgeschlagen, über die Schiene weitere zwei Millionen. Die Stadt, etwa zweihundert Kilometer von Riga und einhundert Kilometer von der litauischen Hafenstadt Klaipeda entfernt, ist über die Straße, mit dem Bus oder der Bahn, dem Schiff oder dem Flugzeug zu erreichen. Auf einem kleinen internationalen Flughafen können neben Charterflügen auch Fracht bis zu 40 Tonnen abgefertigt werden. Zwei Fähren verbinden Liepāja regelmäßig mit Rostock (Deutschland) und Karshamn (Schweden).



Liepāja ist an das Telefonfestnetz des Monopolisten Lattelekom und die Mobilfunknetze der zwei lettischen Anbieter Baltcom und Latvijas Mobilais Telefons angebunden. Derzeit verfügen etwa 40 Prozent der Telefonkunden über einen digitalen Telefonanschluß, der allen die Möglichkeit der ISDN-Nutzung bietet. 2000 freie digitale Leitungen ermöglichen die schnelle Einrichtung von Call-Centern, Multimedia sowie allgemein die Entwicklung des Sektors.

### **Schwierigkeiten ausländischer Investoren**

Wie in Lettland allgemein haben jedoch auch die ausländischen Investoren in Liepāja mit hinderlichen Regeln bei der Beantragung der Arbeitserlaubnis sowie der Aufenthaltsgenehmigung zu kämpfen. Rein rechtlich ist die Aufnahme der Tätigkeit im Unternehmen erst mit gültiger Arbeitserlaubnis möglich. Da das Einwanderungsverfahren jedoch viele Dokumente verlangt, ist die gesamte Prozedur sehr langwierig und kann sich bis zu sechs Monaten hinziehen. Die Leitung der SWZ kann das Genehmigungsverfahren jedoch für die Investoren innerhalb ihrer Zone deutlich vereinfachen.

Bei der Ausarbeitung der Wirtschaftsgesetzgebung, die bereits in weiten Teilen an die Gesetzgebung der EU angepaßt wurde, ist Lettland bereits weit gekommen. Die Ausarbeitung der Durchführungserlasse ist aber langwieriger. Hier herrscht noch viel Handlungsbedarf. Dies hat unterschiedliche Interpretation von Gesetzen und häufige Besuche der staatlichen Inspektoren in den Unternehmen zur Folge.

**Katrin Hofmann**

## **Staatsbürgerschaft in Lettland - eine Frage der Menschenrechte?**

Lettlands Behandlung seiner rund 729.000 Angehörige der ethnisch russischen Minderheit<sup>90</sup> ist schon seit langem eine Quelle der Uneinigkeit zwischen Moskau und Riga. Seit der Unabhängigkeitserklärung 1991 vergab Lettland die Staatsbürgerschaftsrechte nur an diejenigen, die vor der Annexion Lettlands, also vor dem Einmarsch der Roten Armee 1941, die lettische Staatsangehörigkeit besaßen hatten, sowie an deren Nachkommen. Den Zuwanderern hingegen wurde ein Anspruch auf Einbürgerung eingeräumt. Abgesehen von der regelmäßig unproblematischen Residenzpflicht von fünf Jahren setzt eine Einbürgerung grundsätzlich den Nachweis der Kenntnisse der Landessprache, der Verfassung sowie der Nationalhymne und Geschichte Lettlands voraus. Die lettische Regelung der Staatsbürgerschaft unterscheidet sich von der litauischen Null-Option-Variante, die die Staatsbürgerschaftsrechte allen gewährte, die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit dauerhaft in Litauen wohnten und einer regelmäßigen Arbeit nachgingen oder eine andere rechtmäßige Einkommensquelle nachweisen konnten. In bilateralen Verträgen hatten sich Lettland, Estland und Litauen einerseits und Rußland andererseits verpflichtet, allen Einwohnern der baltischen Staaten, die früher Bürger der UdSSR waren, das Recht auf Staatsbürgerschaft entweder in Rußland oder einer der baltischen Republiken zu gewähren.

Die rußländische Regierung hat die lettische Interpretation der Geschichte abgelehnt, wonach die baltischen Staaten widerrechtlich besetzt und annektiert worden seien, und argumentiert, daß Lettlands Staatsbürgerschaftsrecht darauf ausgelegt sei, vielen Menschen die Staatsbürgerschaft vorzuenthalten, hauptsächlich ethnischen Russen, die zwischen 1940 und 1991 nach Lettland übergesiedelt waren. Dreißig bis vierzig Prozent der Einwohner sind davon betroffen. Dennoch genießen nach dem Minderheitengesetz die Angehörigen „nationaler und ethnischer Gruppen“ einen besonderen Schutz.<sup>91</sup> Die im Minderheitengesetz aufgelisteten Individualrechte werden jedem Einwohner zugesprochen und unabhängig von der Staatsangehörigkeit gewährt. Damit hat sich der lettische Gesetzgeber nicht der traditionellen Völkerrechtsauffassung und Staatenpraxis angeschlossen, die als Minderheitenangehörige nur Angehörige der Staatsnation anerkennen. Die Folge ist, daß Nichtstaatsangehörige innerstaatlich dem Ausländerrecht, völkerrechtlich dem Fremdenrecht unterliegen. Faktisch sind sie dennoch staatenlos.<sup>92</sup>

Als Gründe für das schleppende Interesse weiter Bevölkerungsgruppen an einer raschen Einbürgerung werden noch vor der zu absolvierenden Sprach- und Geschichtsprüfung die zu hohen Gebühren, das dann erforderliche Visum für Reisen nach Rußland sowie eine Einberufung zum Wehrdienst in Lettland angeführt.

Aufgrund dieser angeblichen Diskriminierung der ethnischen Russen, die überwiegend noch einen sowjetischen Paß haben und nur über geringe lettische Sprachkenntnisse verfügen, kündigte die Regierung Rußlands am 8. April 1998 Wirtschaftssanktionen gegen Lettland an. Die Erdöllieferungen an die baltische Republik waren bereits reduziert worden.

---

<sup>90</sup> Siehe Ethnische Zusammenstellung der Bevölkerung Lettlands, Angaben des Amts für Staatsangehörigkeits- und Immigrationsangelegenheiten, Stand 8.1.1998, <http://www.pid.bkc.lv/statist/eiedznac.htm>

<sup>91</sup> Siehe Gesetz „Über die freie Entwicklung nationaler und ethnischer Gruppen Lettlands und das Recht auf Kulturautonomie“ vom 19. März 1991, Gesetzesblatt 1991 Nr. 21 Pos. 22; dt. Übers. in: Karsten Behlke, Das Minderheitenrecht der Republik Lettland, Aachen 1995, 164-166

<sup>92</sup> Siehe Hanne-Margret Birckenbach, ...und Menschenrechte "mit Feuer und Schwert" verbreitet werden, in: Jutta Koch; Regine Mehl (Hg.), Politik der Einmischung: Zwischen Konfliktprävention und Krisenintervention, Baden-Baden 1994, 143-163, hier 144

Daraufhin verließ die Demokratische Partei Saimnieks, die der Regierung von Ministerpräsident Guntars Krasts (Vaterland und Freiheit) vorwarf, zu wenig zur Verbesserung der angespannten lettisch-rußländischen Beziehungen getan zu haben, die Koalitionsregierung aus fünf Parteien; diese verlor damit ihre parlamentarische Mehrheit.

Der Saeima billigte am 22. Juni 1998 mit 54 gegen 14 Stimmen eine Änderung des umstrittenen Gesetzes über die lettische Staatsbürgerschaft. Auf Empfehlung der OSZE wurde die Einbürgerung erleichtert: Künftig haben alle Kinder, die nach der Unabhängigkeit der baltischen Republik von der ehemaligen UdSSR (21. August 1991) in Lettland geboren wurden, einen Anspruch auf Einbürgerung, unabhängig von der Staatsbürgerschaft der Eltern; abgeschafft wurde zudem die bislang geltende zeitliche Staffelung der Einbürgerung, nach der jeweils Jahrgänge der Nichtletten aufgerufen worden waren, vor allem Russen, Antrag auf Einbürgerung zu stellen.<sup>93</sup> Eine doppelte Staatsangehörigkeit ist nicht möglich. Auch in dem am 3. Oktober 1998 abgehaltenen Referendum, das durch die Partei Vaterland und Freiheit initiiert worden war, stimmte eine Mehrheit von 53 Prozent für die Erleichterung der Integration der russischsprachigen Bevölkerung.

Die für Angehörige der Minderheiten relevanten Regelungen ergehen nicht immer ausschließlich zum Schutz der Minderheit, sondern haben den Charakter von Schutzbestimmungen für die Titularnation. Damit wird die grundsätzliche Frage aufgeworfen, handelt es sich um eine Menschenrechtsverletzung oder nicht, wenn einer großen Bevölkerungsgruppe die Staatsbürgerschaft vorenthalten wird. Nach Artikel 15,1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 hat jedermann Anspruch auf eine Staatsangehörigkeit.

Dennoch gelten die Menschenrechte nach dem Beitritt Lettlands zur Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen am 4. Mai 1990 und zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) am 10. Februar 1995 sowie der Ergänzung der Verfassung um ein Verfassungsgesetz über „Menschen- und Bürgerrechte und -pflichten“ (10. Dezember 1991) weitestgehend als garantiert. Das im Januar 1995 angenommene Programm zum „Schutz und zur Förderung der Menschenrechte“ sowie die Gründung eines „Staatlichen Büros für Menschenrechte“ mit Ombudsmann-Funktion<sup>94</sup> im Juli des gleichen Jahres vertiefen den Schutz der Menschenrechte auch in der Praxis.<sup>95</sup>

Im Gegenzug zur Aufhebung des Amtes des Staatsministers für Menschenrechte wurde das „Staatliche Büro für Menschenrechte“ neu geschaffen. In dessen Aufgabenbereich fällt zum einen, die Öffentlichkeit über die vom Völkerrecht und der innerstaatlichen Rechtsordnung garantierten Menschenrechte zu informieren, zum anderen die Einhaltung der Menschenrechte sowohl durch die Legislative als auch durch die Exekutive zu überwachen und Programme, die auf eine Verbesserung der Menschenrechtssituation hinwirken sollen, auszuarbeiten und zu koordinieren, schildert Andris Paporinskis, Projektkoordinator und Pressesprecher des Büros.

Das Büro hat einen Zwitterstatus: Es ist laut Gesetz eine selbständige staatliche Behörde (Art. 1).<sup>96</sup> Staatlich, weil der Leiter des Büros, durch den Saeimas (Parlament) auf vier Jahre gewählt wird und diesem verantwortlich ist. Er nimmt an Sitzungen des Seaimas zu Menschenrechtsfragen und Beratungen anderer Kommissionen teil, spricht Empfehlungen und Einwände aus, die die Beachtung und Erhaltung der Menschenrechte in Lettland betreffen.

---

<sup>93</sup> Der Fischer Weltalmanach 1999, Frankfurt 1998, 467

<sup>94</sup> Vergleichbar mit dem Amt des Wehrbeauftragten oder des Ausländerbeauftragten in Deutschland.

<sup>95</sup> Siehe Detlef Henning, Lettlands Weg von der sowjetischen Vergangenheit in die europäische Zukunft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 1998, 37, 27-45, 32

<sup>96</sup> Siehe Gesetz über das Staatliche Büro für Menschenrechte vom 5. Dezember 1996, Latvijas Vestnesis, 17. Dezember 1996 Nr. 221; dt. Übers. von E. Levits, in: Georg Brunner, Verfassungs- und Verwaltungsrecht der Staaten Osteuropas VSO, Berlin, 1995

Er kann damit direkten Einfluß auf die nationale Gesetzgebung nehmen. Die Selbständigkeit des lettischen Büros für Menschenrechte basiert laut Paporinskis darauf, daß es in seinen Entscheidungen und Aktivitäten keinem staatlichen Einfluß ausgesetzt ist.

Im Rahmen des Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und der Aktivitäten des OSZE-Hochkommissars für Nationale Minderheiten wurden dem lettischen Menschenrechtsbüro 1996 Mittel in Höhe von 1,7 Millionen US-Dollar für vier Jahre gewährt. Die Finanzierung des Büros ist zudem noch staatlich garantiert, dieser Grundetat deckt aber gerade die laufenden Kosten für Personal und Unterhalt des Büros.

Seit dem Bestehen des staatlichen Büros hat sich die Anzahl der Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen mehr als verdoppelt. Waren es 1996 noch 1643 eingegangene Beschwerden, sind es 1998 mehr als 4.000 gewesen.<sup>97</sup> Die Ursachen für diesen Anstieg sieht Paporinskis aber nicht in einer drastischen Zunahme der Menschenrechtsverletzungen. Vielmehr seien die Menschen in Lettland über ihre Rechte und die Möglichkeit, sich an eine Behörde zu wenden, heute besser aufgeklärt.

Das „offene“ Büro ist die erste Anlaufstelle im Beschwerdefall. Das erklärt vielleicht die Vielzahl der Anträge. Das Menschenrechtsbüro besteht aus zwanzig Mitarbeitern, darunter elf Rechtsanwälte. Tätig werden kann das Menschenrechtsbüro sowohl auf Beschwerde des Betroffenen als auch von Amts wegen. Jede mündliche oder schriftliche Beschwerde wird geprüft. Ein großer Teil dieser Beschwerden gehört nicht in den Bereich der fundamentalen oder systematischen Menschenrechtsverletzungen. Das Büro fungiert als eine außergerichtliche Instanz, indem es versucht, beide Parteien, also Ankläger und Beschuldigte, an einen Tisch zu bringen und zu einer Konfliktbeilegung zu bewegen. Eine Schwierigkeit besteht darin, daß das Büro keinerlei Sanktionsmöglichkeiten hat. In den ersten zwei Jahren seiner Tätigkeit war nach Ansicht der Juristen des Büros für Menschenrechte eine Vielzahl der Beschwerden auf das Gesetz über die Staatsbürgerschaft vom 22. Juli 1994 zurückzuführen. Dabei wurden mehrere, bereits dokumentierte, Mißstände bekannt, in denen sich beispielsweise das zuständige Amt für Immigration und Staatsbürgerschaft über gerichtliche Beschlüsse hinweggesetzt und Einwohner, die nicht die lettische Staatsbürgerschaft besaßen, diskriminiert hatte. Seit 1997 ist ein Zuwachs an sozialen und wirtschaftlichen Beschwerden beim staatlichen Menschenrechtsbüro zu verzeichnen. Dies kann auf die Änderung des Gesetzes über das Eigentum zurückgeführt werden. Danach muß Eigentum, das vor 1940 oder nach dem Zweiten Weltkrieg widerrechtlich enteignet wurde, wieder an seine ursprünglichen Besitzer zurückgegeben werden. Dies hat zur Folge, daß die ehemaligen Besitzer, viele davon Auswanderer, ihre Ansprüche aus dem Ausland anmelden. Da bis zur Unabhängigkeit Lettlands Wohnungen staatlich subventioniert waren, bestehen heute Differenzen zwischen denjenigen, die ihre Besitzansprüche geltend machen und den jetzigen Bewohnern, meist Rentner, die ihre Miete nicht mehr bezahlen können.

Des weiteren befaßt sich das Büro auf Empfehlungen der Vereinten Nationen, des Europarates und der OSZE mit der Verbesserung des Strafvollzugs sowie der Absicherung der Rechte von Kindern, Flüchtlingen und Asylsuchenden. Aber auch das Problem der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen fällt in den Aufgabenbereich des staatlichen Büros für Menschenrechte. Da das Wehrgesetz diese Möglichkeit ausschließt, es zur Zeit keinen Zivildienst gibt und Gesetzesänderungen nicht mit den eingegangenen Vorschlägen Schritt halten können, sitzen drei junge Männer, die sich zu den Zeugen Jehovas bekennen, als Wehrdienstverweigerer im Gefängnis.

Der Schwerpunkt der Arbeit des lettischen „Staatlichen Büros für Menschenrechte“ liegt in der Normenkontrolle. So hat das Menschenrechtsbüro im Auftrag des Parlamentsausschusses für Menschenrechte und soziale Angelegenheiten die Beschränkungen analysiert, die

---

<sup>97</sup> Siehe Latvian National Humans Rights Office, Annual Report, Riga 1998, 3

Nichtstaatsangehörigen im Gegensatz zu Staatsangehörigen auferlegt worden sind. Damit hat sich das Menschenrechtsbüro zwar insbesondere für die Belange der nichtlettischen Bevölkerung eingesetzt. Ob es sich zu einem Anwalt der Minderheitenangehörigen entwickelt, wird erst die Zukunft zeigen.

**Steven Arons**  
**Die Pubertät der lettischen Politik**  
**Saeima-Abgeordnete im Gespräch**

Lettlands Parlament, der Saeima, befindet sich in seiner siebten Legislaturperiode. Diese Zahl errechnet sich, indem die vier Parlamente der ersten unabhängigen Republik Lettland 1918-1940 mitgezählt werden, deren Legislaturperioden in den Zeitraum von 1921 bis 1934 fallen, ehe die gesetzgebende Gewalt durch einen Staatsstreich vom Ministerkabinett übernommen wurde. Der Saeima setzt damit bewußt ein Zeichen der Kontinuität, durch das auch das Unabhängigkeitsstreben während der sowjetischen und deutschen Okkupationszeit betont werden soll, aber vor allem an die Tradition des ersten lettischen Nationalstaates wiederangeknüpft wird.

Beim letzten Urnengang am 3.10.1998 bewarben sich 21 Parteien und unabhängige Kandidaten auf Wahllisten um die Stimmen der Wähler. Sechs Parteien schafften es, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen und somit den Fraktionsstatus zu erreichen.<sup>98</sup> Die Regierung wird seitdem von einer Mitte-Rechts-Koalition aus den drei Parteien „Lettlands Weg“ (Latvijas Cels, LC), „Für Vaterland und Freiheit/LNNK“ (Tevzemei un Brīvībai, TB/LNNK) und der „Neuen Partei“ (Jaunā Partija, JP) gebildet, die zusammen über gerade 46 der 100 Parlamentssitze verfügen. Die „Lettische Sozialdemokratische Union“ (Latvijas Sociāldemokrātiskā Apvienība, LSDA), ein Zusammenschluß der beiden früheren Sozialdemokratischen Parteien, und die beiden Oppositionsparteien „Volkspartei“ (Tautas Partija, TP), mit 24 Sitzen stärkste Fraktion im Saeima, sowie die „Partei für nationale Harmonie“ (Tautas Saskaņas Partija, TSP), teilen die restlichen Sitze unter sich auf.<sup>99</sup> Eine Minderheitsregierung ist möglich, weil sich die LSDA dazu entschloß, die Regierung unter Premierminister Andris Šķēde zu tolerieren.

Abgeordnete von vier der sechs im Parlament vertretenen Parteien hatten zu einem Gespräch ins Parlament geladen, um Fragen der Innen- und Außenpolitik zu erörtern. Boris Ēilevičs charakterisierte seine „Partei für nationale Harmonie“ (TSP) als sozialistisch ausgerichtete Interessenvertretung der russischsprachigen Minderheit in Lettland.<sup>100</sup> Peteris Salkāns, Mitglied der LSDA, ebenfalls eine Nachfolgepartei der KP Lettlands, bezeichnete diese als sozialdemokratische Kraft, die größtenteils über eine lettischstämmige Wählerschaft verfügt. „Lettlands Weg“ (LC) wurde von Inese Birzniece als liberale Partei dargestellt und die Volkspartei TP schließlich ist laut ihrem Vertreter Maris Vītols eine konservative Partei.

Obwohl sich die Parteien in ihren politischen Programmen und Ideologien deutlich voneinander unterscheiden, existieren auf vielen Gebieten starke Gemeinsamkeiten. So bestand über alle Parteigrenzen hinweg Konsens darüber, daß die Transformation des politischen Systems positiv einzuschätzen ist. Hingewiesen wurde vor allem auf die im Vergleich mit anderen postkommunistischen Ländern geringe Anzahl von Fraktionen im Parlament, was

---

<sup>98</sup> Laut Parlamentsordnung müssen sich für eine Fraktionsbildung fünf oder mehr Mitglieder einer Partei oder einer Kandidatenliste zusammenschließen. Da alle sechs Parteien(-bündnisse) über mehr als fünf Sitze verfügen, besitzt jede den Fraktionsstatus. Mehr Informationen zum Parlament unter folgender Adresse, unter der auch die Verfassung gefunden werden kann: <http://www.saeima.lv>.

<sup>99</sup> Für eine nützliche Kurzbeschreibung aller lettischen Parteien empfehle ich folgende Web-page: <http://www.europeanforum.bot-consult.se/cup/latvia/parties.htm>.

<sup>100</sup> Über 30 Prozent der Gesamtbevölkerung Lettlands ist russischsprachig. Die Einbürgerung dieser zweitgrößten Bevölkerungsgruppe ist eines der wichtigsten innenpolitischen Konfliktfelder. Für eine eingehende Beschreibung des sogenannten 'Minderheitenproblems' in Lettland siehe die Berichte im vorliegenden Heft von Katrin Hofmann über das Büro für Menschenrechte und Holger Greif über das Lettische Menschenrechtskomitee.

als deutliches Zeichen für eine Konsolidierung des Parteiensystems gelten könne. Birzniece machte für den Trend zu einer Parteienkonzentration vor allem die Erhöhung der Sperrklausel verantwortlich, die von vier Prozent im Jahre 1993, als neun Parteien in den Saeima einbezogen waren, 1998 auf fünf Prozent angehoben wurde. Infolgedessen gelang nur noch den erwähnten sechs Parteien der Einzug. Ēilevišs verwendete für die Erklärung desselben Phänomens hauptsächlich das Modell einer zweidimensionalen Cleavage-Struktur Lettlands. Sie zeichnet sich seiner Ansicht nach durch stark polarisierte Positionen im Hinblick auf zwei gesellschaftliche Konflikte aus. Dies sei zum einen die Diskussion um die Form der Marktwirtschaft, in der die Meinungen von neoliberalen Forderungen nach einer totalen Deregulation bis hin zu linken, staatsinterventionistischen, sozialdemokratischen Positionen reichten. Dies sei zum anderen der Streit um die Staatsbürgerrechte und den Schutz der „nationalen Kultur“, der von Ēilevišs in das Begriffspaar „Nationalismus oder Kosmopolitismus“ gefaßt wurde.<sup>101</sup> Als Hauptdeterminanten des öffentlichen Bewußtseins würden die zwei Konfliktlinien andere Diskussionen überlagern, dadurch sowohl als Trenn- wie auch als Verbindungslinien fungieren und deshalb die Ausformung stabiler und dauerhafter politischer Parteien ermöglichen.

Als noch bestehendes Defizit der demokratischen Konsolidierung wurde allerdings die allgemeine Unerfahrenheit im politischen Tagesgeschäft genannt. Birzniece meinte dazu, daß Lettlands politische Eliten „ein wenig wie Teenager“ seien. Eine funktionsfähige Regierung müsse auf gewisse Routinen, bestimmte Verhaltens- und Reaktionsmuster zurückgreifen können, um eine reibungslose Entscheidungs- und Administrationsleistung zu garantieren. Die lettische Politik verfüge bisher nicht über eine solche Routine. Weiterhin müsse erst die Personalisierung der Politik, d.h. die starke Ausrichtung der Parteien auf prominente Persönlichkeiten überwunden werden und einer Orientierung an programmatischen Inhalten weichen, bevor von einem gefestigten System ausgegangen werden könne. Kritikpunkt am Zustand des politischen Systems war die überfällige Reform der Bürokratie, um eine neutrale zivile Verwaltung zu schaffen. Bisher leide Lettland darunter, daß die Verwaltung bei jedem Ministerwechsel zunächst gelähmt sei, weil Beamte sich immer noch als politische Funktionäre und nicht als Angestellte des Staates verstünden. Ein Anliegen übrigens, das auch Ēilevišs vertrat, der aber den schwerwiegendsten Hinderungsgrund der zukünftigen demokratischen Entwicklung Lettlands in der Korruption sah. Doch die Chance, auch dieser Gefährdung des Konsolidierungsprozesses mit Erfolg zu begegnen, schätzten alle Politiker optimistisch ein, so daß Birzniece die Hoffnung aussprach, „bald erwachsen“ zu sein.

Ähnlich positiv wurde die Wandlung des ökonomischen Systems bewertet. Als wichtigstes Datum galt dabei das Ende der Privatisierung, die bei den kleineren Staatsbetrieben schon abgeschlossen worden ist. Letzte 'Dinosaurier', die ihrer Abwicklung noch harren, sind die mächtigen staatlichen Monopolunternehmen wie das Telekommunikationsunternehmen Lattelekom oder die Betreiberfirma des Hafens von Ventspils, deren Privatisierungen hohe soziale Risiken und damit auch wahltaktischen Sprengstoff bergen. Sie sollen aber im nächsten Jahr abgeschlossen werden, um damit zum einen die endgültige Abkehr von der Planwirtschaft zu besiegeln und zum anderen für mehr Stabilität im politischen System zu sorgen. Denn die hohe Fluktuation an der Regierungsspitze wird zu einem großen Teil den Fallstricken der Privatisierung zugeschrieben, an deren Erfolg sich jede Regierung messen lassen muß.

---

<sup>101</sup> Mit Kosmopolitismus ist in diesem Falle die bereitwillige Öffnung der nationalen Kultur für andere fremd- und inländische Impulse gemeint. Čilevičs tritt deshalb für eine forcierte Integration Lettlands in die EU und eine schnelle Einbürgerung der nicht-lettischsprachigen Bevölkerung ein.

Die häufigen Regierungswechsel der letzten Jahre sind somit auch ein Ausdruck der wirtschaftspolitischen Differenzen zwischen den Parteien. Obwohl nämlich das 'Ob' einer Entwicklung zur Marktwirtschaft außer Diskussion steht, gibt es erhebliche Meinungsverschiedenheiten über das 'Wie': über Form und Geschwindigkeit dieser Entwicklung. Zwar fordern alle lettischen Parteien von den Mitgliedsländern der EU viel Verständnis und Zeit, doch nur Birzniece und Vitols ließen kein Wort über mögliche soziale Folgekosten verlauten, während sie ein besseres Unternehmensklima und höhere Attraktivität für ausländische Investoren als die primären ökonomischen Ziele der Regierungspolitik präsentierten. Konkret würde das für Vitols bedeuten, den Anteil der Staatsausgaben am BIP von derzeit 40 Prozent auf zunächst 35 Prozent zu senken.<sup>102</sup>

Salkasanovs und Èileviès prangerten dagegen eine zu schnelle und unkontrollierte Transformation an, die zu viele Verlierer produziere. Sie sei deshalb sowohl aus moralischen als auch aus ökonomischen Gründen abzulehnen. Statt dessen verlangten sie einen langsamen, wenn nicht zaghaften Abbau staatlicher Intervention, ohne jemals ganz auf das Prinzip der staatlichen Regulation der Wirtschaft verzichten zu wollen. Erstaunlicherweise war es aber Salkasanovs, der der Privatwirtschaft vorwarf, ihre Interessen zu wenig offensiv zu vertreten und dadurch auch dem politischen System zu schaden. „Wir brauchen wirtschaftliches Lobbying“, diagnostizierte er und umschrieb damit ein Defizit, das auf eine unzureichende Unterstützung der Politik durch Unternehmen schließen ließ und auch auf die desolote Situation für Investoren aufmerksam machte, die sich ihrerseits selbst über die mangelnde Unterstützung und den unsicheren Rechtsraum beklagen.<sup>103</sup> Mit der Wirtschaftsfrage eng verknüpft ist das Problem des regionalen Wohlstandsgefälles, das zwei Dimensionen hat. Zum einen führen die ländlichen Gegenden einen aussichtslosen Konkurrenzkampf gegen das übermächtige Finanz- und Handelszentrum Riga, das über 90 Prozent des in Lettland investierten ausländischen Kapitals absorbiert. Hinzu kommt zweitens der allgegenwärtige ethnische Konflikt, der sich hier als Graben zwischen dem reicheren Westen Lettlands (den Regionen Livland und Kurland), der zum größten Teil von ethnischen Letten bewohnt wird, und dem ärmeren Osten (Latgale) darstellt, der ein stark russisch besiedeltes Gebiet ist.

Beide Dimensionen sind den Politikern wohlbekannt. Es besteht allgemeine Zustimmung zu einer regionalen Förderung, da die Ungleichheit als Ungerechtigkeit wahrgenommen wird. Die Mittel dazu sind jedoch höchst umstritten; vor allem die finanzielle Ausstattung eventueller Förderprogramme bietet Anlaß zu heftigen Diskussionen. So existiert zwar laut Birzniece ein staatlicher Fonds für Regionalentwicklung, doch mit zwei Millionen Lats bei einem Gesamtbudget des Landes von 400 Millionen Lats (ca. 1,4 Milliarden DM) nimmt er sich recht mager aus. Nach Ansicht der Politiker könnte aber sogar mehr Unterstützung nur wenig an der regionalen Ungleichverteilung ändern. Riga befindet sich in der Mitte der baltischen Staaten und ist dort das unangefochtene wirtschaftliche Zentrum, an das Vilnius und Tallinn, die Hauptstädte Litauens und Estlands, nur entfernt heranreichen können. Zudem wird nicht zu Unrecht geltend gemacht, daß neue Investoren sich dort ansiedeln, wo die größten Aussichten auf wirtschaftlichen Erfolg bestehen. Wolle Lettland nicht zu einer staatlich gelenkten Wirtschaft zurückkehren, müsse eine 'natürliche' ökonomische Entwicklung in gewissen Maßen hingenommen werden. Èileviès skizzierte deutlich das Dilemma. Entweder werde zuerst in die vielversprechenden Regionen investiert. Damit öffne sich zwar die Schere zwischen Armen und Reichen, später stehe jedoch Kapital zum Investieren in die strukturschwachen Regionen zur Verfügung. Die Alternative sei, zunächst ärmere Regionen

---

<sup>102</sup> In Deutschland beträgt der Anteil des Staatsausgaben am BIP derzeit etwa 50 Prozent (1998: 48 Prozent). Siehe dazu: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der BRD 1999, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Köln 1999, 86.

<sup>103</sup> Einen konkreten Fall stellt die Firma Ziegler in Daugavpils dar. Siehe dazu den Bericht von Kathrin Kehrer in diesem Heft.



zu unterstützen, dadurch das soziale Gleichgewicht zu bewahren, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung des ganzen Landes zu verlangsamen oder sogar aufs Spiel zu setzen. Für das Sonderproblem Latgale gibt es noch ein weiteres Erklärungsschema. Hier werden vor allem historische Gründe für die extreme Verarmung dieser Region angeführt. Zum einen wurde durch das mittelalterliche Erbfolgerecht der gesamte Landbesitz immer stärker parzelliert, zum anderen fand eine außergewöhnlich starke Ansiedlung von Russen zur Zeit der sowjetischen Okkupation statt.<sup>104</sup> Aus diesem Grund stand insbesondere für Èileviès fest, daß „die Regierung eine unterschiedliche Herangehensweise für verschiedene Regionen hat.“ Aufgrund einer schwächeren Identifikation der Bewohner Lettlands mit Latgale werde dieser Landesteil zwar nicht systematisch aber strukturell diskriminiert, da benötigte Hilfsleistungen unterblieben. Selbst Salkasanovs räumte ein, daß viele lettische Bürger Vorurteile gegen den östlichen Teil Lettlands hegten und deswegen weniger bereit seien, spezielle Förderprogramme für diese Region zu unterstützen. Gleichzeitig verglich er die Situation Lettlands mit der der Bundesrepublik Deutschland, die auch mit den Erblasten eines sozialistischen Regimes zu kämpfen habe und gewaltige regionale Unterschiede bewältigen müsse. Außerdem sei nicht allein die staatliche Politik für eventuelle Divergenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmter Regionen verantwortlich zu machen, da die Haltung der betroffenen Menschen selbst von mindestens ebenso großer Bedeutung sei.<sup>105</sup> Gerade in der Region um Daugavpils, der Hauptstadt der Provinz Latgale, gebe es viele Leiter und Direktoren ehemals sozialistischer Staatsbetriebe, denen jegliches rationales wirtschaftliches Denken vollkommen fehle und die statt dessen nur noch auf Pensionierung und „Überwintern“ fixiert seien.

Eine Gefährdung des Annäherungsprozesses an die EU konnten die Parlamentarier in den regionalen Spannungen nicht entdecken. Das Argument, vor der Aufnahme in die EU müßten interne Konflikte weitgehend gelöst sein, ließen sie nicht gelten, da ähnliche regionalpolitische und ethnopolitische Konfliktlinien auch in anderen Ländern existierten, die heute schon zur EU gehören. Zudem sei es gerade Aufgabe der EU, zur Beilegung eben dieser Konflikte beizutragen, indem Subventionen in ärmere Gebiete umgeleitet werden könnten. Èileviès nannte das Beispiel Irland, wo die Hauptstadt Dublin aufgrund der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage inzwischen keinen Anspruch auf Hilfeleistungen aus EU-Fonds mehr genießt, so daß nun die weniger entwickelten Gebiete um Dublin an der Reihe sind. Diese Überlegungen führten dann auch zu der Überzeugung, daß eine EU-Mitgliedschaft die bestehenden Gräben nicht vertiefen werde, ungeachtet des wahrscheinlichen Bankrotts einiger lettischer Unternehmen wegen ihrer geringen internationalen Konkurrenzfähigkeit. Das Verschwinden weiterer Unternehmen und der damit verbundene Anstieg der Arbeitslosigkeit müßte aber zwangsläufig die weniger stabilen Regionen härter treffen. Trotzdem meinten die Abgeordneten, daß die eventuelle Zugehörigkeit zur EU die Gelegenheit biete, effektivere Angleichungsmaßnahmen zu ergreifen. Salkasanovs machte sogar darauf aufmerksam, daß die EU-Perspektive „nicht ein Problem für Daugavpils, sondern für unsere Bauern“ sei, deren Zukunft in einem übersättigten und von Groß- und Massenbetrieben beherrschten EU-Markt viel unsicherer werde.

Im großen und ganzen wurde eine zukünftige EU-Mitgliedschaft sehr positiv bewertet und von allen Parlamentariern befürwortet. Die Möglichkeit eines Auseinanderdriftens der baltischen Staaten bei einer zeitlich getrennten Aufnahme sehen die Abgeordneten nicht. Zwar könnten klare politische Bindungen Estlands an Finnland und Litauens an Polen erkannt werden, trotzdem bilde das Baltikum eine „natürliche geopolitische Einheit“, die überdies

---

<sup>104</sup> Ob dieses Phänomen als „Russifizierung“ bezeichnet werden kann, ist umstritten. Unklar ist, ob die Ansiedlung von Russen während der sowjetischen Okkupation mit der Intention erfolgte, die ethnische Zusammensetzung der baltischen Staaten nachhaltig zu verändern, oder ob sie funktionale Folge des Bedarfs an Arbeitskräften war.

<sup>105</sup> Siehe dazu die Berichte von Volker Weichsel und Alfred Garloff im vorliegenden Heft.

noch durch innerbaltische Regimes wie das Freihandelsabkommen und den Ostseerat gefestigt würden. Gerade der Ostseerat sei darüber hinaus wegen seiner Zusammensetzung aus EU-Mitgliedern, EU-Kandidaten und Nicht-Mitgliedern ein geeignetes Mittel zur innereuropäischen Verständigung und Unterstützung über die Grenzen West- und Mitteleuropas hinaus.<sup>106</sup> Die Vorstellungen einer gemeinsamen Annäherung, die auch osteuropäische Staaten einbeziehen sollte, gingen so weit, daß Birzniece von ihrem Wunsch sprach, Rußland, Belarus und die Ukraine könnten einst politische und ökonomische Standards erreichen, die es ihnen erlaubten, EU-Mitglieder zu werden.

Doch bevor es dazu kommt, wird die EU-Mitgliedschaft von den baltischen Staaten primär als eine Sicherheitsgarantie wahrgenommen. Ihr größter Vorteil liegt also für die lettischen Volksvertreter weniger in der Erschließung eines riesigen Marktes. Dieser wird im Gegenteil sogar teilweise als Bedrohung empfunden. Vielmehr stellt die EU-Mitgliedschaft die endgültige ideologische und politische Zugehörigkeit zu Europa und Abgrenzung gegen Rußland dar.

Eine Diskussion über eine EU-Mitgliedschaft kann deshalb nicht ohne einen Klärungsversuch des Verhältnisses zu Rußland geführt werden. Nach Ansicht von Birzniece wird dieses hauptsächlich von der Unsicherheit über die innen- und außenpolitische Entwicklung Rußlands geprägt. Diese sei so groß, daß „es nicht nur unmöglich ist zu prognostizieren, wo Rußland in zwanzig Jahren steht, sondern es ist nicht einmal möglich vorherzusagen, was dort in zwei Tagen passiert.“

Das Resultat ist einerseits das Gefühl einer latenten Bedrohung. Immerhin verfügt Rußland über ein enormes Potential an Nuklearwaffen, das von einem Militär kontrolliert werde, dessen Kontrolle durch die Politik mehr als fragwürdig sei. Hinzu kommen für sie deutliche Anzeichen aus Moskau, daß Rußland das „koloniale Syndrom“ noch immer nicht überwunden habe, seiner früheren territorialen Ausbreitung und seinem Status als Weltmacht nachtrauere, was für Lettland eine strikte Abgrenzung zum Osten und die Hinwendung zum Westen unumgänglich mache.

Andererseits aber kann und soll Rußland nicht gefürchtet oder ignoriert werden. Eilevièvs sieht Lettlands Lage zwischen zwei großen Machtblöcken, der EU und Rußland, und glaubt deswegen, nichts könne in einem von beiden passieren, ohne Einfluß auf Lettland zu haben. Zwar sei die Bedeutung Rußlands insbesondere im Außenhandel nach der Wirtschaftskrise vom August 1998 dramatisch gesunken, doch übe es noch erheblichen Einfluß auf Lettland aus z.B. durch den Betrieb einer Erdölpipeline zum Ostseehafen Ventspils oder durch außenpolitischen Druck zugunsten der russischsprachigen Bevölkerung Lettlands. Gerade das Engagement Rußlands in der Auseinandersetzung um die Staatsbürgerrechte wird jedoch von vielen als unzulässige Einmischung und eigennützige Instrumentalisierung eines internen Konflikts kritisiert. Beides habe das Ziel, den Einflußverlust in den baltischen Staaten möglichst gering zu halten. Die Kritik hat insofern ihre Berechtigung, als Rußland noch immer nicht bereit ist, das Erbe der Sowjetunion auch in dem Sinne anzuerkennen, daß es Kompensationszahlungen an die Opfer des Kommunismus leisten würde.

Alle Parteien vertreten eine Normalisierung der Beziehungen zu Rußland, die Meinungen divergieren nur dort, wo es um das Ausmaß des lettischen Engagements geht. Hierbei steht vor allem die Auseinandersetzung über die Garantie der Staatsbürgerrechte an Bewohner Lettlands im Vordergrund, die erst nach 1940, dem Zeitpunkt der ersten sowjetischen Okkupation, im Zuge der 'Russifizierung' nach Lettland gekommen waren. Eine Entschärfung dieses Konflikts könnte unter Umständen auch zur Entspannung der lettisch-russischen Be-

---

<sup>106</sup> Der Ostseerat wurde am 6.3.1992 als Konsultations- und Koordinationsforum für den Ostseeraum gegründet, das aus einer Vielzahl von Organisationen und Büros besteht. Mitglieder sind alle Ostseeanrainerstaaten sowie Norwegen und Island.

ziehungen beitragen. Es hat jedoch den Anschein, daß die Regierungsparteien in dieser Frage zu keinerlei Zugeständnissen mehr bereit sind. So stellte sich Birzniece auf den Standpunkt, das lettische Einbürgerungsverfahren sei eines der liberalsten in Europa. Das ist faktisch richtig, denn weder ist die obligatorische Sprachprüfung im europäischen Vergleich einzigartig, noch die vorgeschriebene Aufenthaltsdauer in Lettland von fünf Jahren besonders lang. Trotzdem gab und gibt es kaum ein Land in Europa, in dem wegen der hohen Exklusivität der Verleihung der Staatsbürgerrechte zur Zeit der Staatsgründung etwa ein Drittel der dort lebenden Bevölkerung davon ausgeschlossen waren oder wären.

In der Diskussion gaben sich die Vertreter der Parteien nicht so kontrovers, wie zu erwarten gewesen war. Da die behandelten Themenbereiche zu einem großen Teil außenpolitische Fragestellungen aufgriffen, kann geschlossen werden, daß keine wirklichen politischen Alternativen zu dem eingeschlagenen Kurs bestehen, jedenfalls keine, die Aussicht auf parlamentarischen Erfolg hätten. Die anvisierte Mitgliedschaft in der EU, die ökonomische und politische Abkehr von Rußland und eine intensiviertere Zusammenarbeit im Baltikum und im Ostseeraum sind beschlossene Angelegenheiten, die in Parlament und Gesellschaft konsensfähig sind. Anders stellt sich die Situation in der Innenpolitik dar. Gegensätzliche Äußerungen über die Privatisierung und das Ausmaß staatlicher Aktivität in der Wirtschaft sowie verschiedene Ansichten über die Nationalitätenfrage bestätigen, was schon Èileviès andeutete: Hauptkonfliktlinien und damit Determinanten der Parteienbildung sind erstens die Einstellung zum Charakter der Marktreforment und zweitens die Frage, wem die lettische Staatsbürgerschaft erhalten soll.<sup>107</sup> Entlang dieser Linien bilden sich Parteien und Parteienbündnisse, an ihnen entscheidet sich, ob verschiedene Parteien zu einer Koalition fähig sind oder nicht. So sind es z.B. die Sozialdemokraten und die Partei für nationale Harmonie, die für eine Verlangsamung der ökonomischen Transformation eintreten. Eine Zusammenarbeit der beiden ist aber aufgrund ihrer unterschiedlichen Positionen zum Staatsbürgerschaftsrecht vor allem für die TSP erst einmal undenkbar.

Die Beobachtungen unterstützen die Einschätzungen der Parteienvertreter, nach denen eine zunehmende Stabilisierung des politischen Systems zu erwarten ist. Feste Parteiformationen mit eindeutigen Programmen und Zielsetzungen, die dennoch zu Koalitionen bereit und fähig sind, lassen vermuten, daß sich die Anzahl der Fraktionen im Saeima in der Nähe der heutigen Lage einpendeln wird. Der Abschluß der politischen und ökonomischen Transformation bedeutet jedoch nicht die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme. Im Gegenteil. Manche wie die Kluft zwischen Armen und Reichen werden durch sie erst ausgelöst oder verstärkt. Die bisherige Arbeit des Saeima, der Parteien und der Fraktionen zeigt aber, daß in Lettland Mechanismen entwickelt wurden, die eine friedliche Regelung dieser Konflikte ermöglichen.

---

<sup>107</sup> Genau diese These stellen auch Vello Pettai und Marcus Kreuzer in ihrer Untersuchung der Parteienbildung in den baltischen Staaten als Grundlage ihres Erklärungsansatzes auf. Siehe: Vello Pettai/Marcus Kreuzer, Party Politics in the Baltic States: Social Bases and Institutional Context, in: East European Politics and Societies, 13, 1, 1999, 148-189.

**Holger Greif**  
**„Staatsangehörigkeit ist Menschenrecht ...“**  
**Das Lettische Menschenrechtskomitee in Riga**

Das Lettische Menschenrechtskomitee ist eine klassische Nichtregierungsorganisation. Sie wurde 1992 gegründet und sieht ihre Hauptaufgabe in der Rechtsberatung und im Rechtsbeistand der russischsprachigen Minderheit Lettlands. Von den knapp 2,4 Millionen Einwohnern des Landes besitzen mehr als ein Viertel (29 Prozent) nicht die lettische Staatsbürgerschaft. Der größte Teil dieser Gruppe sind Russen, die meist noch im Besitz eines Passes der ehemaligen Sowjetunion sind. Insgesamt stellen die Russen gut ein Drittel der gesamten Bevölkerung Lettlands,<sup>108</sup> von der nur eine kleine Minderheit bisher die lettische Staatsbürgerschaft erhalten hat.

Nach der Unabhängigkeit des Landes von der Sowjetunion im August 1991 hatten grundsätzlich nur diejenigen Nichtletten ein Recht auf die Staatsbürgerschaft des neuen Landes, die bereits vor 1940 in Lettland gewohnt hatten, also bevor das Land infolge des Hitler-Stalin-Paktes der Sowjetunion eingegliedert worden war. Alle anderen müssen die verschiedenen Stufen eines Einbürgerungsverfahrens durchlaufen und erhalten bis dahin den weltweit einmaligen Status von „Nichtstaatsbürgern“. Sie sind somit faktisch staatenlos, besitzen aber immerhin ein Aufenthaltsrecht in Lettland.

Anders hingegen eine zweite Gruppe von zumeist russischsprachigen Nichtletten, die überwiegend zwar in Lettland geboren wurden, sich zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit des Landes jedoch außerhalb des lettischen Territoriums, in anderen Teilen der ehemaligen Sowjetunion aufgehalten haben und nun, nach ihrer Rückkehr, keine Möglichkeit auf einen legalen Aufenthaltsanspruch in Lettland und damit auch keine Chance auf einen „Nichtstaatsbürgerpaß“ besitzen. Der Fall einer ukrainischen Witwe eines Offiziers der Roten Armee, die, obwohl in Lettland geboren, aber zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit des Landes in einem anderen Teil der Sowjetunion ansässig, nach ihrer Rückkehr jeglicher legaler Status in Lettland verweigert wurde, gelangte bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, wo er schließlich zugunsten der Witwe entschieden wurde.

Solche und ähnliche Fälle bilden das Hauptarbeitsgebiet des Lettischen Menschenrechtskomitees. Rund zwanzig zumeist junge, engagierte Russen, häufig noch Studenten oder in der Ausbildung, aber auch einige Juristen und Journalisten leisten Aufklärung und Rechtsberatung für die Betroffenen. Sie betreiben politisches Lobbying für ein liberaleres Staatsbürgerschaftsrecht und arbeiten hierfür zum Beispiel auch eng mit russischsprachigen Politikern und Parlamentariern zusammen. Darüber hinaus suchen sie die Unterstützung internationaler Organisationen wie der OSZE und der UNO, um die Implementierung von ihrer Meinung nach fehlenden internationalen Menschenrechtsstandards in der lettischen Gesetzgebung zu beschleunigen.

Um in Lettland eingebürgert werden zu können, müssen die Bewerber sowohl eine Prüfung in der lettischen Sprache als auch in der Geschichte und Kultur des Landes bestehen. Die Einbürgerungsverfahren verlaufen jedoch schleppend. Auch das Interesse der russischsprachigen Minderheit an Einbürgerung ist bisher nicht allzu groß. Seit 1991 sind erst etwa 12.000 Einbürgerungen erfolgt. Ein Haupthindernis für viele, insbesondere ältere Russen, stellen die überaus anspruchsvollen Sprachtests dar. Gerade in Siedlungsgebieten mit einer

---

<sup>108</sup> Nur etwa 55,3 Prozent der Bevölkerung Lettlands sind Letten, 32,5 Prozent Russen, 4 Prozent Belarussen, 2,9 Prozent Ukrainer und 2,2 Prozent sind Polen, 1,3 Prozent Litauer und 1,8 Prozent sonstige. Siehe Fischer Weltalmanach 2000, Frankfurt am Main 1999.

überwiegend russischsprachigen Bevölkerung, wo Russisch die Alltagssprache der meisten Bewohner ist, sehen viele das Erlernen der lettischen Sprache als unnötig und zu schwer an und machen sich damit den Erwerb der lettischen Staatsbürgerschaft unmöglich. Angehörige der ehemaligen Sowjetarmee und ihre Familien sind vom Erwerb der Staatsbürgerschaft generell ausgeschlossen. Das Beantragen der russischen Staatsbürgerschaft führt zur sofortigen Ausweisung aus Lettland.

Vertreter des Menschenrechtskomitees sehen in der lettischen Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitsgesetzgebung einen generellen Verstoß gegen grundlegende Menschenrechte.<sup>109</sup> Schließlich, so das Hauptargument der beiden Juristen Zanna Karelina und Aleksej Dimitrov, seien die russischsprachigen Bewohner Lettlands durch die politische Neuziehung der Staatsgrenzen in die Lage einer ausgegrenzten Minderheit geraten und nicht durch nachträgliche Zuwanderung. Der Status als Nichtstaatsbürger führt im Alltag zu einer Reihe von Benachteiligungen und Diskriminierungen. Das fehlende Wahlrecht, ob auf kommunaler oder auf nationaler Ebene, ist davon nur ein Aspekt. Gravierender ist der Ausschluß von öffentlichen Ämtern wie bei der Verwaltung, der Polizei und Feuerwehr, weil für die Verleihung des Beamtenstatus die lettische Staatsbürgerschaft zwingend vorgeschrieben ist. Selbst der Betrieb etwa einer Apotheke ist Nichtstaatsbürgern verwehrt.

Dennoch wird das alltägliche Zusammenleben von Russen und Letten als relativ unproblematisch beschrieben. Nach Aussage von Mitgliedern des Menschenrechtskomitees gibt es keine gravierenden Spannungen mit der Bevölkerungsmehrheit, anders als noch in der Zeit unmittelbar nach der Unabhängigkeit. Das Engagement der russischsprachigen Minderheit wird in der Regel nicht als Gefährdung der nationalen Einheit Lettlands wahrgenommen. Die Kooperation mit offiziellen Stellen wie dem Lettischen Menschenrechtsbüro<sup>110</sup> sei trotz existierender inhaltlicher Differenzen gut. Immerhin konnten in den vergangenen Jahren durchaus auch einige Erfolge verzeichnet werden. Eine Regelung, nach der etwa Personen, die zwischen 1950 und 1955 in Lettland geboren wurden, nicht vor dem Jahre 2001 hätten eingebürgert werden können, wurde aufgehoben. Darüber hinaus kam eine Ende 1995 von nationalistischen Kräften angestrebte Volksabstimmung über eine Verschärfung der Einbürgerungsgesetze, die vor allem die Einbürgerung der russischsprachigen Minderheit erschweren sollte, nicht zustande. Ihre größte Hoffnung auf eine Liberalisierung des Staatsangehörigkeitsrechts setzen die Vertreter des Menschenrechtskomitees jedoch auf die Europäische Union. Sie hoffen, daß im Rahmen von Beitrittsverhandlungen vor allem das umstrittene Sprachengesetz Lettlands geändert oder abgeschafft wird. Im Hinblick auf die restriktive Einbürgerungspraxis einiger EU-Mitgliedsstaaten, insbesondere auch Deutschlands, ist das vielleicht eine zu optimistische Einschätzung.

---

<sup>109</sup> Artikel 15 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 lautet: „Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Staatsangehörigkeit. Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch ihm das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.“ Vgl. dazu Otto Kimminich, Einführung in das Völkerrecht, Tübingen/Basel<sup>6</sup>1997, 123-131.

<sup>110</sup> Siehe hierzu den Beitrag von Katrin Hofmann in diesem Heft.

## Anhang

## Programm der Baltikum-Exkursion vom 20. September bis 1. Oktober 1999

- Mo., 20.9.** 7.35 Abfahrt von Mannheim mit dem Zug nach Vilnius über Berlin, Warszawa, Grodno
- Di., 21.9.** 7.37 Ankunft in Vilnius, Transfer zum Wohnheim  
11.00 Empfang in der Universität Vilnius, Vortrag „Die Universität in der Transformation“, Eugenijus Stumbrys, Leiter der Studienabteilung,  
12.30 Besichtigung der Bibliothek  
15.30 „Litauen 1999: Auf dem Weg zur konsolidierten Demokratie?“  
Treffen mit Dr. Arvydas Juozaitis, Publizist und Philosoph  
17.30 Besichtigung des Präsidentenpalasts
- Mi., 22.9.** 10.00 „Die Wiedergeburt jüdischen Leben in Litauen“, Dr. Simonas Alperavièius, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Litauens  
12.00 „Geschichte des Ostjudentums“, Prof. Dr. Dovid Katz, Zentrum für Judaikastudien, Universität Vilnius  
14.00 „Stabile Instabilität? - Zur innenpolitische Lage in Litauen nach dem Regierungswechsel“, Treffen mit Dr. Kêstutis Masiulis, Staatssekretär, Berater des Premierministers  
17.00 „Die außenpolitischen Ziele der Republik Litauen“ Dr. Dalia Bankauskaite, Europäisches Komitee der Regierung Litauens
- Do., 23.9.** 10.00 „Die Rolle der Parteien und des Parlaments im politischen System Litauens“, Dr. Romualdas Ozolas, Stellvertretender Vorsitzender des Seimas, Vorsitzender der Litauischen Zentrumsunion  
12.00 Besichtigung des Parlaments  
14.00 „Die makroökonomische Lage und das Bankensystem in Litauen“, Treffen mit Tomas Garbaravièius und Linas Ciapas, Abteilung Finanz- und Geldmärkte, Litauische Staatsbank  
16.00 „Europa auf dem Weg zur Integration von Ost und West?“  
Gemeinsames Blockseminar mit Studierenden der Universitäten Vilnius und Mannheim
- Fr., 24.9.** 10.00 „Europa auf dem Weg zur Integration von Ost und West?“  
Fortsetzung des gemeinsamen Blockseminars mit Studierenden der Universitäten Vilnius und Mannheim  
15.00 Fahrt nach Trakai, Besichtigung der Burg  
18.00 Basketballspiel gegen eine Studentenauswahl der Universität Vilnius  
20.00 Studentenclub, Gemeinsames Abendessen
- Sa., 25.9.** 7.00 Fahrt nach Kleipeda und Nida, Besuch der Kurischen Nehrung
- So., 26.9.** Fahrt von Vilnius nach Daugavpils (Lettland)
- Mo., 27.9.** 10.00 „Wirtschaftliche und politische Strukturprobleme der lettischen Provinz am Beispiel Daugavpils“, Rišards Draba, Verwaltungsdirektor und Eleonora Klešëinskaja, Sozialdezernentin, Stadtverwaltung Daugavpils

- 12.30 „Chancen und Grenzen privater Wirtschaftsförderung“, Besuch des „Business Advisory Center“, Irina Gorkina, Leiterin
- 14.15 Mittagessen
- 16.30 „Produzieren im Baltikum?“ Besichtigung eines privatisierten Unternehmens: Ziegler-Maschinenbau, Dr. Stefan Hanselmann, Direktor
- 20.00 Fahrt von Daugavpils nach Riga
- Di., 28.9.** 10.00 Stadtbesichtigung
- 14.00 „Die wirtschaftliche Lage Lettlands.“ Besuch der Lettischen Industrie- und Handelskammer, Voldemars Gavars, Generaldirektor und Henriks Sienieks, Direktor
- 16.00 „Die Entwicklung des lettischen Außenhandels.“ Besuch der lettischen Entwicklungsagentur, Juris Dreimanis, Direktor für Außenwirtschaft
- 17.00 Gespräch mit dem Leiter des Verbands der Unternehmensberater, Dainis Locans
- 18.00 „Deutsche Wirtschaftsförderung im Baltikum.“ Zur Arbeit des Deutsch-Lettischen Wirtschaftsförderungsprojekts. Dr. Elke Siehl, Direktorin des IKD
- Mi., 29.9.** 10.00 Menschenrechtsverletzungen in Lettland?  
Treffen mit Mitarbeitern des Menschenrechtsbüros in Riga, Andris Paparinskis, Projektkoordinator und Pressesprecher
- 12.00 Besichtigung des Saeima der Republik Lettland
- 14.00 Die EU als Integrationsanker? Treffen mit den Mitgliedern des Seima, Maris Vitols (Volkspartei), Inese Birzniece (Lettischer Weg), Boris Ēilevišs (Partei für Volkseinheit) und Peteris Salkazanous (Sozialdemokratische Partei Lettlands)
- 16.00 „Die russischsprachige Minderheit und der Streit um die Staatsbürgerschaft. Treffen mit Žanna Karenica und Aleksej Dimitrov, Komitee für Menschenrechte
- 19.00 Besuch der Oper in Riga, Giuseppe Verdi, La Traviata
- Do., 30.9.** 7.30 Fahrt von Riga nach Vilnius  
Tag zur freien Verfügung
- 20.28 Rückfahrt mit dem Nachtzug von Vilnius über Grodno, Warszawa und Berlin
- Fr. 1.10.** 17.46 Ankunft in Frankfurt bzw. 18.24 h in Mannheim



## Verzeichnis der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner

Eugenijus Stumbrys, Leiter der Studienabteilung, Universität Vilnius

Dr. Arvydas Juozaitis, Publizist und Philosoph, Vilnius

Dr. Simonas Alperavièius, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Litauens, Vilnius

Prof. Dr. Dovid Katz, Zentrum für Judaikastudien, Universität Vilnius

Dr. Kêstutis Masiulis, Staatssekretär, Berater des Premierministers, Vilnius

Dr. Dalia Bankauskaitė, Europakomitee der Regierung Litauens, Vilnius

Dr. Romualdas Ozolas, Stellvertretender Vorsitzender des Seimas, Vorsitzender der Litauischen Zentrumsunion, Vilnius

Tomas Giž as, Persönlicher Referent des Stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden Romualdas Ozolas, Vilnius

Tomas Garbaravièius, Leiter der Abteilung Finanz- und Geldmärkte, Litauische Staatsbank, Vilnius

Linus Ciapas, Senior Economist, Abteilung Finanz- und Geldmärkte, Litauische Staatsbank, Vilnius

Dr. Algimantas Jankauskas, Forschungsleiter, Institut für Internationale Beziehungen und Politikwissenschaften der Universität Vilnius

Rišards Draba, Verwaltungsdirektor, Stadtverwaltung Daugavpils

Eleonora Klešèinskaja, Sozialdezernentin, Stadtverwaltung Daugavpils

Andris Samus, Leiter des Amtes für Jugend und Kultur, Stadtverwaltung Daugavpils

Irina Gorkina, Leiterin des Zentrums für Wirtschaftsberatung, Daugavpils

Dr. Stefan Hanselmann, Direktor der Firma Ziegler Maschinenbau, Daugavpils

Aleksandr Rošèupkin, Produktionsleiter der Firma Ziegler-Maschinenbau, Daugavpils

Voldemars Gavars, Generaldirektor der Lettischen Industrie- und Handelskammer, Riga

Henriks Sienieks, Direktor der Lettischen Industrie- und Handelskammer, Riga

Juris Dreimanis, Lettische Entwicklungsagentur, Direktor für Außenwirtschaft

Dainis Locâns, Geschäftsführer des Verbands der Unternehmensberater

Dr. Elke Siehl, Leiterin des Deutsch-Lettischen Wirtschaftsförderungsprojekts (IKD)

Andris Paporinskis, Projektkoordinator und Pressesprecher des Menschenrechtsbüros in Riga

Maris Vitols, Abgeordneter des Saeima der Republik Lettland, Mitglied der Volkspartei

Inese Birž nice, Abgeordnete des Saeima der Republik Lettland, Mitglied der Partei „Lettischer Weg“

Boris Èileviès, Abgeordneter des Saeima der Republik Lettland, Mitglied der „Partei für Volkseinheit“

Peteris Salkazanovs, Abgeordneter des Saeima der Republik Lettland, Mitglied der „Sozialdemokratischen Partei Lettlands“

Žanna Karelina, Juristin des Komitees für Menschenrechte

Aleksej Dimitrov, Jurist des Komitees für Menschenrechte

## **Verzeichnis der Tabellen und Diagramme**

Litauens öffentliche Meinung über einen Beitritt zur NATO	S. 22
Finanzierung des Integrationsprogrammes für das Jahr 2000	S. 26
Die Meinung von Parteimitgliedern zu Litauens Mitgliedschaft in der Europäischen Union	S. 26
Litauens öffentliche Meinung über einen Beitritt zur Europäischen Union	S. 27
Litauens makroökonomische Entwicklung	S. 35
Die Absatzmärkte des litauischen Exports 1998	S. 35
Die Struktur des litauischen Bruttoinlandsproduktes 1998	S. 36
Die Einnahmen der Zentren für Wirtschaftsberatung	S. 51
Die Kundenstruktur des UAC	S. 52
Mitgliedsbetriebe der lettischen IHK	S. 59
Wachstum und Inflation in den baltischen Staaten	S. 62
Lettlands wichtigste Ausfuhr- und Einfuhrgüter	S. 63

## Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSP	Bruttosozialprodukt
CAD	Computer Aided Design – Computergestütztes Design
EBRD	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
IBD	Integrierter Beratungsdienst des deutsch-lettischen Wirtschaftsförderungsprojektes - Lettisch: IKD Integretais Konsultatīvais Dienests
IWF	Internationaler Währungsfonds
JP	Jauna Partija - Neue Partei
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
LC	Latvijas Cels - Lettlands Weg
LCS	Lietuvos centro sąjunga - Litauische Zentrumsunion
LDDP	Lietuvos demokratinė darbo partija - Demokratische Arbeiterpartei Litauens
LEBIC	Lettisches Innovationszentrum für die Elektroindustrie
LKDP	Lietuvos krikščionių demokratų partija - Litauische Christlich-Demokratische Partei
LLRA	Lietuvos lenkų rinkimų akcija - Wähleraktion litauischer Polen
LS	Lats, Lettlands Währungseinheit
LSDA	Latvijas Socialdemokrātiskā Apvienība - Lettische Sozialdemokratische Union
LSDP	Lietuvos socialdemokratų partija - Litauische Sozialdemokratische Partei
LTC	Lettisches Technologiezentrum
LTL	Litas, Litauische Währungseinheit
LTRK	Latvijas Tirdzniecības un Rūpniecības Kameras - Lettische Industrie- und Handelskammer
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PHARE	Poland and Hungary: Assistance for Restructuring Economies – EU-Unterstützungsprogramm für die Staaten Ostmitteleuropas
SWZ	Sonderwirtschaftszone
TACIS	Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States – Technische Unterstützung für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
TB/LNNK	Tevzemei un Brīvībai/LNNK - Für Vaterland und Freiheit/
TP	Tautas Partija - Volkspartei
TS/LK	Tėvynės sąjunga/Lietuvos konservatoriai - Vaterlandsunion/Litauische Konservative
TSP	Tautas Saskaņas Partija - Partei für nationale Harmonie
UAC	Uzņēmējdarbības atbalsta centru - Zentrum für Wirtschaftsberatung
VDMA	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer
WTO	Welthandelsorganisation

# Publikationen des Forschungsschwerpunktes Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim

## Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten

---

- Band 1 Astrid Sahn, Die weißrussische Nationalbewegung nach der Katastrophe von Tschernobyl (1986-1991), LIT Verlag, Münster 1994, 150 S., ISBN 3-89473-831-6
- Band 2 Manfred Sapper Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka, LIT Verlag, Münster 1994, 480 S., ISBN 3-8258-2053-x
- Band 3 Heribert Seubert, Zum Legitimitätsverfall des militarisierten Sozialismus in der DDR, LIT Verlag, Münster 1995, 350 S., ISBN 3-8258-2325-3
- Band 4 Ninel Danos, Wirtschaft und Verteidigung: Bestandsaufnahme des Umbruchs in Osteuropa, LIT Verlag, Münster 1995, 142 S., ISBN 3-8258-2037-8
- Band 5 Frank Wilhelmy, Der Zerfall der SED-Herrschaft. Zur Erosion des marxistisch-leninistischen Legitimitätsanspruches in der DDR, LIT Verlag, Münster 1995, 340 S., ISBN 3-8258-2456-x
- Band 6 Egbert Jahn, Issledovanija problem mira v period i posle konflikta Vostok-Zapad. Stat'i poslednich 20 let, Moskva 1997, 346 S., ISBN 3-78258-3042-x
- Band 7 Astrid Sahn, Transformation im Schatten von Tschernobyl. Umwelt- und Energiepolitik im gesellschaftlichen Wandel von Belarus und Ukraine, LIT Verlag, Münster 1999, 472 S., ISBN 3-8258-4549-4
- Band 8 Claudia Wagner, Rußlands Krieg in Tschetschenien. Politische Transformation und militärische Gewalt, LIT Verlag, Münster 2000, 220 S., ISBN 3-8258-4670-9
- Band 9 Volker Weichsel, Westintegration und Rußlandpolitik der Tschechischen Republik, LIT Verlag, Münster 2000, 136 S., ISBN 3-8258-4833-7

## Veröffentlichungen in anderen Buchreihen

---

Bernhard Moltmann/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Die Folgen von Tschernobyl. Herausforderungen und Auswege, Verlag Haag und Herchen, Frankfurt 1994, 207 S., ISBN 3-86137-141-3

Mariana Hausleitner, Die sowjetische Osteuropapolitik in den Jahren der Perestrojka, Campus, Frankfurt-New York 1994, 309 S., ISBN 3-593-35200-1

Egbert Jahn/Rudolf Wildenmann (Hg.), Stability in East Central Europe? Stabilität in Ostmitteleuropa? Studien zur gesellschaftlichen Entwicklung, Bd. 13, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1995, 213 S., ISBN 3-7890-3852-0

Manfred Sapper, Großmachtspolitik ohne Großmachtressourcen. Rußlands Irak- und Nahostpolitik, HSFK-Report 1/1999, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt 1999, 54 S., ISBN 3-933293-12-X

## FKKS-Sonderveröffentlichungen

---

Periodika der Sozialwissenschaften und Zeitgeschichte aus Ostmittel- und Osteuropa. Bibliographie und Verzeichnis der Bestände in Baden-Württemberg und Hessen, April 1997

Egbert Jahn/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa. Momentaufnahmen der Transformation Europas, Dezember 1997

Gerard Holden, International Relations During and After the Cold War. A Comparative Approach to Intellectual History and Culture, März 1998

Manfred Sapper (Hg.), Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas. Eine Reise zur Osterweiterung des europäischen Denkens, Januar 2000

## Untersuchungen des FKKS

---

- FKKS 1/1992 Egbert Jahn, Der Umbruch in Osteuropa. Eine Herausforderung an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft
- FKKS 2/1992 Manfred Sapper, Das sowjetische Militär und die Nationalitätenkonflikte
- FKKS 3/1992 Arvydas Juozaitis, The Lithuanian Independence Movement and National Minorities
- FKKS 4/1992 Egbert Jahn, Nationalismus und Demokratie - Einheit oder Widerspruch?
- FKKS 5/1993 Astrid Sahn, Die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in der Republik Belarus, der Russischen Föderation und der Ukraine. Eine Orientierungshilfe
- FKKS 6/1994 Peter Bonin, Rußland und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien
- FKKS 7/1995 Olga Wassiljewa, Konflikte im Nordkaukasus. Ursachen, Verlauf und Perspektiven
- FKKS 8/1995 Alexander Grossman, Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren? Rußland und der 50. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg
- FKKS 9/1995 Astrid Sahn, Die gescheiterten Parlamentswahlen in Belarus. Eine regional differenzierende Analyse
- FKKS 10/1996 David Oberhuber, Rußlands Nuklearsektor zehn Jahre nach Tschernobyl. Kontinuität im Wandel
- FKKS 11/1996 Michael Zimmermann, Zigeunerpolitik im Stalinismus, im „realen Sozialismus“ und unter dem Nationalsozialismus. Eine Untersuchung in vergleichender Absicht
- FKKS 12/1996 Gediminas Vitkus, Lithuanian-Russian Relations in 1990-1995. A Study of Lithuanian Foreign Policy
- FKKS 13/1997 Alexandr Kokejew/Georgi Otyrba, Der Weg in den Abchasien-Krieg
- FKKS 14/1997 Franz Preißler, Demokratische und autoritäre Einstellungen in der rußländischen Gesellschaft. Eine Studie zur politischen Kultur
- FKKS 15/1997 Elke Siehl, Privatisierung in Rußland
- FKKS 16/1997 Olaf Atja Lemmingson, Die Entwicklung von Bankensystem und Finanzmarkt in Rußland
- FKKS 17/1998 Johannes Baur, Kampf ums Öl? Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen der Rußländischen Föderation im Kaspi-Raum
- FKKS 18/1998 Irina Bugrova, Politische Kultur in Belarus. Eine Rekonstruktion der Entwicklung vom Großfürstentum Litauen zum Lukašenko-Regime
- FKKS 19/1998 Olga Abramova, Integration zwischen Realität und Simulation. Die belarussisch-rußländischen Beziehungen seit 1991
- FKKS 20/1999 Rolf Peter, Zwischen Konflikt und Kalkül. Die „nationale Frage“ in Kasachstan
- FKKS 21/1999 Guido Houben, Drogen in Rußland. Überlegungen zu Staat, Gesellschaft, organisiertem Verbrechen und internationaler Kooperation
- FKKS 22/1999 Manfred Sapper (Hg.), Rußland und der zweite Tschetschenienkrieg. Fakten, Hintergründe, Interpretationen
- FKKS 23/1999 Egbert Jahn, „Nie wieder Krieg! Nie wieder Völkermord“ Der Kosovo-Konflikt als europäisches Problem
- FKKS 24/2000 Susan Stewart, Sprachenpolitik als Sicherheitsproblem in der Ukraine
- FKKS 25/2000 Andreas Reich, Politisches Patt in Tschechien. Ursachen, Konsequenzen, Perspektiven
- FKKS 26/2001 Timm Beichelt, Autokratie und Wahldemokratie in Belarus, Russland und der Ukraine